

25. Sitzung

am Dienstag, dem 4. Mai 2021

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Bedarfe und Anspruch auf Babyschalen und Kindersitze in Taxis in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. März 2021 1275

Anfrage 2: „Förderung vielfältiger Perspektiven im Beirat Vahr“ – Wie halten es SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den demokratischen Rechten kleinerer Fraktionen und der Gleichberechtigung verschiedener Geschlechter?

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 17. März 2021 1276

Anfrage 3: Tarifeinheit in der Straßenreinigung Bremen

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 19. März 2021 1278

Anfrage 4: Henny Brunken – Bremens „Gerechte unter den Völkern“

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März 2021 1281

Anfrage 5: Wann durchquert eine Straßenbahn die Überseestadt?

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. März 2021 1282

Anfrage 6: Unzulässige Müllablagerungen in Bremens Wohngebieten

Anfrage der Abgeordneten Petra Krümpfer, Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 24. März 20211283

Anfrage 7: Realisierung der Discgolfanlage in Pellens Park im Stadtteil Burglesum

Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. April 20211286

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Offener Streit in der Koalition um die Domsheide: Umgestaltung darf nicht zulasten der Glocke gehen!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)1288

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)1290

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE)1293

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)1295

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU)1296

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)1297

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)1299

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer1300

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)1304

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU)1305

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis
90/Die Grünen)..... 1307

**Obernstraße und Domsheide zusammen
denken: Jetzt die Machbarkeit der
Verlegung der Straßenbahn prüfen und
bei der Umgestaltung der Domsheide
berücksichtigen!**
**Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Mai 2021
(Drucksache 20/443 S)..... 1308**

**Fachkräfte für die Kindertagesbetreuung
gewinnen und Ausbau absichern**
**Antrag der Fraktionen DIE LINKE,
Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. Mai 2021
(Drucksache 20/444 S)**

**Taten statt Worte – Fachkräftegewinnung
im Bereich der Kindertagesbetreuung
vorantreiben!**
**Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Mai 2021
(Drucksache 20/447 S)**

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE
LINKE)..... 1309
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU) 1310
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP) 1312
Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis
90/Die Grünen)..... 1313
Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD) 1314
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP) 1315
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU) 1316
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE
LINKE)..... 1317
Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD) 1318
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE
LINKE)..... 1319
Senatorin Dr. Claudia Bogedan 1320
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU) 1322
Abstimmung 1323

**Den ÖPNV krisenfester aufstellen –
zusätzliche Fahrzeuge kurz- und
langfristig bereitstellen**
**Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2020
(Drucksache 20/346 S)**

**Den ÖPNV krisenfester aufstellen –
zusätzliche Fahrzeuge kurz- und
langfristig bereitstellen**
**Bericht der städtischen Deputation für
Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 14. Januar 2021
(Drucksache 20/384 S)**

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU)..... 1323
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE
LINKE) 1324
Abgeordnete Anja Schiemann (SPD) 1325
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis
90/Die Grünen) 1326
Abgeordneter Thore Schäck (FDP) 1327
Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU)..... 1328
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer..... 1329
Abstimmung 1331

**Schaffung und Erweiterung
niedrigschwelliger Angebote für Kinder
ohne Kitaplatz von drei bis sechs Jahren!**
**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die
Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 4. Mai 2021
(Drucksache 20/445 S)**

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 4. Mai 2021
(Drucksache 20/446 S)**

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis
90/Die Grünen) 1331
Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD) 1332
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP) 1333
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)..... 1334
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE
LINKE) 1335
Senatorin Dr. Claudia Bogedan 1336
Abstimmung 1337

**Zweites Ortsgesetz zur Änderung der
Sondernutzungskostenordnung**
**Mitteilung des Senats vom 23. März 2021
(Drucksache 20/428 S)..... 1337**

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfragen aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 4. Mai 2021..... 1339

Anfrage 8: Unterstützung für benachteiligte Familien bei der Maskenpflicht in Schulen

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Miriam Strunge und Fraktion DIE LINKE vom 16. April 2021 1339

Anfrage 9: Kommerzielle Verwertung der Namen von BSAG-Haltestellen?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. April 2021 1339

Anfrage 10: Wohnungen auf dem Supermarkt?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021 1340

Anfrage 11: Nutzung der Unterstützung im Alltag für Pflegebedürftige in der Stadt Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021 1341

Anfrage 12: Onlineangebote an der Volkshochschule

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 20211341

Anfrage 13: Stärkerer Infektionsschutz im ÖPNV

Anfrage der Abgeordneten Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. April 20211342

Anfrage 14: Alternativstandorte für die Ansiedlung einer LNVG-Bahnwerkstatt

Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Falk Wagner, Anja Schiemann, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 27. April 20211343
Konsensliste1345

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Klaus-Rainer Rupp, Falk-Konstantin Wagner.

Präsident Frank Imhoff eröffnet Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 25. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Mitglieder der Gruppe „Die Bremer Straßenreinerger“.

Herzlichen willkommen hier bei uns im Parlament!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 15 und Tagesordnungspunkt 16 und nach den Tagesordnungspunkten 3 und 4 Tagesordnungspunkt 17 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um Tagesordnungspunkt 11, Drucksache [20/103 S](#), Tagesordnungspunkt 12, Drucksache [20/144 S](#), Tagesordnungspunkt 13, Drucksache [20/441 S](#), Tagesordnungspunkt 14, Drucksache [20/442 S](#), Tagesordnungspunkt 15, Drucksache [20/443 S](#), Tagesordnungspunkt 16, Drucksache [20/444 S](#), Tagesordnungspunkt 17, Drucksache [20/445 S](#), und Tagesordnungspunkt 18, Drucksache [20/447 S](#).

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 10, 11, 12 und 13.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 14 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Bedarfe und Anspruch auf Babyschalen und Kindersitze in Taxis in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 17. März 2021

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, wie viele Taxis in Bremen mit Babyschalen und Kindersitzen ausgestattet sind und wie lange man im Zweifel auf einen Ersatzwagen mit Babyschale oder Kindersitz warten muss?
2. Inwieweit kann der Anspruch auf Beförderung von Babys und Kindern, auch mit mehreren Kindern, in Bremen bei Taxifahrten gewährleistet werden?
3. Welchen Handlungsbedarf sieht der Senat, und welche konkreten Maßnahmen können vom Senat ergriffen werden, damit mehr Babyschalen und Kindersitze zur Verfügung gestellt werden können?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In Bremen führt keines der 476 genehmigten Taxen eine Babyschale – entsprechend der Kindersitzgruppe 0 für Säuglinge bis neun Kilogramm – mit, da es gesetzlich nicht vorgeschrieben ist. In der Regel haben die Eltern ihre eigene Babyschale dabei.

Einen Kindersitz der Gruppe I für Kinder von neun bis 15 Kilogramm haben 38 Taxen dabei. Bei telefonischer Bestellung über eine Zentrale kann in der Regel innerhalb von 20 Minuten ein entsprechendes Fahrzeug geschickt werden. Kindersitze der Gruppen II und III für Kinder von 15 bis 36 Kilogramm haben 420 Taxen dabei. Hier gibt es regelmäßig keinerlei Wartezeiten.

Zu Frage 2: Wird bei der Bestellung einer Taxe über eine Zentrale der Wunsch der Kinderbeförderung mit angegeben, gibt es keinerlei Probleme,

ein Taxi mit einem passenden Kindersitz zu bekommen. An Taxiplätzen wird in der Regel der erste Fahrer auf den Beförderungswunsch angesprochen. Hat dieser selbst keinen entsprechenden Kindersitz dabei, wird er ein anderes Taxi vom Taxiplatz organisieren oder über die Zentrale ein Fahrzeug mit der entsprechenden Ausstattung bestellen. Taxen mit Kindersitz II oder III sind aufgrund der genannten hohen Anzahl quasi immer verfügbar. Bei Bestellungen einer Taxe mit einem Kindersitz der Gruppe I ist in den allermeisten Fällen, wie in der Antwort zu Frage 1 beschrieben, ein Taxi in spätestens 20 Minuten da.

Auch der Transport von mehreren Kindern mit entsprechender Sicherung ist regelmäßig gewährleistet. Gemäß § 21 Absatz 1 a Ziffer 3 a Straßenverkehrsordnung müssen Taxen, die Kinder befördern, mit mindestens zwei Rückhalteeinrichtungen für Kinder der Gruppen I bis III ausgerüstet sein, wobei wenigstens für ein Kind zwischen neun und 18 Kilogramm eine Sicherung möglich sein muss. In Taxen der Marken VW und Mercedes – das sind 417 Taxen in Bremen – sind in der Rücksitzbank serienmäßig zwei integrierte Kindersitze der Gruppen II und III verbaut. Bei dem sehr selten geäußerten Wunsch nach Beförderung von zwei Kindern der Gruppe I müssten die Eltern einen weiteren Kindersitz zur Verfügung stellen.

Zu Frage 3: Angesichts der hohen Zahl der in Bremer Taxen mitgeführten Kindersitze sieht der Senat keinen Handlungsbedarf, mehr Kindersitze in Taxen bereithalten zu lassen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Sie sagten eben, dass es keine Babyschalen der Gruppe von quasi null bis neun Kilogramm gibt. Glauben Sie, dass es hilfreich wäre, nicht doch wenigstens einige Taxen mit so einer Babyschale auszurüsten, um Bremen als familienfreundliche Stadt, auch Tourismusstadt, darstellen zu können?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Erst einmal will ich sagen, gesetzlich sind die Taxiunternehmen nicht dazu verpflichtet. Warum machen sie es auch nicht? Weil in der Regel die Eltern, die ein Baby transportieren, selbst eine Babyschale bei sich haben! Ich war ja auch einmal Mutter und bin es immer noch, aber nicht mehr von einem Baby, aber insofern ist es nicht der Regelfall, dass das ab-

gefragt wird. Ich finde aber, wir können die Taxiunternehmen gern noch einmal bitten, das Angebot aufzunehmen.

Bei den anderen Kategorien, das hatte ich ja gesagt, gibt es in der Straßenverkehrsordnung dann eher Regelungen, aber es ist schwierig, glaube ich, alle Taxen mit einer Babyschale auszustatten. Wenn man spontan irgendwo mit dem Baby ankommt, vielleicht im Bauchgurt, und dann hofft, dass man irgendwo am Bahnhof vielleicht direkt ein Taxi mit Babyschale antrifft, wird das dann auch nicht die Regel sein. Wenn wir zehn Taxen damit ausstatten, dann müsste man zeitgleich dafür sorgen, dass die Kundinnen und Kunden diesen Service dann auch bei der Bestellung abfragen, aber sie können nicht erwarten, den Service am Straßenrand vorzufinden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Können Sie sich vorstellen, dass es durchaus die Probleme gibt, wenn Eltern mit den relativ frisch geborenen Kindern Oma und Opa in Bremen besuchen wollen und eigentlich keine Chance haben, wenn sie mit Gepäck und einem Kinderwagen und noch anderen Dingen kommen und keine Babyschale bei sich haben? Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie doch noch einmal mit dem Taxiverband sprechen und sich noch einmal dafür einsetzen, dass es wenigstens ein paar Taxen in Bremen gibt, die diese Vorhalten?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich hatte ja gerade zugesagt, ich würde gern die Taxiunternehmen vielleicht noch einmal anschreiben und dafür werben.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Vielen Dank!)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 2: „Förderung vielfältiger Perspektiven im Beirat Vahr“ – Wie halten es SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den demokratischen Rechten kleinerer Fraktionen und der Gleichberechtigung verschiedener Geschlechter?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 17. März 2021**

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wie steht der Senat zu dem Antrag von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen „Förderung vielfältiger Perspektiven im Beirat Vahr“, und teilt der Senat die dort vertretene Auffassung, dass das erste Rederecht anhand des Geschlechts vergeben werden sollte?

2. Inwieweit ist nach Auffassung des Senats eine Änderung der Geschäftsordnung eines Beirats rechtlich zulässig, die die vom Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen beabsichtigten Ziele normiert, und inwieweit hält der Senat die grundsätzliche Priorisierung des Rederechts anhand des Geschlechts für verfassungskonform?

3. Inwiefern sieht der Senat durch solche und andere Vorhaben die demokratischen Rechte von Einzelmitgliedern und kleineren Beiratsfraktionen gefährdet?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ehmke.

Staatsrat Thomas Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat vertritt die Auffassung, dass den Beiräten ein weitreichendes Selbstorganisationsrecht hinsichtlich ihrer eigenen Geschäftsordnungen zusteht. Dies gilt auch für nach Geschlecht quotierte Redelisten.

Zu Frage 2: Wie bereits ausgeführt, haben Beiräte einen weiten Gestaltungsspielraum, was ihre Selbstorganisation und ihre Regelungen zur Geschäftsordnung angeht. Die Redefreiheit gehört zur Kernkompetenz demokratisch legitimierter Beiratsmitglieder. Frauen sind jedoch auch in der Lokalpolitik nach wie vor unterrepräsentiert und strukturell benachteiligt. Wenn der Beirat einvernehmlich entscheidet, eine Quotenregelung für Redebeiträge einzuführen, um die Chancengleichheit zu fördern, ist das aus Sicht des Senats rechtlich zulässig und verfassungskonform.

Zu Frage 3: Der Senat sieht keine Gefährdung der demokratischen Rechte von Einzelmitgliedern und kleineren Beiratsfraktionen, sofern einschränkende Regelungen, wie zum Beispiel quotierte

Rednerlisten, von allen Beiratsmitgliedern im Konsens beschlossen werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Das heißt, der Antwort zu Frage 2 entnehme ich jetzt, dass Sie sagen, egal, ob ein Beirat beispielsweise beschließt, aufgrund des Geschlechts haben ab sofort immer Männer das erste Rederecht oder aufgrund des Geschlechts haben ab sofort mehr Frauen das erste Rederecht, das ist verfassungskonform?

Staatsrat Thomas Ehmke: Wie ich gerade ausgeführt habe, wäre eine quotierte Rednerliste nach der Einschätzung des Senats jedenfalls dann verfassungskonform, wenn sich der Beirat kollektiv darauf verständigt. Es gibt ja eine Vielzahl von Selbstorganisationsmöglichkeiten, in denen man das Rederecht verteilen kann. Man kann auch nach Größe der Fraktionen gehen oder nach ähnlichen Faktoren, und der Senat ist der Auffassung, dass die Beiräte zunächst die Möglichkeit haben, sich selbst zu organisieren.

Das Zweite ist, wenn eine solche Regelung einzelne Mitglieder ausschließen würde, dann wäre sie mit Sicherheit nicht verfassungskonform, aber wenn eine solche Regelung nur einen ordnenden Charakter für die Debatte hat, dann gehen wir davon aus, dass ein weiterer Ermessensspielraum vorliegt. Das ist insbesondere dann unproblematisch, wenn sich alle einig sind, dann geht es ja quasi auch um einen Konsens. Man könnte sich auch darauf einigen, dass sich immer irgendjemand spezifisch zuerst melden darf und sich alle anderen dann danach melden. Auch das wäre ja jenseits der Geschäftsordnung eine Übereinstimmung, die man treffen und niemandem verbieten könnte. Die Frage ist immer: Ist der Beirat in der Lage, sich zum einen selbstständig zu verständigen, und zum anderen, führt die gefundene Regelung dazu, dass einzelne Mitglieder benachteiligt und/oder vollständig ausgeschlossen werden?

Das trifft ja übrigens auch nicht nur Einzelabgeordnete oder kleinere Fraktionen, man kann ja auch eine große Fraktion nur mit Männern haben, dann kommen sie auch nie als Erste daran. Dann kann man sagen, das hätten wir anders aufstellen müssen, oder beim Kumulieren und Panaschieren – hätte der Wähler anders gewählt – wäre vielleicht auch etwas anderes dabei herausgekommen. Wenn ich eine Geschlechterquotierung habe, ist

das nicht eine zwingende Benachteiligung von großen und kleinen Fraktionen, sondern es hängt ein bisschen damit zusammen, wie sie zusammengesetzt sind.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wenn Sie jetzt sagen, der Beirat einigt sich kollektiv darauf, was kann ich darunter verstehen? Einstimmig, mehrheitlich, oder was verstehen Sie unter dem Begriff „kollektiv“?

Staatsrat Thomas Ehmke: Mehrheitlich müsste es ja in jedem Fall sein. Es gibt in Bremen keine Vorschrift, dass bestimmte Änderungen der Geschäftsordnung ein Einstimmigkeitsprinzip erfordern. Ich will es einmal andersherum formulieren: Eine einstimmige Regelung würde vor den Augen der Aufsicht sicherlich keinen Anlass zur Beanstandung geben, wenn sie nicht eklatant rechtswidrig ist. Wenn einer also sagt, ich komme ohnehin nicht so gern zu der Beiratssitzung, darum schreibe ich mit in die Geschäftsordnung, dass ich mich dort melden darf, dann wäre das sicherlich unzulässig, auch wenn er dort selbst zustimmt. Wenn es aber eine einstimmige Form der Regelung gibt, man kann auch sagen, immer abwechselnd, einmal Pro und Kontra oder was man sich jeweils noch vorstellen könnte, das wäre dann sicherlich zulässig.

Wenn jemand sagt, damit bin ich nicht einverstanden, und wenn der Beirat nicht in der Lage ist, sich zu verständigen, da will ich jetzt nicht sagen, das ist gänzlich ausgeschlossen, aber dann würde ich sagen, dann sind die Maßstäbe strenger anzulegen. Man müsste dann insbesondere schauen, ob es tatsächlich eine ordnende Regelung ist, die die Rechte aller gleichermaßen wahrt, ob es gewichtige Gründe für diese Regelung gibt oder ob hinter der Regelung – und ich löse mich jetzt auch einmal von diesem konkreten Fall, denn ich muss ja mit allgemeinen Rechtsprinzipien arbeiten – im Kern eine Benachteiligung einzelner Beiratsfraktionen stünde. Dann müsste man das kritischer werten. Diese Prüfung ist dann aber auf den Einzelfall anzuwenden, und erst einmal – das ganz generell! – ist es aus unserer Sicht natürlich vorzugswürdig, wenn die Beiräte in der Lage sind, diese Fragen, wie sie arbeiten wollen und sich organisieren, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben selbst und ohne die Aufsichtsbehörde zu klären.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Gleichberechtigung ist ja ein wichtiges und zentrales Thema. Jetzt wäre für mich die Frage, und das haben Sie in meiner Wahrnehmung in der Antwort zu Frage 1 noch nicht ganz beantwortet: Wie steht denn der Senat zu der dort vertretenen Auffassung, dass das Rederecht, egal, ob Männer oder Frauen aufgrund ihres Geschlechts zuerst reden dürfen, anhand des Geschlechts vergeben wird?

Staatsrat Thomas Ehmke: Die Frage war ja, wie der Senat dazu steht, dass es im Beirat so ist, und der Senat ist der Auffassung, das muss der Beirat entscheiden.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Maja Tegeler. – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Danke für die rechtliche Einordnung, Herr Staatsrat, aber tatsächlich politisch meine Frage: Würden Sie mir recht geben mit der Einschätzung, dass es nicht zwingend Aufgabe des Senats oder auch der Bremischen Bürgerschaft ist, es quasi ablehnend zu werten, wenn sich Beiräte auf den Weg machen, um Benachteiligungen wegen des Geschlechts aufzuheben und dafür zu sorgen, dass Menschen aller Geschlechter möglichst gleichberechtigt politisch tätig sein können?

Staatsrat Thomas Ehmke: Es ist nicht nur Aufgabe des Senats, sich dort nicht einzumischen, sondern es stünde dem Senat auch nicht zu. Dem Senat stünde es dann zu, wenn diese Regelung mit den rechtlichen Vorgaben, wie Beiräte zu arbeiten haben, nicht im Einklang stünde, weil dann aus der Regelung, mit dem Ziel, Diskriminierung abzubauen, möglicherweise eine Diskriminierung oder rechtliche Beeinträchtigung anderer entstehen würde. Das ist sozusagen die Aufsicht, die der Senat hat. Es ist in der Tat nicht die Aufgabe des Senats, politische Initiativen, wie man zusammenarbeiten möchte, in den Beiräten auszubremsen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Müller. – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Henrike Müller (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, weil die Antwort zu Frage 1 beim Abgeordneten Schäck so ein bisschen verhalten ausgefallen ist, würde ich gern noch einmal nachfragen: Ist der Senat der Auffassung, dass unterschiedliche Debattenbeiträge in gleicher Weise,

also in gleicher Anzahl, unterschiedliche Perspektiven von Männern und Frauen, die in eine Debatte Eingang finden, politische Entscheidungen am Ende vielleicht ausgewogener ausfallen lassen?

Staatsrat Thomas Ehmke: Ob der Senat dieser Auffassung ist, kann ich Ihnen jetzt im Einzelnen gar nicht sagen, wobei ich glaube, dass es im Senat durchaus gemeinsame Überzeugung ist, dass verschiedene Perspektiven eine Debatte in der Tat bereichern können und dass wir in Debatten durchaus auch strukturelle Unterschiede in der Beteiligung wahrnehmen. In meiner persönlichen politischen Sozialisation lebe ich seit über 20 Jahren mit quotierten Rednerlisten, die aus der Erfahrung geboren wurden, dass man sich bei Juso-Bundeskongressen ansonsten immer eine Dreiviertelstunde Leute anhören musste und das natürlich auch Einfluss auf den Verlauf der Debatte hat. Gleichwohl ist der Senat aber der Auffassung, dass die Art und Weise, wie Beiräte dazu kommen, diese vielfältigen Perspektiven in ihren Debatten zu organisieren, zunächst einmal Aufgabe der Beiräte ist.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 3: Tarifeinheit in der Straßenreinigung Bremen

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Klaus-Rainer Rupp, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE

vom 19. März 2021

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich der Anteil der Beschäftigten bei der Straßenreinigung Bremen entwickelt, der nicht tarifgebunden ist?

2. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen erwartet der Senat, wenn alle Beschäftigten der Straßenreinigung Bremen ab sofort einheitlich nach dem TVöD beschäftigt würden?

3. Ist der Senat geneigt, mit dem privaten Mehrheitseigner der Beteiligungsgesellschaft Nehlsen auch dann zukünftig noch Dienstverträge zu vereinbaren, wenn dieser private Dritte in der Straßenreinigung Bremen fortdauernd die Tarifeinheit in der Straßenreinigung verweigert?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Mit Stand vom 1. April 2021 sind 153 Mitarbeitende in der Straßenreinigung Bremen Service GmbH & Co. KG, SRB Service, mit Tarifbindung und 22 Mitarbeitende in der Straßenreinigung Bremen GmbH, SRB, ohne Tarifbindung beschäftigt. Damit beträgt der Anteil der Mitarbeitenden ohne Tarifbindung 12,6 Prozent aller Mitarbeitenden bei SRB und SRB Service. Zum Ende des Vertrags über die Erbringung von Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen zwischen Die Bremer Stadtreinigung, Anstalt öffentlichen Rechts, DBS, und SRB am 30. Juni 2028 wird der Anteil der Mitarbeitenden ohne Tarifbindung rund 50 Prozent betragen, weil Mitarbeitende mit Tarifbindung altersbedingt aus der SRB Service ausscheiden und durch neue Mitarbeitende ohne Tarifbindung in der SRB ersetzt werden.

Zu Frage 2: Die wirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich über den Vertragszeitraum unter Berücksichtigung von Tarifanpassungen im Zeitablauf auf mindestens fünf Millionen Euro beziffern.

Zu Frage 3: Eine Tarifeinheit in allen Gesellschaften herzustellen war nicht Ziel im Rahmen der Ausschreibung der Leistungsverträge. Die Straßenreinigung Bremen GmbH ist keine kommunale Gesellschaft, sondern eine Public-private-Partnership-Gesellschaft mit 49,9 Prozent kommunalem und 50,1 Prozent privatem Anteil. Sie hält sich seit dem 1. Juli 2018 strikt an die Rahmenbedingungen des bremischen Entsorgungsmodells und die Ausschreibungsbedingungen der europaweiten Vergabe der Dienstleistung.

Die Tarifverhandlungen werden von den Geschäftsführern der Straßenreinigung Bremen GmbH geführt und nicht von den privaten Gesellschaftern. Der Abschluss zukünftiger Dienstleistungsverträge richtet sich ausschließlich nach den Anforderungen des Vergaberechts. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sie haben ja gerade ausgeführt, dass im Laufe des Vertrags-

zeitraums mit einer Kostensteigerung auf mindestens fünf Millionen Euro geplant wird. Nach meinen Recherchen würde das momentan eine Steigerung bei den gut 20 Beschäftigten, die darunter fallen, circa 125 000 Euro und im Laufe des Vollzugs circa 400 000 Euro bedeuten. Das sind ja deutlich weniger als fünf Millionen Euro. Können Sie mir erklären, wie es zu dieser Summe kommt?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Da haben Sie vollkommen recht. Das betrifft jetzt die 22 Mitarbeitenden, aber Sie wissen ja auch, es finden ja gerade –. Es ist auch ehrlich gesagt immer ein bisschen schwierig, hier in der Bremischen Bürgerschaft zu antworten, wenn die Tarifverhandlungen gerade noch laufen, aber es geht ja darum –.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Die die LINKEN mit führen!)

Also, wir haben gerade die Tarifverhandlungen, aber Sie wissen auch, wie es ist: Ich weiß nicht, ob Streit das richtige Wort dafür ist, aber ein Teil der Verhandlungen ist ja, ob demnächst alle nach TVöD bezahlt werden, das ist ja der Wunsch und die Forderung von ver.di. Wenn wir also einen Teil der Beschäftigten anheben, die 22, dann ist die Summe geringer, aber Sie wissen auch, dass dann aus den anderen Sparten, die jetzt einen Haustarifvertrag haben, auch der gleiche Wunsch kommt, nämlich dann nach TVöD bezahlt zu werden. Dann kommt man auf die Summe von fünf Millionen Euro, und diese Kosten sind gebührenrelevant.

Das heißt, wenn man sich dazu entscheiden sollte/wollte, alle nach TVöD zu bezahlen – wie gesagt, das ist der Wunsch, nicht die einen nach dem Haustarifvertrag zu bezahlen, die alten Mitarbeitenden, die damals aus der ENO kamen, werden ja noch nach dem alten Recht nach TVöD bezahlt, die anderen haben den Haustarifvertrag –, dann käme man auf diese Summe, und wenn man sich dazu entscheidet, dann wird das vom Gebührenzahler zu erbringen sein.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Wenn ich die Antwort jetzt richtig verstanden habe, dann beziehen sich die fünf Millionen Euro perspektivisch auf Kostensteigerungen, dass alle Teilgesellschaften, also auch der Bereich der Bremer Abfallentsorgung, im Grunde genommen auch der gleichen Logik unterzogen wären?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sollte die SRB einen Haustarifvertrag abschließen, der sich in der Höhe von der ALB unterscheidet, dann wäre die ALB spätestens in den nächsten Tarifverhandlungen zu einer Angleichung gezwungen, also man kann die Mitarbeiter nicht unterschiedlich hoch vergüten. Deswegen gibt es schon eine innere Logik darin: Man kann nicht die einen höhergruppieren und die anderen bei einem Haustarifvertrag belassen. Vom Niveau, es sollen ja alle TVöD bekommen, die Frage ist nur, ist es dann der TVöD, oder ist es ein Haustarifvertrag.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Wir haben ja hier in der Bremischen Bürgerschaft auch schon über die Frage von Tarifbindung gesprochen und durchaus auch in der Debatte beklagt, dass es nur noch 17 Prozent sind. Würden Sie mir für den Senat recht geben, dass es durchaus begrüßenswert wäre, wenn Branchen im Allgemeinen unter Branchentarifverträge fallen und dadurch auch eine möglichst breite Tarifbindung gegeben ist?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das ist ja jetzt eine sehr pauschale Frage für alle Bereiche. Ich glaube, das muss dann nicht nur ich beantworten, sondern ehrlicherweise können Sie diese Debatte dann vielleicht auch erst einmal hier in der Bremischen Bürgerschaft führen. Ich möchte das aber jetzt doch noch einmal auf die Straßenreinigung Bremen beziehen. Sie kennen die Ausschreibung von damals. Auf das Ziel, Haustarifverträge in den PPP-Gesellschaften abzuschließen, wurden die zukünftigen Gesellschafter im Rahmen der Ausschreibung hingewiesen. Ich verstehe das Anliegen von ver.di, ich verstehe das Anliegen der Mitarbeitenden, ich bin auch gern bereit, das Gesprächsangebot von ver.di anzunehmen, da muss noch ein Termin gefunden werden, aber ehrlicherweise muss man immer einmal schauen, unter welchen Voraussetzungen die Bremer Straßenreinigung denn gegründet worden ist, und es hieß eben nicht, dass wir alle auf den TVöD als Tarif umsteigen.

Deswegen noch einmal: Wir können uns jetzt hier sehr global darüber unterhalten, was wir von Haustarifverträgen halten, was wir von Branchenverträgen halten und was wir vom TVöD halten. Wir befinden uns im Moment mitten in den Tarifverhandlungen, und ich finde es schwierig, mich jetzt hier für das eine oder andere auszusprechen, auch wenn ich mir vorstellen kann, dass viele jetzt schon

heute hier von mir am Mikrophon gern das Ergebnis hören würden, aber ich glaube, das kann man hier nicht leisten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Das kann ich an der Stelle auch verstehen, aber trotzdem geht es ja auch einmal um eine politische Einordnung und auch entsprechend der Fragestellung um die Zielrichtung des Senats. Da wollte ich doch noch einmal konkreter werden, weil Sie gesagt haben, so pauschal könne man das an der Stelle schwer fassen. Sie haben ja für den Bremer Senat die Bremer Erklärung für faire Beschäftigung als solche mit unterschrieben, und dort wird ja explizit auch auf einen Passus hingewiesen, dass auf, ich sage einmal, gleiche Entlohnungsbedingungen in den Wirkungsbereichen des öffentlichen Dienstes hingewiesen werden soll,

Präsident Frank Imhoff: Bitte die Frage!

und nach meiner Kenntnis gibt es auch eine grundsätzliche Befürwortung des Aufsichtsrats, sich auch diesen Bedingungen der Bremer Erklärung anzunähern. Ist das so, und würde das das nicht eigentlich zur Folge haben?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Die Bremer Erklärung sagt ja faire Bezahlung, und wenn wir uns jetzt einmal anschauen, was im Moment der Verhandlungsstand ist, dann liegt das aktuelle Angebot der SRB im Rahmen der Tarifverhandlungen mit ver.di auf dem Tisch, und das ist das Niveau des im Jahr 2019 mit ver.di abgeschlossenen Haustarifvertrags mit der ALB. Das bedeutet, dass die neu eingestellten Straßenreiniger auf das Niveau der Müllwerker in der ALB gehoben werden, das ja sicherstellt, dass es dann hier auch ein einheitliches Vergütungsniveau gibt, also kein Ungleichgewicht in der Bezahlung, und ich glaube, darum geht es. In der Bremer Vereinbarung steht aber nicht, jeder muss den TVöD bekommen. Es geht darum, das ist gleiche Arbeit, gleicher Lohn, dafür stehen wir, das wird ja hier auch angestrebt, aber in der Bremer Erklärung steht – –. Es würde mich jetzt sehr wundern, wenn darin steht, alle bekommen den TVöD.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Ich sehe hier gerade die Bremer Erklärung, und darin steht: Faire Arbeitsbedingungen, Entgeltgleichheit und

eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind attraktiv. Unter Entgeltgleichheit würde man aber doch verstehen, dass diejenigen, die eine Tätigkeit ausüben, den gleichen Lohn dafür bekommen, oder nicht?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ja, ich habe ja gerade in meiner letzten Antwort versucht darzustellen, dass die Mitarbeitenden der Straßenreinigung auf das Niveau der Müllwerker in der ALB angehoben werden, dass da sichergestellt wird, dass es ein einheitliches Vergütungsniveau gibt.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 4: Henny Brunken – Bremens „Gerechte unter den Völkern“

Anfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 19. März 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Trifft es nach Kenntnis des Senats zu, dass Henny Brunken die einzige Person aus Bremen ist, der von der Gedenkstätte Yad Vashem der israelische Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ verliehen wurde?

2. Wie lautet der Stand der Umsetzung des Beschlusses des Beirats Hemelingen vom 7. Februar 2013, den Weg vom Hastedter Osterdeich zum Weserwehr und zum Kraftwerk als Henny-Brunken-Weg zu benennen?

3. Welche sonstigen öffentlichen Würdigungen der Person Henny Brunken durch den Senat oder andere bremische Stellen haben nach Kenntnis des Senats stattgefunden oder sind geplant?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ehmke.

Staatsrat Thomas Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Auskunft des Staatsarchivs Bremen werden insgesamt vier Bremer:innen als „Gerechte unter den Völkern“ bezeichnet. Es handelt

sich um Henny Brunken, Martha Heuer, Melida Palme und Georg Ferdinand Duckwitz.

Zu Frage 2: Die Umsetzung des Beschlusses befindet sich im Verfahren, eine Benennung wird voraussichtlich im zweiten Quartal 2021 erfolgen.

Zu Frage 3: Der Senat hat keine Kenntnis zu sonstigen erfolgten oder geplanten öffentlichen Würdigungen durch den Senat oder andere bremische Stellen für Henny – Henriette – Brunken. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für die Information, es ist natürlich sehr begrüßenswert, dass diese Benennung jetzt stattfinden wird. Ich habe in einem alten Zeitungsartikel von 2013 gelesen, dass zusätzlich eine Tafel aufgestellt werden soll, auf der die Geschichte ein bisschen eingeordnet wird, und da wollte ich fragen, ob das auch noch Stand der Planungen ist und wie da der Sachstand ist.

Staatsrat Thomas Ehmke: Ich muss einmal kurz schauen! Es ist geplant, ein Schild mit einer Erklärung anzubringen, ich bin jetzt gerade nur nicht ganz sicher, ob es in Form einer Erklärtafel ist oder in Form eines Satzes unter dem Schild. Das gibt es ja auch, dass unter dem Namensschild noch einmal kurz ausgeführt wird, wer denn die Namensgeberin oder der Namensgeber der Straße ist. Das ist aber beabsichtigt, und der Inhalt ist auch abgestimmt, soweit ich es weiß, und die Beschilderung ist auch in Auftrag gegeben, aber das über die konkrete Ausführung finde ich jetzt gerade nicht in meinen Unterlagen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist ja sehr gut zu hören, dass es auch schon abgestimmt ist. Ob das jetzt in Form einer Legende oder auf einer extra Tafel ist, da können wir ja noch einmal nachschauen, ob wir das herausfinden, aber das finde ich beides in Ordnung.

Meine Frage lautet: Als Gerechte unter den Völkern werden ja diejenigen Nicht-Jüd:innen von der Gedenkstätte Yad Vashem geehrt, die während des Holocausts Jüd:innen das Leben gerettet haben. Das sind in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ja gar nicht so viele Menschen, aus

Bremen vier, wie Sie gerade gesagt haben. Ich frage Sie, wie denn unabhängig von diesen Benennungen im Stadtraum die Geschichten dieser vielen Bremer:innen, die ja gar nicht in allen Fällen unumstritten sind, in der gesellschaftlichen Erinnerung weitergetragen werden, weil es im Vorfeld gar nicht einfach war – das war einer der Gründe, diese Frage zu stellen –, dort Informationen zu bekommen.

Staatsrat Thomas Ehmke: Ich habe darauf jetzt keine richtige Antwort, muss aber sagen, dass ich das ebenfalls interessant fand. Ich habe mir die Geschichte von Henny Brunken auch erst persönlich im Kontext dieser Antwort im Detail angeschaut, es gibt eine Schilderung dessen in den schriftlichen Ausführungen, die ich hier habe, wie sie diese beiden jungen jüdischen Mädchen im Januar/Februar 1945 mit Lebensmitteln versorgt hat. Sie hat Zwangsarbeiterinnen versorgt, die auf einer Bremer Baustelle eingesetzt waren, indem ihre fünfjährige Tochter die Lebensmittel immer mit dem Roller dort hingebracht hat, und ich finde es durchaus spannend, sich damit auseinanderzusetzen.

Ich glaube, man muss sich noch einmal anschauen, welches das geeignete Format für so etwas ist. Im Rahmen dessen, was wir als Senatskanzlei selbst verantworten, könnte ich mir vorstellen, dass man sich mit der Frage noch einmal weiter im Zusammenhang mit der „Nacht der Jugend“ auseinandersetzt. Das würde jetzt hier in diesem konkreten Fall auch thematisch irgendwie passen, nicht nur mit Bremen, sondern auch mit jungen Menschen, aber vielleicht würde sich das auch generell anbieten, jedenfalls dann, wenn es im Kontext der „Nacht der Jugend“ junge Leute gäbe, die auch Lust darauf hätten.

Ich halte jetzt nichts davon, das so durchzupädagogisieren, dass wir da quasi die Themen vorgeben, und dann werden sie dort in Kleingruppen abgearbeitet, sondern das muss schon auch aus dem Kreis derjenigen getragen werden, die das gestalten. Wenn da aber ein Interesse bestünde, sich damit auseinanderzusetzen, dann wäre das sicherlich eine Möglichkeit, die wir uns einmal im eigenen Bereich anschauen könnten. Darüber hinaus kann man sicherlich auch noch einmal mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Bildungsressort besprechen, ob es da noch weitere Ideen und Ansätze gibt.

Dem Grunde nach finde ich es aber in der Tat ganz spannend, sich einmal damit auseinanderzusetzen, wie sich eigentlich die Bremerinnen und Bremer,

und zwar nicht nur die prominenten, sondern die normalen Bürgerinnen und Bürger, in der damaligen Zeit im Guten wie im Schlechten verhalten haben.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Wann durchquert eine Straßenbahn die Überseestadt?

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 23. März 2021

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Aus welchen Gründen wird die Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Straßenbahn in die Überseestadt der Öffentlichkeit erst in der zweiten Jahreshälfte 2021 vorgestellt?
2. Wann wurde die Erstellung der Machbarkeitsstudie mit welchem vertraglich vereinbarten Zeitplan vergeben?
3. Inwieweit und mit welchem Sachstand liegen dem Senat und/oder dem Mobilitätsressort bereits Zwischenergebnisse des Gutachtens vor?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es ist geplant, die Machbarkeitsstudie zur Jahresmitte abgeschlossen zu haben. Begonnen wurde im Frühjahr 2020 mit drei Beteiligungsrunden: zunächst verwaltungsintern, dann mit Akteuren der Überseestadt und Trägern öffentlicher Belange sowie anschließend mit allen Bürgerinnen und Bürgern.

Im Anschluss wurden aus über 100 Vorschlägen sechs Varianten ermittelt, die zur Zielerreichung im Sinne der Maßnahmen des Integrierten Verkehrskonzepts Überseestadt beitragen. Aus diesen Varianten wird aktuell die Vorzugsvariante ermittelt. Dieses geordnete und gründliche Verfahren ist für

ein anschließendes zügiges Planfeststellungsverfahren erforderlich. Darüber hinaus wurde ein Gutachten zur Prüfung der grundsätzlichen Förderfähigkeit dieser Maßnahme mit Bundesmitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Auftrag gegeben.

Zu Frage 2: Mit dem Gutachter ist eine Erstellung der Machbarkeitsstudie innerhalb eines Jahres vereinbart gewesen. Über die Lenkungsrunde des Projektes sind noch weitere Prüfaufträge beschlossen worden. Dies hat eine Auftragsenerweiterung erforderlich gemacht, die auch eine neue Zeitplanung beinhaltet: den Abschluss bis zur Sommerpause 2021.

Zu Frage 3: Der vorliegende Sachstand entspricht im Wesentlichen dem Stand, der auch dem Beirat Walle und dem Fachausschuss Überseestadt des Beirats Walle vorliegt, und er entspricht damit dem im Internet dargestellten Stand.

Die Internetadresse dazu lautet https://www.bau-umwelt.bremen.de/mobilitaet/aktuelle_projekte/strassenbahn_in_die_ueberseestadt-98082. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 6: Unzulässige Müllablagerungen in Bremens Wohngebieten

Anfrage der Abgeordneten Petra Krümpfer, Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 24. März 2021

Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Wir fragen den Senat:

1. In welchen Stadtteilen Bremens sieht der Senat ein besonderes Problem mit wiederkehrender unzulässiger Müllablagerung, zum Beispiel Beistellabfall oder unzulässiger Entsorgung von Haushaltsabfall?

2. Welche konkreten Maßnahmen werden unternommen, damit Vermieterinnen und Vermieter, insbesondere Wohnungsgesellschaften, für die rechtmäßige Entsorgung von Haushaltsabfällen auf ihren Grundstücken Sorge tragen?

3. Welche Maßnahmen werden unternommen, um wiederkehrenden Müllablagerungen, zum Beispiel

Beistellabfall oder unzulässiger Entsorgung von Haushaltsabfall, zeitnah und nachhaltig ein Ende zu setzen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Jahr 2020 wurden circa 8 000 unzulässige Ablagerungen abgeholt, davon 1 640 im Stadtteil Gröpelingen/Lindenhof, 1 020 in der Neustadt, 700 im Bereich Findorff/Altstadt, Bahnhofsvorstadt, und 600 in den Bereichen Ostertor/Steintor inklusive Östliche Vorstadt. In den Stadtteilen Hemelingen, Schwachhausen, Horn, Findorff und Vegesack konzentrieren sich die Ablagerungen auf einige Hotspots sowie auffällige Containerstandplätze.

Zu Frage 2: Mit den Mitteln aus dem Projekt „Sichere und saubere Stadt“ werden auffällige Grundstücke durch den Außendienst identifiziert und dokumentiert. Die Bremer Stadtreinigung nimmt mit den Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern oder deren Verwaltungen Kontakt auf und erarbeitet Lösungsmöglichkeiten. Darüber hinaus kontrolliert Die Bremer Stadtreinigung systematisch auffällig gewordene Wohngebiete hinsichtlich der Umsetzung des Anschluss- und Benutzungszwangs. Seit Gründung der DBS im Jahr 2018 wurden über diesen Weg 2 331 Grundstücke überprüft und circa 260 000 Euro Abfallgebühren zusätzlich festgesetzt.

Bei Wohnungen, deren Bewohner:innen nicht vollständig gemeldet sind, ist das zur Verfügung gestellte Restmüllvolumen zu gering, sodass sich die Gefahr von Beistellungen und illegalen Ablagerungen erhöht. Im Rahmen des Wohnungsaufsichtsgesetzes werden mit den zuständigen Behörden Aktionen durchgeführt.

Zu Frage 3: Im Stadtteil Gröpelingen wurde das Müllproblem besonders sichtbar. Gemeinsam mit der Sicherheitspartnerschaft Gröpelingen wurden hier viele Maßnahmen initiiert, um die wirksamen Methoden zu identifizieren und auf andere Stadtteile zu übertragen. Dabei werden auch mögliche Ursachen für den anfallenden Müll hinterfragt und nach Lösungen gesucht.

Auch hier wird zielgerichtet das über das Projekt „Sichere und saubere Stadt“ finanzierte Personal eingesetzt. Präventiv sind Abfallberater:innen täglich im Einsatz, um vor Ort über die legalen und vielfach ohne Zusatzkosten nutzbaren Entsorgungsmöglichkeiten zu informieren. Verursacher werden vor Ort angesprochen, aufgeklärt und aufgefordert, ihren Abfall zurückzunehmen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Diese Maßnahme hat sich besonders an Containerstandplätzen als erfolgreich erwiesen.

In der Regel werden die Verursacher jedoch nicht bei ihrem Fehlverhalten beobachtet, sodass bei den meisten illegalen Ablagerungen nur die aufwendige Suche nach Verursacherhinweisen bleibt. Können gerichtsfeste Beweise sichergestellt werden, erfolgt eine Anzeige als Ordnungswidrigkeit. Grundstücke, bei denen regelmäßig unzulässige Beistellungen festgestellt werden, werden hinsichtlich des Anschluss- und Benutzungszwangs überprüft, und bei Bedarf wird das Anschlussvolumen entsprechend erhöht. Insgesamt sind über das Projekt „Sichere und saubere Stadt“ 14 Mitarbeitende im Bereich Prävention und Sanktion im Einsatz.

An bekannten Hotspots und auffälligen Containerstandplätzen kommen mehrsprachige Schilder zum Einsatz, die auf den Ordnungswidrigkeitentatbestand hinweisen und über legale Entsorgungsmöglichkeiten informieren.

Rein operativ erfolgt die Abräumung von illegalen Ablagerungen im öffentlichen Raum ebenso wie an Containerstandplätzen kurzfristig durch die Beteiligungsgesellschaft Abfalllogistik Bremen GmbH. Containerstandplätze werden bedarfsgerecht bis zu sechsmal wöchentlich gereinigt. Illegale Ablagerungen im öffentlichen Raum werden in der Regel innerhalb von wenigen Tagen abgeräumt. Bei der operativen Abräumung ist Kurzfristigkeit geboten, um weitere Beistellungen von anderen Verursachern zu verhindern. Eine kurzfristige Abräumung hilft nicht, die Ursachen des Fehlverhaltens nachhaltig zu bekämpfen. Daher ist der Dreiklang aus den geschilderten präventiven, sanktionierenden und operativen Maßnahmen maßgeblich für eine langfristige Verbesserung der Stadtsauberkeit.

Die Bremer Stadtreinigung veranlasst darüber hinaus unterschiedliche Maßnahmen, die den Menschen eine ordnungsgemäße Müllentsorgung näherbringen sollen. Sie hat Flyer in verschiedenen Sprachen und mit Piktogrammen erstellt, um diese zu Aufklärungszwecken in den Nachbarschaften

zu verteilen. Außerdem wurden Aufkleber entwickelt, die auf die Mülltonnen geklebt werden, um deutlich zu machen, welcher Müll in welche Tonne gehört. Im Falle eines Mieterwechsels verbleiben die Müllgefäße den Wohnungen zugeordnet, sodass auch die neuen Mieterinnen und Mieter über diese Aufkleber zur Mülltrennung aufgeklärt werden.

Anfang 2021 werden weitere Flyer – in mehreren Sprachen und mit Piktogrammen – ergänzt, die explizit darauf hinweisen, dass das Entsorgen von wilden Abfällen, also losen Abfällen und Müllsäcken, auf der Straße verboten ist. Zudem führt Die Bremer Stadtreinigung Kampagnen unter anderem über Social Media durch und bietet Umweltbildung in Schulen und Kitas an, um die Kinder für das Thema Müll zu sensibilisieren.

Es werden Beratungsgespräche von Serviceteams der DBS geführt, die erkennbar in orange gekleidet regelmäßig die Bürgerinnen und Bürger über das Entsorgungssystem beraten und informieren. Des Weiteren erfolgen in Gröpelingen regelmäßige Gespräche und Beratungen der großen Wohnungsbau-Gesellschaften über das geeignete Abfallentsorgungssystem für die jeweilige Wohnanlage. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Ich bin sehr begeistert von allen diesen Maßnahmen, die Sie dort in Angriff nehmen. Als Bewohnerin von Gröpelingen beobachte ich allerdings, dass diese Maßnahmen, ich sage einmal, immer nur sukzessive greifen. In dem Moment, wo abgeräumt ist, sind die Plätze erst einmal frei, aber es dauert nicht lange, dann sind alle wieder mit Müll belegt. Welche Maßnahmen ergreifen Sie ergänzend zu dem, was Sie hier schon alles ausgeführt haben, gerade für Gröpelingen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Präsident, ich frage einmal: Ich habe ja die ganzen Maßnahmen aufgezählt. Frau Abgeordnete, welche zusätzlichen Vorschläge hätten Sie denn? Wir räumen ab, wir kontrollieren, wir schauen in den illegalen Müll, und finden wir Indikatoren, die auf den Verursacher zurückführen sind, dann wird das auch geahndet. Wir machen mehrsprachige Ansagen, wir machen Piktogramme. Ich kenne das Problem – ich will das gar nicht wegreden –, dass dann dort trotzdem schnell wieder etwas liegt, aber neben Umweltbildung in Kitas und Schulen, mit Flyern,

mit Leuten, die durch die Straßen gehen und beraten, mit dem Wohnungsaufsichtsgesetz, wo wir schauen, ob dort mehr Leute wohnen, als gemeldet sind, wo dann gegebenenfalls noch einmal nachjustiert wird, wäre ich dankbar für Hinweise, was man noch machen könnte, weil wir ehrlicherweise schon allen möglichen Aufwand betreiben. Oftmals wird der Müll auch zu solchen Zeiten abgelegt, dass die Leute nicht beobachtet werden. Dann reicht es nicht, man kann nicht die Polizei anrufen, wir können auch nicht alles.

Es wäre vielleicht auch eine politische Debatte, ob man wegen der illegalen Entsorgung des Mülls überall Videoüberwachung anbringen möchte, aber wir betreiben jetzt schon so viel Aufwand, dass ich gar nicht weiß, wie man es noch besser machen kann. Wir nehmen aber gern Vorschläge an.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Sie haben eben das Beispiel Videoaufnahmen genannt. Ich glaube, dass einige Gröpelinger Bürgerinnen und Bürger schon damit einverstanden wären, wenn an Plätzen, wo keine Wohngebäude sind, Videokameras aufgebaut werden.

(Zurufe CDU)

In Gröpelingen sind wir dafür!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: An den Reaktionen merkt man, dass ich glaube, da brauchen wir dann doch eine Debatte, ob wir allüberall im öffentlichen Raum Videoüberwachung haben wollen, die nicht anlassbezogen ist, weil es eine Gefährdungslage gibt. Ich will sagen, wir haben – das sind auch andere Stadtteile – an einigen abgelegenen Standorten

(Unruhe)

in der Tat auch so etwas, weil wir sehen, es sind dann gar nicht Bremerinnen und Bremer, sondern es fahren dann auch einmal weiße Lieferwagen mit niedersächsischen oder anderen Kennzeichen vor, die dort regelmäßig, so hat man das Gefühl, auch eher Gewerbemüll bringen. Da helfen uns natürlich solche Erkenntnisse, wenn man Autokennzeichen hat. Wenn es aber Menschen sind, die mit dem Müllbeutel abends im Dunkeln noch um die Ecke kommen und es irgendwo an die Straßenlaterne legen, ich glaube, das ist dann schwierig. Ich glaube, auch in Gröpelingen müsste man dann so

eine Debatte führen. Das ist allerdings auch etwas, das der Senator für Inneres zu beantworten hätte, wenn es um Videoüberwachung im öffentlichen Raum geht.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Gottschalk. – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Wenn wilde Ablagerungen gemeldet werden, dann fährt die Abfalllogistik Bremen extra hinaus und entsorgt sie, aber das kostet Geld. Das kostet extra und belastet den Gebührenhaushalt. Können Sie sagen, wie viel das pro Jahr ist?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das kann ich Ihnen jetzt nicht aus dem Stegreif sagen, das recherchiere ich noch einmal, aber ich habe ja vorgelesen, dass wir im letzten Jahr 8 000 unzulässige Ablagerungen hatten, und Sie haben es gesagt, es sind ja nicht nur die Müllwerkerinnen und Müllwerker, die dann dorthin fahren und es einsammeln, dahinter gibt es ja auch eine Logistik, und die Entsorgung muss noch bezahlt werden. Also, es sind schon höhere Beträge, die nicht sein müssten, wenn jeder seinen Abfall ordnungsgemäß entsorgen würde, aber ich reiche Ihnen die Zahl gern nach.

Am Ende ist es aber so, wie Sie es sagen: Wir alle, die Gebühren zahlen, müssen dafür aufkommen, dass andere ihren Müll einfach irgendwo illegal in abgelegenen Gegenden oder am Straßenrand abstellen. Es kommt im Übrigen auch darauf an, wenn ich das noch sagen darf, was für illegale Ablagerungen wir haben, ob es ein sehr großer Berg von Sperrmüll ist und ob darin Sondermüll ist, oder ob es doch nur ein kleiner Beutel mit Restmüll ist. Es ist ganz unterschiedlich, was wir vorfinden. Das ist im Übrigen auch in Kleingartengebieten oft ein Problem.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Sie haben sehr eindrucksvoll geschildert, wie wichtig gerade die Beschäftigten sind, die bei der Beseitigung der Missstände über das Handlungsfeld „Sichere und saubere Stadt“ finanziert werden. Können wir davon ausgehen, dass die Beschäftigung dieser Mitarbeiter auch über den 31. Dezember 2021 hinaus gesichert ist?

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Das entscheidet der Haushaltsgesetzgeber!)

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: So ist es! Herr Röwekamp hat die Frage beantwortet. Wir müssen sie bezahlen, und ein Problem ist, dass viele Verträge befristet sind. Es hängt eben davon ab, wie viel Geld im Haushalt zur Verfügung gestellt wird und dann auch der DBS zur Verfügung steht. Insofern, wir haben auch oftmals Probleme, Stellen nachzubesetzen, wenn die Stellen immer befristet sind. Ich würde mir natürlich eine bessere Finanzierung wünschen, das ist auch klar.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Wir haben ja auch das Problem, zeitnah zu reagieren. Das ist natürlich auch eine Frage, wie viele Menschen eingesetzt werden können, um säubernd tätig zu werden. Gibt es Diskussionen darüber, stärker für die Möglichkeiten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen/von Arbeitsmarktpolitik zu sorgen, um auch hier aus dem Bereich Beschäftigte zu finden, die in dem Bereich dieser wilden Müllablagerungen eingesetzt werden können, zum Beispiel auch bei Containerplätzen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wir haben im Quartierservice auch diese Kombination mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, da gilt das Gleiche. Auch diese müssen finanziert werden, da ist nicht mein Ressort zuständig, sondern das Ressort für Wirtschaft und Arbeit. Ich finde es prinzipiell eine gute Idee, solche Serviceeinrichtungen mit solchen Maßnahmen zu unterstützen und würde mich freuen, wenn wir da Hand in Hand an einem Strang ziehen könnten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD]: Nein, ich möchte nur sagen, das machen wir gern!)

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Bodeit. – Bitte sehr!

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Ich habe noch einmal eine Frage, die die Stadtteile betrifft. Sie hatten Stadtteile aufgezählt, und Huchting hatte ich nicht wahrgenommen, aber wir haben die gleichen Probleme in Huchting. Wird dort auch etwas unternommen? Sind Sie da am Ball?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Die Maßnahmen beziehen sich ja auf die gesamte Stadt. Wir haben in allen Stadtteilen, zum Beispiel auch in Bremen-Nord, solche Probleme. Die Frage 1 bezog sich ja im Prinzip darauf, wo haben wir die größten Probleme, wo sind die Hotspots. Das hatte ich dann aufgezählt, und mit 1 640 illegalen Ablagerungen war das der Stadtteil Gröpelingen, gefolgt von der Neustadt, Findorff, Altstadt, Bahnhofsvorstadt und dem Viertel, aber natürlich haben wir auch in Huchting diese Probleme.

Natürlich, wenn wir Anrufe bekommen, dass es dort illegale Abfallablagerungen gibt, dann gehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch genauso nach Huchting oder in jeden anderen Stadtteil. Wir haben ja das Ziel, diese illegalen Ablagerungen auch so schnell wie möglich zu entsorgen, denn wenn dort erst einmal ein Berg liegt, dann wirft der Nächste seine Sachen umso leichter daneben. Deswegen, die Programme gelten natürlich auch für Huchting.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 7: Realisierung der Discgolfanlage in Pellens Park im Stadtteil Burglesum
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 16. April 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Wir fragen den Senat:

1. In welchem Umsetzungsstand befindet sich die Realisierung der Discgolfanlage in Pellens Park, welche etwaigen Problemstellungen ergeben sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens, und welche unterschiedlichen behördlichen Stellen sind hierbei in welcher Form beteiligt?

2. In welcher Höhe sind mit der Realisierung sowie dem Betrieb der Discgolfanlage in Pellens Park Kosten verbunden, und aus welchen Quellen sollen diese gespeist werden?

3. Wie bewertet der Senat grundsätzlich das Vorhaben, eine Discgolfanlage in Pellens Park zu betreiben, und was unternimmt er gegebenenfalls, damit die Anlage zeitnah durch Spielerinnen und Spieler vollumfänglich genutzt werden kann?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Auf der Bezirkssportanlage Marbel sind sieben Spielbahnen der Discgolfanlage realisiert. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport hat der SG Marbel eine entsprechende Genehmigung erteilt. Die weiteren elf Spielbahnen sollen im öffentlichen Grün im Pellens Park errichtet werden. Für die elf geplanten Spielbahnen im öffentlichen Grün wäre ein Nutzungsvertrag zwischen Träger/Verein und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bereich Grünordnung, beziehungsweise dem Umweltbetrieb Bremen zu erstellen.

Die Standorte der Körbe sowie die Abwurfpunkte wären mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bereich Grünordnung, beziehungsweise dem Umweltbetrieb Bremen, abzustimmen. Der Pellens Park unterliegt jedoch vorrangig dem Landschaftsschutz gemäß der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Gebiet der Stadtgemeinde Bremen, LandschaftsschutzVO, vom 18. Juli 1968. Nach § 2 der LandschaftsschutzVO „ist es verboten, Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuss zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten“. Bauliche Anlagen wie die im Erdboden verankerten Körbe der Discgolfanlage „dürfen nur errichtet werden, nachdem die untere Naturschutzbehörde festgestellt hat, dass schädigende Wirkungen nach § 2 dieser Verordnung nicht zu befürchten sind oder durch Bedingungen oder Auflagen abgemindert werden können“, das ist die Zulässigkeitserklärung.

Die Naturschutzbehörde hat erhebliche Bedenken gegen Discgolfbahnen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes und mit Schreiben vom 31. März 2021 die Anhörung des Betreibers eingeleitet.

Zu Frage 2: Die Kosten für Herstellung und Unterhaltung der Anlage im Bereich der öffentlichen Grünfläche werden nicht von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau getragen, sondern müssen über den Träger/Verein finanziert werden. Die Senato-

rin – oder die senatorische Behörde – und der Bereich Grünordnung stellen über einen Nutzungsvertrag lediglich die Flächen zur Verfügung.

Die SG Marbel geht von Kosten in Höhe von 31 000 Euro aus. Die SG Marbel hatte bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport einen Sportförderantrag über 5 000 Euro gestellt, der jedoch aus formalen Gründen – Fristüberschreitung und vorzeitiger Maßnahmenbeginn vor Antragstellung – abgelehnt werden musste. Die weitere Finanzierung könnte aus Beiratsmitteln, WiN-Mitteln und Eigenmitteln des Vereins sichergestellt werden.

Zu Frage 3: Der Senat begrüßt die Schaffung einer allgemein zugänglichen Discgolfanlage und hat die dafür benötigten Flächen auf der Bezirkssportanlage Marbel zur Verfügung gestellt. Unter dem Vorbehalt der Klärung der zu den Fragen 1 und 2 genannten Punkte könnte eine Discgolfanlage außerhalb des Landschaftsschutzgebietes zeitnah umgesetzt werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Wie bewerten Sie es denn, dass am 22. September 2020 auch mittlerweile Beiratsmittel in Höhe von 10 000 Euro in dieses Projekt geflossen sind? Es wäre ja schön, wenn das vernünftig umgesetzt würde und man vielleicht auch in ein Gespräch kommt.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Erst einmal bewerte ich es sehr positiv, wenn der Beirat das ganze Projekt mit eigenen Mitteln unterstützt. Ich habe ja der Antwort entnommen, dass im März dieses Jahres die Anhörung des Betreibers eingeleitet wurde und man also im Gespräch ist, und ich habe aus der Antwort auch verstanden –ich muss gestehen, dass ich vorher nicht so in der Tiefe in diesem Thema war –, wenn die Fragen rund um den Landschaftsschutz geklärt sind beziehungsweise die Discgolfanlage außerhalb des Landschaftsschutzgebietes realisiert wird, dass dies auch zeitnah umgesetzt werden könnte. Prinzipiell entnehme ich also, dass alle für die Discgolfanlage sind, und wenn der Beirat Geld dazugibt, ist das sehr gut, und die anderen Fragen lassen sich sicherlich auch klären.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Frau Senatorin, Sie scheinen nicht dort gewesen zu sein, weil die Discgolfanlage nämlich schon in Teilen in Pelens Park aufgebaut ist. Ist das richtig?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ja, das hatte ich ja in meiner ersten Antwort schon vorgelesen, aber Sie haben mich ertappt, ich war noch nie selbst dort und habe Discgolf gespielt. Ich hatte im Vorfeld gelesen, dass Teile schon realisiert sind, aber es geht ja um, ich meine, elf weitere Bahnen, für die elf geplanten Spielbahnen, da geht es darum, diesen Nutzungsvertrag zu finden. Da müssen die Fragen geklärt werden, und sieben Spielbahnen gibt es schon.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

(Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie [im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 1339.](#))

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Offener Streit in der Koalition um die Domsheide: Umgestaltung darf nicht zulasten der Glocke gehen!

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil wir den Eindruck haben, dass es Redebedarf gibt, und zwar sowohl zwischen Opposition und Regierung, aber dass es offensichtlich auch Redebedarf innerhalb der Regierungskoalition gibt.

Das Thema Bremer Innenstadt ist ja schon länger Thema bei uns hier in der Politik, bei verschiedenen Gewerbetreibenden, in den Medien, aber insbesondere auch bei den Bremerinnen und Bremern. Die Bremer Innenstadt hat über die letzten Jahre durchaus an Attraktivität eingebüßt. Dies hat natürlich unterschiedliche Gründe, Themen wie Sauberkeit, Veränderungen im Einzelhandel, Onlinehandel, aber unter anderem auch neue Nutzungsansprüche durch die Bürgerinnen und Bürger. Darüber haben wir hier im Parlament auch schon einige Male debattiert.

Ein Aspekt, der einen massiven Einfluss auf die Entwicklung der Innenstadt hat und der es im Übrigen auch der Bremer Innenstadt nie ganz leicht gemacht hat, ist die Grundstruktur der Innenstadt: Wir haben das Konsum-L einerseits, bestehend aus Sögestraße und Obernstraße, wir haben etwas abseits davon liegend den Marktplatz, wir haben die Martinistraße, die die Innenstadt durchschneidet. Über alle diese Themen haben wir in der Vergangenheit auch schon immer wieder debattiert.

Ein großes Problem ist unter anderem auch die Obernstraße. Eigentlich ist die Obernstraße eine attraktive Flaniermeile, ein breiter Boulevard, den wir so in der Form in Bremen, glaube ich, kein zweites Mal haben und den man auch ganz anders nutzen könnte, der aber aktuell aufgrund der Tatsache, dass dort alle paar Minuten Straßenbahnen durchfahren, so in einer anderen Form nicht nutzbar ist. Aus diesem Grund haben wir mit dieser Aktuellen Stunde auch einen Antrag eingereicht, die Verlegung der Straßenbahn aus der Obernstraße heraus zu prüfen, und der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Güngör, hat ja ebenfalls erkannt und es so auch beim Innenstadtgipfel in der letzten Woche klar gesagt, dass er die Verlegung der Straßenbahn aus der Obernstraße durchaus begrüßt. Das freut uns sehr, und deswegen gehen wir natürlich davon aus, dass die SPD-Fraktion unserem Antrag an dieser Stelle auch zustimmt.

(Beifall FDP)

Ein weiteres Problem, das wir hier in Bremen in der Innenstadt haben, das sind mehrere zentrale Verkehrsknotenpunkte, die eine natürliche Barriere darstellen und die Innenstadt auch an einigen Stellen abschneiden. Ein solcher Verkehrsknotenpunkt ist beispielsweise der Brill, und ein anderer Verkehrsknotenpunkt – und um den soll es hier heute gehen – ist die Domsheide, die unter anderen ja auch den historischen Schnoor vom historischen Marktplatzenensemble abschneidet und auch einen

Anteil daran hat, dass der Schnoor nach wie vor leider immer ein bisschen im Dornröschenschlaf liegt und nicht so wahrgenommen wird, wie er vielleicht eigentlich wahrgenommen werden müsste.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Gerade, weil dieser zentrale Verkehrsknotenpunkt nicht ohne Weiteres entfernt werden kann, ist es, glaube ich, in unser aller Interesse wichtig, dass wir hier eine vernünftige Lösung finden, die insbesondere – und das ist uns ein besonderes Anliegen – auch die Gegebenheiten der Anlieger vor Ort, der verschiedenen Gewerbetreibenden vor Ort, entsprechend berücksichtigt.

(Beifall FDP)

Die Domsheide – und ich glaube, da sind wir uns auch einig – mit dieser L-förmigen Anlage verschiedener Stationen, mit sehr viel Verkehr kreuz und quer, von Fahrradfahrern, Bussen, Bahnen, teilweise auch noch Autos, bedarf einer Überarbeitung, ich glaube, da sind wir uns alle einig, aber was die beste Lösung zur Überarbeitung der Domsheide ist, darüber sind wir uns nicht einig, und auch Sie bisher nicht in der Regierungskoalition. Die Option, die von Ihnen, Frau Senatorin Dr. Schaefer, präferiert wird, nämlich die Haltestelle Domsheide vor dem Konzerthaus Glocke zu platzieren und dort auch zu konzentrieren, halten wir für die falscheste und auch für die schlechteste aller möglichen Lösungen.

(Beifall FDP)

Weil die Domsheide ja solch ein zentraler und auch für die gesamte Innenstadt, für die gesamte Innenstadtentwicklung so ein wichtiger Knotenpunkt ist, darf man gerade nicht die allererste oder die allerbeste oder die allerbequemste Lösung nehmen, denn das kann auch schädigende Auswirkungen unter anderem für die Anlieger haben, und die Glocke dort vor Ort ist ein solcher Anlieger. Frau Dr. Schaefer, ich ahne, was Sie gleich sagen werden: Das war nicht die allerbeste oder die erstbeste Lösung, es war auch nicht die bequemste Lösung, und wir haben lange Zeit, knapp zwei Jahre lang, Untersuchungen durchgeführt und in der Koalition debattiert und so weiter, und genau das bereitet mir ja die große Sorge.

Wenn Sie tatsächlich so lange Zeit untersuchen und innerhalb der Koalition über dieses Thema diskutieren und Sie nun mit einem Vorschlag an die

Öffentlichkeit gehen, der offenbar auch innerhalb der eigenen Koalition so unausgegoren ist, dass sich im Übrigen nicht die Opposition, sondern die eigenen Leute aus der Koalition öffentlich sofort gegen diesen Vorschlag aussprechen und ihn wieder einkassieren, dann kann ich nur sagen, ich verstehe langsam, warum es mit Bremen in den letzten Jahren nicht vorangegangen ist, und ehrlich gesagt, bei dieser Art der Zusammenarbeit wird mir für die Zukunft Bremens wirklich angst und bange.

(Beifall FDP)

Mir ist schon klar, dass für einen Teil der Wählerinnen und Wähler, die sich bei den Wahlen wahrscheinlich auch für die Grünen entscheiden, die Glocke vielleicht nicht die zentrale Kultureinrichtung ist und sich diese Wählerinnen und Wähler vielleicht auch für andere Sachen entscheiden. Das ist auch in Ordnung, das muss jeder so für sich entscheiden, aber es gibt auch sehr viele Menschen in Bremen, für die die Glocke eine zentrale Kultureinrichtung ist und die die Glocke als zentrale Kultureinrichtung auch sehr schätzen. Da muss ich ehrlich sagen, wenn die Glocke mit dieser Entscheidung so unter Druck gesetzt wird, dass das tatsächlich zu Problemen für die Glocke führt, dann ist das etwas, das wir definitiv nicht mittragen und im Übrigen auch nicht im Sinne aller Bremerinnen und Bremer ist.

(Beifall FDP)

Da der geschätzte Kollege Fecker, den ich hier gerade nicht sehe, gern in einem gewissen Anflug von Selbstlob in Social Media twittert #gutregiert# im Hinblick auf Bremen, kann ich Ihnen nur sagen, wir haben offensichtlich eine unterschiedliche Vorstellung vom Wort „gut“, wir haben vielleicht auch eine unterschiedliche Vorstellung vom Wort „regiert“, und vielleicht haben wir sogar auch eine unterschiedliche Vorstellung vom Wort „Bremen“, denn der Senat sollte Politik für alle Bremerinnen und Bremer machen und gerade nicht nur für die eigene Klientel.

Die Glocke ist eine zentrale Kultureinrichtung in Bremen, die im Übrigen auch weit über die Grenzen Bremens hinaus bekannt ist, und ich freue mich sehr – und so viel Dank gestatten Sie mir hoffentlich fraktionsübergreifend! –, dass Frau Motschmann in Berlin gerade noch 40 Millionen Euro für den Um- und Ausbau der Glocke nach Bremen geholt hat. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind doch die Signale, die wir in Richtung Glocke brau-

chen, das ist der Respekt, und das ist die Unterstützung, mit der wir dieser zentralen Kultureinrichtung in Bremen begegnen sollten.

(Beifall FDP)

Nun den gesamten ÖPNV-Verkehr dort zentral vor der Glocke zu platzieren und zu konzentrieren, ist das genaue Gegenteil. Wir haben die große Befürchtung, dass das die Glocke zugrunde richten wird. Das haben offenbar auch Ihre eigenen Koalitionspartner erkannt und signalisiert, dass sie diese Lösung für nicht sinnvoll und im Übrigen auch nicht für durchführbar halten. Um das Argument direkt vorwegzunehmen, weil es sonst gleich kommen würde: Natürlich haben die unterschiedlichen Standorte, die als Option zur Verfügung stehen, auch unterschiedliche Herausforderungen, beispielsweise im Hinblick auf Barrierefreiheit, das ist uns schon klar, aber es gibt tatsächlich wenig, was man nicht baulich lösen kann, und deswegen gilt auch hier der alte Satz: Wer will, der findet Wege, und wer nicht will, der findet auch immer Gründe dafür.

Wenn wir uns nun die Domsheide anschauen, dann wissen wir, dass sie als zentraler Verkehrsknotenpunkt Bremen zerschneidet und insbesondere auch den Schnoor von der Innenstadt abschneidet, was sehr schade ist, gleichzeitig bietet diese Fläche als eine der wenigen größeren offenen Flächen ein großes Potenzial. Das heißt, wenn wir diesen Bereich schon anfassen und viel Geld in die Hand nehmen – und auch das wird ein Argument sein, das gleich kommt, auch uns ist klar, dass nach 75 Jahren sozialdemokratischer Politik hier in Bremen die Geldtöpfe leer sind –, dann sollten wir doch umso mehr überlegen, wenn wir jetzt wirklich einmal Geld in die Hand nehmen und an diesen Ort herangehen, ob es sinnvoll ist, diesen zentralen Verkehrsknotenpunkt dort zu belassen, oder ob es andere Möglichkeiten gibt, ihn vielleicht an den Rand der Innenstadt zu legen.

Es gab auch in der Vergangenheit immer wieder einmal verschiedene Debatten und verschiedene Diskussionen über mögliche Orte, wo dieser Platz sein könnte. Ein Ort, der in der Vergangenheit immer wieder diskutiert worden ist, ist die Ecke Am Wall/Altenwall/Ostertorstraße. Das wäre dann tatsächlich eine zentrale Einheit oder ein zentraler Verkehrsknotenpunkt am Rande der Innenstadt, wo die Besucherinnen und Besucher entweder in die Innenstadt oder ins Viertel gehen können, aber das ist auch nur eine der Optionen, die debattiert worden sind. Wenn dafür die Möglichkeiten oder

die Ressourcen oder auch das Geld oder der Mut fehlt, dann ist für uns die Balgebrückstraße die deutlich bessere Option und würde viel Bewegung und Aufenthalt in Richtung Brücke ziehen und damit im Übrigen auch weg von der Glocke.

Kurzum, um es zusammenzufassen: Die Glocke ist eine der zentralen Kultureinrichtungen in Bremen, viel mehr andere Kultureinrichtungen in dem Umfang und auch von der Art und Weise haben wir tatsächlich nicht in Bremen, zumindest nicht mit dem Angebot, und deswegen ist es doch so wichtig, dass wir die Glocke in Bremen gerade nicht gefährden, sondern sie fördern. Wir dürfen die Glocke an dieser Stelle nicht weiter unter Druck und Stress setzen, sondern müssen dafür sorgen, dass sie gerade als Wahrzeichen Bremens größer wird, dass sie besser und strahlender wird, und das ist Ihre Aufgabe unter anderem auch, lieber Senat. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen, wenn es geht, dass ich jede Rede mit etwas Positivem anfangen möchte. Da fällt mir jetzt zwar gar nicht so viel ein, aber eines doch: Ich finde es gut, dass Sie, als Sie diese Aktuelle Stunde eingereicht haben, auch diesen Antrag mitgeschickt haben, denn dann wissen wir, worüber wir miteinander reden können. Diesen Ansatz, die Aktuelle Stunde mit einem Dringlichkeitsantrag zu verbinden, fand ich sehr positiv, weil wir dadurch miteinander sehr viel vertiefter darüber reden können.

Sie haben ja eine Menge postuliert, Sie wissen offensichtlich schon, was alle sagen werden, und Sie haben auch gesagt, die FDP vertritt alle Bremerinnen und Bremer, aber dass sie das bei Wahlen anscheinend etwas anders sehen, haben Sie bestimmt auch zur Kenntnis genommen, und Sie haben postuliert, dass den Grünen die Glocke egal ist. Ich gehe selbst sehr gern in die Glocke, ich kenne auch sehr viele grüne Mitglieder, die die Glocke schätzen als ein überregionales Kulturinstitut, so nenne ich es einmal, von überragender Bedeutung, und da zu meinen, dass wir die Glocke zugrunde richten wollen, weil uns das egal ist, weil uns andere grüne Ziele wichtig sind, ist einfach nicht zutreffend.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich die Ziele formuliere, die mir bei dieser ganzen Umgestaltung besonders wichtig sind, dann steht tatsächlich hier auf meinem Zettel auf Platz eins die Aufwertung der Glocke. Ich werde Ihnen auch gleich darlegen, warum das, was wir dort planen, eine Aufwertung der Glocke sein wird. Es geht aber auch darum, die Erreichbarkeit der Innenstadt zu verbessern und den ÖPNV zu stärken. Darüber haben Sie überhaupt nicht gesprochen, Sie haben irgendetwas darüber fabuliert, dass Sie das jetzt alles in der Balgebrückstraße unterbringen, aber ich werde Ihnen gleich erklären, dass das tatsächlich das Gegenteil einer Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs ist.

Wir wollen natürlich die Innenstadt stärken. Das werden Sie nun mögen oder nicht mögen: Wir haben als Koalition vereinbart, dass wir eine autofreie Innenstadt wollen, weil wir darin auch eine Stärkung der Innenstadt begreifen, und natürlich muss das, was wir da machen, eingepasst werden. Wenn wir über die autofreie Innenstadt reden, das sagt auch die Handelskammer, dann müssen wir viel mehr in den öffentlichen Nahverkehr investieren. Richtig: Eine Verkehrswende kann nur mit dem öffentlichen Nahverkehr funktionieren. Wir brauchen den Fünfminutentakt, wir brauchen dadurch mehr Fahrzeuge auf den Straßen, und das können wir doch nicht erreichen, wenn wir die zentralen Knoten tatsächlich schwächen werden.

Ich fange jetzt mit Ihrem Antrag an: Sie haben ja im Prinzip vorgeschlagen, jetzt nicht die Martinstraße – –. Sie haben zwar gesagt, beispielsweise könnte man das über die Westerstraße führen, und dann könnte man Shuttlebusse fahren lassen. Was ist das für ein Vorschlag? Haben Sie sich denn einmal irgendwie durchgerechnet, was dann statt den Straßenbahnen dann eigentlich in der Obernstraße passiert, wenn dort Ihre Armada von Shuttlebussen herumfährt? Sie haben 8 200 Leute, die vor Karstadt aussteigen, und diese müssen alle mit dem Shuttlebus in die Innenstadt. Da gibt es nicht nur alle paar Minuten einen öffentlichen Nahverkehr, dann haben Sie einen Stau von Shuttlebussen, um das tatsächlich realisieren zu können!

Das können wir doch am Ende nicht wollen, und was ist der Gewinn für das Dreifache, was an der Stelle durchfährt? Die Leute sind viereinhalb bis fünf Minuten länger unterwegs. Normalerweise geben wir Millionen Euro aus, um irgendwie eine Minute Fahrzeitgewinn hinzubekommen, und Sie sagen so nonchalant, vier bis fünf Minuten kann

man da in Kauf nehmen! Noch einmal: Die Situation in der Oberstraße verschlechtert sich durch Ihren Vorschlag.

Es wird auch nicht gerade besonders billig sein, Sie suggerieren so ein bisschen, wir haben da ja Gleise, die liegen da ja schon, da brauchen wir gar nicht viel zu machen. Nein, die BSAG hat ausgerechnet, das wird 1,5 bis zwei Millionen Euro mehr kosten, und Ihre vielen Shuttlebusse, die wir da brauchen, sind leider auch nicht umsonst. Das heißt, Ihre Lösung ist nicht richtig durchgerechnet, sie ist nicht seriös, und da frage ich mich dann: Bei dem, was Sie uns für die Domsheide uns vorschlagen, ist denn wenigstens das seriös durchgerechnet? Da habe ich so meine Zweifel.

Sie haben gesagt, wir streiten uns nur in der Koalition. Man kann bestimmte Ziele formulieren, was man bei der Domsheide erreichen will. Da spielt tatsächlich die Glocke eine ganz besondere Rolle, sie ist uns Grünen primär wichtig. Da spielt auch die Gestaltung dieses Platzes eine große Rolle, da spielt aber auch eine Rolle, dass wir so viel öffentlichen Nahverkehr wie möglich in dieser Stadt brauchen, gerade auch, wenn die Verkehrswende weitergeht. Das Urteil des Verfassungsgerichts werden Sie vielleicht nicht gemocht haben, aber das führt dazu, dass wir viel mehr in den öffentlichen Nahverkehr investieren wollen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben jetzt vorgeschlagen – diesen „klugen“ Vorschlag hat die Handelskammer auch gemacht – , dann machen wir doch einmal ein zweijähriges Moratorium. Das ist auch der Geist dieser Stellungnahme der Handelskammer zu dem, was wir in der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans machen. Der Geist ist ein Moratorium, aber das wird die Innenstadt nicht weiterbringen. Wir brauchen jetzt eine schnelle Entscheidung an der Stelle. Da sind wir mitten im Verfahren, und das Verfahren ist nicht irgendwo am Anfang, sondern ziemlich am Ende.

Wir haben weiter vereinbart, wie wir mit diesem Verfahren weiter umgehen wollen. Es gibt eine Vorzugsvariante, das ist die Variante 5.1, für die sich Frau Dr. Schaefer sehr starkgemacht hat, und da sind noch ein paar Dinge abzuprüfen. Die Argumente, die für bestimmte Sachen sprechen, haben wir miteinander, glaube ich, sehr gut ausgetauscht, da spielt die Anlieferung bei der Glocke eine besondere Rolle.

Jetzt komme ich zur Glocke, warum ich mich denn erdreiste zu behaupten, mit diesem Vorschlag 5.1 wird es für die Glocke besser sein! Wenn Sie schon einmal in der Glocke waren, ich war da schon öfter, ist es tatsächlich manchmal zu hören, dass da draußen Straßenbahnen fahren. Herr Weiss nickt, das ist tatsächlich eine Sache, die für so ein Konzerthaus nicht gut ist. Masse-Feder-Systeme gibt es, das habe ich nachgelesen, seit 60 Jahren. Das heißt, sie sind sehr gut erprobt, überall, man baut sie zum Teil bei Tunneln ein, weil sie eben sehr teuer sind.

Es gibt ein gutes Beispiel in Basel, dort hat man jetzt so ein Masse-Feder-System eingebaut. Es ging auch um ein Konzerthaus, und da hat eine Stiftung ausgelobt, wenn sie da 20 Dezibel schaffen, dann bekommen sie drei Millionen Euro dazu. Es sind am Ende 22 Dezibel gewesen, das ist weniger als ein Viertel des ursprünglichen Lärms. Meinetwegen mag das da noch ein bisschen mehr sein, aber Sie müssen anerkennen, durch dieses Masse-Feder-System, das sehr teuer ist –. Ich habe einmal jemanden gefragt, es könnte fünf Millionen Euro kosten, die wir nur ausgeben wollen, um die Glocke zu stärken, aber das würde tatsächlich für diesen Konzertgenuss in der Glocke sehr viel bringen.

Wir haben dann noch eine andere Situation, das kennen Sie auch: Wenn Sie dort bei Konzerten sind, dann steht draußen links ein Lkw, rechts ein Lkw, dann stehen da noch einige Transporter davor, und Sie sehen die Glocke zum Teil gar nicht. Diese Anliefersituation ist eigentlich seit zehn Jahren nicht akzeptabel. Es hat sich bisher auch niemand gefunden, der sich dafür eine Lösung ausgedacht hat, auch die Glocke nicht und auch die anderen Ressorts nicht. Vielleicht fehlte die Fantasie, um so eine Lösung zu finden. Wir haben aber jetzt einen Lösungsweg aufgezeigt, der diese Anlieferprobleme bei der Glocke lösen kann, und so konstatiere ich, für die Glocke wird es einen enormen Gewinn in der Akustik geben, es wird einen enormen Gewinn geben bei der Anlieferung, die jetzt gerade so störend ist.

Die Sicherheit der Rettungswege ist auch in einem Gutachten untersucht worden, sie ist überraschenderweise bei diesem Vorschlag nicht schlechter, sondern in etwa gleich. Ihr muss man sich meiner Ansicht nach auch noch einmal widmen, denn ich finde diese 14,8 Minuten Räumungszeit der Glocke tatsächlich etwas zu lange. Da müssen wir schauen, was man noch in der Glocke machen muss, um das da tatsächlich noch etwas sicherer zu machen.

Dann ist auch klar, wenn wir hier den ganzen Platz anfassen, dann wird es dazu führen, dass man einen Architekturwettbewerb machen und die Pflasterung anpassen wird und hier wirklich eine ansprechende Gesamtlösung für diesen Platz erreicht. Es ist für mich jetzt nicht so, dass das der Untergang der Glocke ist, sondern das, was ich versucht habe zu skizzieren, bedeutet, die Glocke wird enorm aufgewertet, und das stand für uns erst einmal ganz vornan: Wir mussten Lösungen für die Probleme finden, die mit der Glocke zusammenhängen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin ja auch Verkehrspolitiker und möchte jetzt auch noch ein bisschen über die verkehrlichen Auswirkungen sprechen. Die Leistungsfähigkeit der Lösung, die Sie vorgeschlagen haben in der Balgebrückstraße, ist einfach schlecht. Sie haben hinter der Balgebrückstraße einen Knoten tiefer, wo es auf die Wilhelm-Kaisen-Brücke hinaufgeht. Eine Straßenbahn holt sich ein grünes Signal, wenn sie irgendwo hinein will. Wenn die Straßenbahnen schon ganz vorn an diesem Knoten sind, dann können sie sich nicht so gut das Grün holen, wie sie es an der Domsheide machen könnten. Das führt dazu, dass die Leistungsfähigkeit dieser Lösung an der Balgebrückstraße sehr viel schlechter ist, und wenn Sie diese Kompaktlösung, also alles in der Balgebrückstraße, tatsächlich weiterverfolgen würden, dann kommen Sie auch nicht mehr in die Martinstraße, wenn Sie das dann irgendwann tatsächlich noch einmal so machen wollten.

Sie haben die Barrierefreiheit angesprochen. Wir sind gezwungen, bis 2022 eigentlich alle Haltestellen barrierefrei zu machen. Das heißt, das muss eine gerade Linie sein, sie muss 75 Meter lang sein. Das können Sie da nicht einmal eben hineinbauen, wie Sie gesagt haben, da könne man alles hineinbauen, was man in Wirklichkeit will. Wir hatten 14 Varianten, sie sind größtenteils herausgefallen wegen der Barrierefreiheit, und Barrierefreiheit ist für uns Grünen ein Wert, der mindestens auf der gleichen Höhe steht wie die Belange der Glocke.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben mit dem Landesbehindertenbeauftragten gesprochen, und es gibt eine ganz klare Stellungnahme von Fuß e. V.. Sie haben, wenn Sie die Kompaktlösung vor der Glocke wählen, 705 Kilometer Umsteigeweg am Tag. Wenn Sie die andere Variante nehmen – mit Gefälle übrigens, weil da ja eine Düne ist –, dann sind es 3 500 Kilometer. Also,

aus verkehrlicher Sicht ist diese Variante viel leistungsfähiger, gerade auch für die Herausforderungen, die wir für den öffentlichen Nahverkehr wirklich brauchen, und sie ist im Sinne der Barrierefreiheit die eindeutig bessere Lösung von den beiden, die noch übrig geblieben sind.

Den Fuß- und Radverkehr will ich auch erwähnen. Sie kennen es alle: Wenn Sie einmal mit dem Fahrrad oder zu Fuß an der Bürgerschaft sind und wollen dann zum Schnoor, die Situation mit der Haltestellenanlage in der Balgebrückstraße ist tatsächlich katastrophal, ich wundere mich, dass da nicht noch viel schlimmere Unfälle passiert sind. Das muss sich verbessern, deswegen muss diese Situation verändert werden, und das wird sich verändern, wenn diese Kompaktlösung da ist. Das heißt, wir haben eine hervorragende Wegebeziehung für den Fuß- und Radverkehr, die dort geschaffen werden soll, also auch für den Fuß- und Radverkehr gibt es dabei eigentlich nur Vorteile.

Noch eine Kleinigkeit: Im Augenblick liegt da ein drittes Betriebsgleis in der Balgebrückstraße, und nur bei der Variante, die wir miteinander präferieren, bei der Kompaktlösung, kann dieses Betriebsgleis erhalten werden. Das ist dafür gut, wenn einmal irgendwo eine Straßenbahn liegen bleibt oder es Störungen in der Innenstadt gibt. Dann brauchen wir eigentlich dieses dritte Betriebsgleis, und das bleibt dabei erhalten.

Es ist nichts entschieden, und es ist, finde ich, in einer Koalition so, dass man verschiedene Meinungen, verschiedene Schwerpunkte hat und sie miteinander austauscht. Das finde ich völlig normal. Wir haben jetzt noch ein paar Arbeitsaufträge, die wir miteinander abarbeiten werden, aber das, was wir miteinander nicht machen werden, ist für mich vollkommen klar, nämlich jetzt noch einmal ein Moratorium zu machen und alles weiter nach hinten zu schieben. Was die Leute von uns verlangen können, ist, dass wir an der Stelle eine gute, aber auch eine schnelle Entscheidung treffen, und das werden wir tun. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP redet heute in der Aktuellen Stunde von einem großen Streit in der Koalition. Natürlich,

ein großer Streit ist für die Opposition und auch für die Medien ein gefundenes Fressen, und es ist ein großer Spaß, darüber zu berichten, denn es gibt dafür sehr viel Aufmerksamkeit. Wenn wir uns das Ganze dann aber aus der Nähe anschauen, dann finden wir eben keinen großen Streit in der Koalition, sondern vielmehr unterschiedliche Perspektiven, die alle ihre Berechtigung haben. Es geht um die Umgestaltung der Verkehrssituation an der Domsheide – wie wird die Domsheide fußgängerfreundlicher, sicherer und barrierefreier? –, und es geht eben auch um die Frage, wie das Konzerthaus Glocke von diesen Umgestaltungsmaßnahmen betroffen ist. Das sind Fragen von erheblicher Relevanz, und ich erwarte da ehrlich gesagt auch von der Regierung, dass hier intensiv diskutiert wird, dass alle Aspekte durchleuchtet werden, denn nur so kommen wir dann am Ende auch zu der bestmöglichen Lösung.

(Beifall DIE LINKE)

Von einem großen Streit kann hier aber keine Rede sein.

Mit dem Antrag der FDP tut sie nun so, als ob es zur Frage der Umgestaltung der Domsheide gar keinen Prozess gegeben hätte und man deshalb jetzt die Machbarkeitsstudie bräuchte. Das ist mitnichten der Fall, und Herr Schäck, das wissen Sie auch! Es gab diesen intensiven Beteiligungsprozess des Verkehrsressorts, in dem im Herbst 2019 dann von 14 möglichen Varianten zwei in die engere Auswahl gekommen sind. Die eine Variante hat eine lange Haltestelle in der Balgebrückstraße und auch eine Haltestelle vor der Post, und die andere Variante konzentriert die Haltestellen zwischen der Post und dem Konzerthaus Glocke. Selbstverständlich erzeugt es bei der Glocke Irritationen, wenn vor dem Gebäude eine neue Haltestelle geplant wird, und selbstverständlich schaut dann auch das Wirtschaftsressort bei dieser Variante ganz genau hin und formuliert Fragen, welche Auswirkungen diese städtebaulichen Veränderungen für das Konzerthaus haben werden. Das ist alles richtig, und auch wir in der Fraktion haben Fragen, die unbedingt geklärt werden müssen.

Bevor ich darauf noch einmal genauer eingehe, will ich aber eines klarstellen: Wir haben in der Regierungskoalition hier einen Prozess, in diesem werden die aufgeworfenen Fragen abgearbeitet, es werden unterschiedliche Aspekte geprüft, und am Ende werden wir als Koalition ein gemeinsames Ergebnis präsentieren können.

(Beifall DIE LINKE)

Völlig klar ist auch, dass bei der Umgestaltung der Domsheide komplexe Fragen gegeneinander abgewogen werden müssen. Zum einen muss das Ergebnis am Ende die Fragen nach Sicherheit, Barrierefreiheit, Fuß- und Radverkehr zufriedenstellend beantworten, aber zum anderen müssen die Auswirkungen für die Glocke sehr genau geprüft werden, wenn man diese Variante umsetzen will. Da es ja kein Geheimnis ist, dass die Variante vor der Glocke gerade intensiv geprüft wird, möchte ich als kulturpolitische Sprecherin deutlich machen, dass hier eben noch nicht alle offenen Fragen geklärt sind. Deshalb kann es zu diesem Zeitpunkt, in diesem Moment, auch noch keine abschließende Entscheidung innerhalb der Koalition geben, denn uns allen ist klar, wie wertvoll die Glocke für Bremen ist, und dieses Konzerthaus darf in keiner Weise in seinem Konzertbetrieb eingeschränkt werden. Deshalb gibt es bereits auch die Einigung, wenn die Haltestelle in der Nähe der Glocke errichtet wird, dass das nur dann möglich ist, wenn die Schienen in ein Masse-Feder-System eingebaut werden – Herr Saxe hatte das angesprochen –, durch das Erschütterungen erheblich verringert werden. Das Ganze ist auch bekannt unter dem Begriff Flüstergleise.

Ein anderer Punkt, der noch nicht abschließend geklärt ist, ist die Frage der Anlieferungen. Momentan wird das Material für Konzerte in der Glocke von vorn angeliefert. Sobald dort aber eine Haltestelle ist, kann da natürlich kein Lkw mehr an der Domsheide halten, und deshalb muss die Anlieferung durch einen Umbau hinten über die Violentstraße ermöglicht werden. Wenn man jetzt nicht so tief in der Materie steckt, dann klingt das vielleicht banal, aber das ist existenziell.

Die Haltestelle vor der Glocke kann nur umgesetzt werden, wenn die Anlieferung hinten auch ganz sicher funktionieren wird, und solange es hier noch Unklarheiten gibt, kann man sich für diese Variante nicht abschließend entscheiden, denn keine Anlieferungsoption bedeutet tatsächlich das Aus für die Glocke. Deswegen ist die Anlieferungsproblematik auch ein ganz klares K.-o.-Kriterium in der Sache. Gibt es hier keine zufriedenstellende Lösung im Sinne der Glocke, muss man sich die Alternativen, wie die mit einer Haltestelle in der Balgebrückstraße, dann eben wieder genauer anschauen.

Ein weiterer Punkt ist auch die Frage der Attraktivierung der Glocke und die Möglichkeit, eine Außengastronomie zu betreiben. Auch hier brauchen wir Lösungen. Da die Umgestaltung der Domsheide so relevant für Bremen ist, hat sich die Koalition auch dazu entschieden, noch einmal zu prüfen, ob eine Verlegung der Straßenbahn in die Martinistraße nicht auch eine Option sein könnte. Ich finde es gut, dass wir uns jetzt noch einmal die Zeit nehmen und schauen, was kostet wie viel, und welche Option hat welche Vor- und welche Nachteile. Dafür brauchen wir aber keine Machbarkeitsstudie, das können wir auch über die Ressorts valide prüfen lassen. Deshalb lehnen wir den Antrag der FDP ab, denn die Prüfung dieser Option ist ja schon lange in der Koalition beschlossen.

Ich muss jetzt auch noch einmal einen Miniexkurs zu dem Subkulturbashing der FDP machen! Die FDP unterstellt in ihrer Begründung zur Aktuellen Stunde, dass die bremische Kulturförderung nur subkulturelle Nischen mit wenigen Menschen im Blick hätte. Ich weiß nicht, warum Sie diese Debatte jetzt dazu nutzen, um deutlich zu machen, dass Sie entweder keine Ahnung von Subkultur haben, denn sonst würden Sie nicht Subkultur mit wenigen Menschen gleichsetzen, oder ob Sie hier zum Ausdruck bringen wollen, dass Ihnen jede Form von Subkultur herzlich egal ist. Uns ist sie nicht egal, und deshalb haben wir in der institutionellen und auch in der Konzeptförderung Kulturangebote, die unter dem Begriff Subkultur zusammengefasst werden können. Zusätzlich haben wir einen Fördertopf für Subkultur eingerichtet, um ganz klar und deutlich zu sagen, wir als rot-grün-rote Koalition haben ein breites Kulturverständnis.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns bedeutet Kultur mehr, als ins Museum zu gehen oder klassischen Konzerten zu lauschen. Deswegen ist natürlich auch ein Festival mit Künstlerinnen und Künstlern elektronischer Musik nach bestimmten Kriterien förderfähig, und natürlich fördern wir auch Kunstprojekte, die nicht in die Kunsthalle passen, und natürlich gehört Subkultur zu Bremen. Daraus jetzt aber den Umkehrschluss zu ziehen, in Bremen gäbe es wenig Unterstützung für Hochkultur oder wie Sie es denn nennen möchten, das zeugt von Ignoranz gegenüber der bremischen Kulturförderung, und vielleicht würde ein Blick in den Kulturförderbericht oder ein Kaffee mit der Staatsrätin dabei helfen, sich da noch kundig zu machen.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt komme ich aber noch einmal zum eigentlichen Thema zurück! Ich versuche, unsere Position noch einmal klar auf den Punkt zu bringen: Die Fraktion DIE LINKE unterstützt den gemeinsamen Prozess des Senats, eine Lösung zu finden, in der die besonderen Bedürfnisse der Glocke angemessen berücksichtigt werden. Wir wollen die Glocke als Konzerthaus erhalten und in den nächsten Jahren noch attraktiver machen, das muss auch bei der Verkehrsplanung berücksichtigt werden. Wir wollen eine Variante, die barrierefrei ist und sich gut in verkehrliche und städtebauliche Entwicklungen in Bremen einfügt, und als Koalition werden wir, wenn alle Fragen geklärt und alle noch offenen Probleme beseitigt sind, hier zu einer guten gemeinsamen Lösung kommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Im Kern sind wir uns darin einig, was wir wollen.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Ach!)

Ja! Wir wollen eine attraktive Innenstadt, und wir wissen, dass die Domsheide die Verlängerung der Obernstraße ist, und wir wissen, dass die Domsheide das Entree für den Schnoor ist. Das wurde von der FDP auch richtig gesagt. Ich werde in meinem zweiten Beitrag noch einmal etwas zum Antrag sagen.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Ist der erste schon vorbei, oder was?)

Wir haben in dieser Situation widerstrebende Interessen, und das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Wir wollen eine autoarme Innenstadt, aber dafür brauchen wir erst einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Die Domsheide ist der zweitgrößte Verkehrsknotenpunkt nach dem Hauptbahnhof, an dieser Tatsache kommen wir erst einmal nicht vorbei. Die Frage ist, was machen wir jetzt.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Einen Mediator holen!)

Herr vom Bruch, wenn Sie eine Frage stellen wollen, dann steht Ihnen das frei, oder wollen Sie nur dazwischenrufen?

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Das war ich! – Zurufe CDU)

Die Frage ist an der Stelle ja, welche Interessen haben wir. Wir können es auf der anderen Seite drehen und wenden, wie wir wollen, diese Situation mit der Straßenbahn ist eine Belastung für die Glocke, und auch das mit den Flüsterschienen ist eine gute Lösung, aber sie bleibt ein Kompromiss. Wir wollen an der Stelle prüfen – und Frau Strunge hat ja auch gesagt, dass wir aus der Koalition heraus einen Prüfauftrag haben –, um noch einmal zu schauen, was das eigentlich bedeutet.

Auch bei der Frage der Barrierefreiheit geht es nicht um die Barrierefreiheit der Domsheide, damit das noch einmal deutlich ist, sondern es geht um den barrierefreien Zutritt in die Fahrzeuge der BSAG. Das bedeutet aber – das ist ja in der Telefonschaltel noch einmal ausdrücklich gesagt worden –, dass wir über Bahnsteige in Höhe von 250 Millimetern, also 25 Zentimetern, reden. Das heißt, wir zerfurchen die Domsheide noch einmal zusätzlich, und wir haben einen Platz, der dann ein Verkehrsknotenpunkt ist, aber in sich keine Attraktivität mehr hat. Vor dem Hintergrund ist besprochen worden, auch in der Schaltel unter den Koalitionären, dass man noch einmal eine Prüfung macht und auch noch einmal die Frage der Martinstraße auf das Tableau hebt und fragt, ist da eine Verlegung möglich, was würde das bedeuten, und vor allen Dingen, was würde es kosten.

Richtigerweise ist es so, dass diese Debatte immer wieder hochkommt, denn das, was wir jetzt mit der Domsheide entscheiden, das, was wir jetzt kurzfristig entscheiden müssen – und da ist eine Menge Vorarbeit vom Ressort gemacht worden –, heißt, dass wir diese Frage auch ein für alle Mal klären, und entweder gibt es eine Möglichkeit, dann verlegt man auch Haltestellen aus der Domsheide, weil man gegebenenfalls eine andere Streckenführung hat, und es ist finanzierbar und macht Sinn, in der Martinstraße etwas zu tun, oder nicht. Wenn das dann aber nicht so ist, dann haben wir die Varianten des Ressorts, dann schauen wir uns an, was das ist, und dann bleibt es bei den Möglichkeiten, die wir in der Domsheide haben, denn in einem sind wir uns auch alle einig: Dass wir die Straßenbahnen da nicht reduzieren wollen, ist auch klar innerhalb dieses Hauses, und zwar nicht nur in der

Regierungskoalition, sondern auch in der FDP und in der CDU.

Ich möchte noch zwei Sätze zu dem Moratorium sagen! Es macht überhaupt keinen Sinn, jetzt zu warten und zu schauen. Was wir brauchen, ist jetzt eine Sachklärung. Die Sachklärung heißt, wir haben ein paar Prüfaufträge, der Kollege Saxe hat es gesagt, die werden abgearbeitet, dann wird man sich die Fakten anschauen, und dann wird man schauen, was ist bezahlbar, was ist machbar, und dann muss man zu Entscheidungen kommen. Einen Teil der Entscheidungen haben wir jetzt auf dem Tisch, und den Rest werden wir sehen, wenn die Sachprüfung da ist. Im zweiten Teil werde ich noch einmal darauf schauen, was mit dem Antrag der FDP ist. – Danke!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß jetzt ehrlicherweise mit den Wortbeiträgen gar nicht so richtig etwas anzufangen –

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Zuhören hätte geholfen!)

danke, Herr Güngör, für den Einwand! –, denn wenn ich mir das jetzt so anhöre und es nicht besser wüsste, würde ich sogar sagen, dass Sie hier ein inhaltliches Problem haben, das Sie hier inhaltlich diskutieren.

Wenn man sich jetzt aber einmal den Verlauf dieser Diskussion der letzten drei bis vier Jahre ansieht, gerade über die Domsheide und wo die Straßenbahn ist – wir hatten das ja auch schon einmal zur Chefsache gemacht, der damalige Bürgermeister sitzt jetzt da hinten, ich weiß nicht, was er dazu jetzt noch sagt –, dann ist es wieder irgendwie in den Koalitionsvertrag geraten, und Sie kommen mit diesem Punkt einfach nicht weiter, weil Sie eigentlich Ihre komplette Zusammenarbeit darauf abstellen. Hier geht es gar nicht um das Inhaltliche, sondern hier geht es darum, dem anderen in die Knochen zu schlagen. Das ist leider das Problem, das wir hier haben, deswegen werden wir zu diesem Thema auch keine Lösung finden.

Da können Sie, Herr Saxe noch dreimal sagen, Sie wollen das so machen, Frau Strunge hat uns ja zur

Kenntnis gegeben, das ist ein Prozess. Frau Strunge, ja, das kann sein, aber der Senat ist eigentlich keine Selbsthilfegruppe, sondern er ist ein Organ, das Entscheidungen zum Wohle der Stadt treffen muss,

(Beifall CDU, FDP)

und wenn ich mir das anschau, dann schadet das dieser Stadt.

(Zuruf Abgeordnete Miriam Strunge [DIE LINKE])

Einmal unabhängig davon, wie wir jetzt die Domsheide gestalten: Wir haben hier schon einen Prozess, der über Jahre lief. Es steht jetzt alles fest, es gibt für die beiden letztendlich übrig gebliebenen Varianten pro und kontra, und es muss eine Entscheidung getroffen werden. Das ist in Ordnung. Diese Diskussion gab es auch bei uns in der Fraktion, und wir haben eine Entscheidung getroffen, für welche Option wir letztlich votieren werden. Dann ist es in Ordnung – –.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Welche ist denn das?)

Das werden wir Ihnen dann zeitnah sagen, Herr Güngör, welche das ist!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ach, Sie sind noch im Findungsprozess in Ihrer Selbsthilfegruppe!)

Nein, wir sind fertig, aber das ist hier nicht das Thema! Es geht hier nicht darum, das sind unterschiedliche Sachen, sondern es geht darum, wie man miteinander umgeht, und dann stellt sich die Verkehrssenatorin hin und sagt, ich habe mich jetzt festgelegt, und das ist jetzt so, und dann grätscht die Wirtschaftssenatorin noch einmal in einem Interview hinein.

Da könnte man sich jetzt eigentlich als Opposition freuen, wenn sich die Regierung streitet, aber ich sage Ihnen, genau das ist nämlich der Punkt, und dann kommen wir nämlich zum Eigentlichen: Wir haben hier eine Innenstadt, die darniederliegt, wir haben einen Investitionsstau, der gigantisch ist, um diese Innenstadt wieder zum Leben zu erwecken. Jetzt frage ich Sie einmal deutlich: Wenn Sie Investor wären und irgendwo ihr Geld investieren möchten, um damit dann noch Geld zu verdienen, um irgendetwas zu entwickeln, würden Sie bei diesen Streitthemen, bei diesem Alarm, den es da gibt, sagen, ich gehe einmal nach Bremen, da könnte ich

etwas investieren? Das ist das Problem: Sie und Ihr Kleinkrieg wegen aller möglichen Dinge in diesem Senat schaden dem Ansehen dieser Stadt und des Landes,

(Beifall CDU, FDP)

und das ist eigentlich das, worüber wir reden müssen. Sie können mir doch jetzt nicht erzählen, dass es in einem Diskussionsprozess normal ist, dass man das öffentlich in Interviews über den „Weser-Kurier“ austrägt! So kenne ich das nicht, und dann wirklich auch in einer Art und Weise, als wenn man glaubt, dass Sie gar nicht miteinander reden! Das ist das große Problem. Das sehen Sie doch auch schon heute hier in der Diskussion, und Sie müssen sich jetzt endlich einmal entscheiden, was Sie möchten.

Herr Stahmann hat es eben in einem Nebensatz gesagt, autofreie gegen autoarme Innenstadt. Jetzt einmal unabhängig davon, dass es eine ungeschickte Diskussion ist, also die SPD will ja eine autoarme Innenstadt, wie ich Herrn Stahmann verstanden habe, und Herr Saxe möchte eine autofreie Innenstadt: Es ist beides Unsinn, das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Wir als CDU möchten eine attraktive, erreichbare Innenstadt,

(Beifall CDU)

das müsste eigentlich das Vokabular sein, nach außen zu sagen, ja, wir nehmen unseren Auftrag als Oberzentrum hier in der Nordwestregion wahr.

Darin liegt nämlich genau das Problem: Hier geht es gar nicht nur um diesen einzelnen Punkt. Es geht darum, wie Sie diesem Wirtschaftsstandort, diesem Standort mit Ihrem Gestreite schaden. Deswegen bin ich ganz dankbar, dass die FDP das jetzt noch einmal zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht hat, obwohl, Ihr Streit ist ja nicht aktuell, das ist ja permanent in vielen Sachen so.

Deswegen will ich noch einmal kurz auf den Antrag eingehen: Wir werden ihm zustimmen, ich glaube schon, dass es notwendig ist, einfach einmal eine Machbarkeitsstudie zu machen. Auch für Sie, Frau Dr. Schaefer: Ich verstehe Sie nicht! Ich hätte eine Machbarkeitsstudie gemacht, hätte gesagt, das geht, oder es geht nicht, und das kostet 50 Millionen Euro. Dann hätte ja die Bremische Bürgerschaft entscheiden können – dann wären Sie eigentlich heraus gewesen! – und sagen, das wollen wir, das wollen wir nicht. Deswegen, glaube ich, ist das richtig mit der Machbarkeitsstudie, weil das,

was Sie gesagt haben – ich glaube, Frau Strunge war es –, wir machen keine Machbarkeitsstudie, wir machen das in den Ressorts: Was soll denn dabei herauskommen, jetzt einmal unabhängig vom Ergebnis? Dann sagt das Verkehrsressort, das geht nicht, das Wirtschaftsressort sagt, das geht doch, und dann haben Sie den Streit wieder genauso. Deswegen unterstützen wir das.

Eines muss ich aber sagen, Herr Schäck: Wir machen den Antrag von Ihnen mit, aber das mit dem Shuttlebus habe ich auch noch nicht so richtig verstanden, das müssten Sie noch einmal erklären, aber mir ist erst einmal die Machbarkeitsstudie wichtiger.

Herr Güngör, ich finde Ihre sehr tollen Einwürfe, die Sie hier machen, ja immer schön, aber ich sage Ihnen einmal ganz ehrlich, ich würde mich freuen, wenn Ihnen selbst einmal etwas einfallen würde, denn Sie haben ja letztes im „Weser-Kurier“ groß gesagt, welches Ihre Ideen sind. Ich könnte Ihnen ja sagen, wo Sie es abgeschrieben haben, das sage ich nicht, denn wir haben sogar ein Video dazu gemacht, ganz spontan für Sie.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Hat sich nur keiner dafür interessiert, das ist das Problem!)

Das ist ja nicht die Frage! Also, ich habe ja kein Problem damit, dass Sie sich mit fremden Federn schmücken, aber lassen Sie das dann wirklich! Wenn hier nichts von Ihnen kommt, dann brauchen Sie ein bisschen Demut und müssen keine schlaunen Sprüche machen, denn das nützt uns nichts. Bisher ist von Ihnen nicht großartig etwas gekommen, das uns jetzt helfen würde, diese Innenstadt zu retten. – Vielen Dank erst einmal!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

(Zurufe der Abgeordneten Mustafa Güngör (SPD) und Thomas Röwekamp [CDU])

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Meine Herren, Sie können gern auch hier vorn debattieren, indem Sie sich melden!

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich lerne gerade von den beiden Fraktionsvorsitzenden! Ich bin gern noch einmal fünf Minuten ruhig und höre

mir das an, was sie so zu erzählen haben, vielleicht lerne ich ja dadurch!

Zu meinem Vorredner: Dass gerade die Akteure hier im Hause, die, sage ich einmal, sonst mit den scharfen Worten sehr viel unterwegs sind, plötzlich in die Harmoniebedürftigkeit hineinfallen, irritiert mich auch ein bisschen. Sie sind doch eigentlich eher jemand, der auf harte Kante geht, und jetzt sind Sie so ein bisschen irritiert.

Wir haben uns in unserer Fraktion so ein bisschen aufgeteilt, dass meine Kollegin Miriam Strunge ihre Sicht als Kultursprecherin unserer Fraktion auf die Dinge richtet, und ich versuche das jetzt als verkehrspolitischen und stadtentwicklungspolitischen Sprecher. Das machen wir hier im Haus und nicht über den „Weser-Kurier“, aber Sie sehen eben auch, dass es eine ressortübergreifende Aufgabe ist, dass da mehrere Ressorts dabei sind und die Sichtweise ab und zu auch anders ist. Das finde ich auch nicht schlimm, man kann sich ja auch austauschen und kommt dann zu guten Ergebnissen, aber es ist ja oft so, wenn sich der Staub der Aufregung legt, dann wird am Ende deutlich, dass es hier schon sehr lange ein doch ziemlich ordentliches Verfahren gegeben hat.

Bis mindestens 2025 müssen die Schienen in diesem Bereich erneuert werden. Entweder verbindet man das mit einem Umbau, oder es bleibt bis 2040 beim Alten. Das wäre nicht so gut, ich glaube, da besteht Einigkeit, das sehen alle hier in dieser Stadt so. Die heutige Lage ist eben anders als toll. Man hat weite Umstiegswege, sie sind nicht barrierefrei, zwischen haltenden Straßenbahnen durchzulaufen oder hindurchzuradeln, ist auch nicht schön, sondern eben auch gefährlich. Normale Schienen sind für die Glocke laut, auch da, wo sie jetzt liegen.

Also sind verschiedene Varianten geprüft worden, und zwei sind übrig geblieben, das haben meine Vorrednerinnen und Vorredner auch schon gesagt. Bei der Variante 2.3 ändert sich an der Anordnung der Haltestellen eigentlich nichts, bei der anderen, man nennt sie 5.1, werden die Haltestellen vor der Glocke zusammengefasst und rücken näher an die Glocke heran. Verkehrstechnisch, aus der Sicht eines verkehrstechnischen Sprechers, besser, aber als Bedingung – das hat meine Kollegin auch gesagt, und da sind wir uns auch wieder absolut einig, da haben wir auch überhaupt keinen Dissens – müssen Flüsterschienen, Entfluchtung muss noch einmal geprüft werden, und das allerwichtigste ist die Anlieferung der Glocke von hinten, das muss

funktionieren. Wenn das mit den Grundstückseigentümern nicht geregelt ist oder wenn dort die Glocke etwas dagegen hat, dann ist das schwierig.

Wiederum sagt aber auch zu Recht keiner von Ihnen, von der Opposition, die Variante 2.3 ist eigentlich so die tolle Lösung. Das sagt bei Ihnen eigentlich auch keiner, und ich glaube auch nicht, Herr Kollege Strohmann, wenn Sie die wahre Absicht erkennen lassen würden, dass Sie sagen würden, wir sind für die Variante 2.3. Das glaube ich nicht, denn so toll ist die Lösung nicht. Da bin ich aber neugierig. Vielleicht schaffe ich es heute ja noch, dass Sie hier einmal zu Wort kommen und mich einen ruhigen Schlaf machen lassen, damit ich endlich weiß, was Sie wollen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber sonst interessiert Sie das ja auch nicht!)

Stattdessen wird jetzt der ganz große Hammer herausgeholt. Es gibt ja auch die Überlegung, die Straßenbahn gar nicht mehr an der Glocke vorbeifahren zu lassen, sondern über den Altenwall und die Tiefer zu führen. Ich glaube, das ist noch verrückter. Die Idee von der FDP, zu sagen, wir machen das jetzt mit einem Shuttleverkehr, halte ich für Unsinn oder aus städtebaulicher Verantwortung einmal nicht als den großen Wurf, denn wir haben Straßenbahnen. Das ist eigentlich für Bremen eine tolle Sache, andere Städte bewundern uns deswegen, und jetzt mit höchstwahrscheinlich dieselangetriebenen Bussen fahren zu wollen, ich weiß jetzt nicht, ob Sie den Shuttleverkehr über die Oberstraße oder über die Martinstraße führen wollen, dass das Unfug ist, muss man, glaube ich, niemandem erklären, und wie man die Fahrgäste aus der Straßenbahn herausnehmen und in Bussen transportieren will – ich weiß gar nicht, wie viele Busse man dafür braucht –, ich glaube, da haben Sie gezeigt, dass Sie mehr die Partei der Autofahrer sind. Vom ÖPNV haben Sie doch nicht so sehr viel Ahnung. Bei der Lösung ist eben auch wichtig, dass auch der ÖPNV gestärkt und die Barrierefreiheit erhöht wird. Das wurde alles schon einmal von meinen Vorrednern gesagt.

Dann redet man von Streit, ich habe das für mich so begriffen, dass da zwei kluge und engagierte Frauen für ihre Sache gekämpft haben. Eigentlich ist es eher bei uns Männern so, dass wir da einmal die Kontrolle über uns verlieren, aber bei den Frauen geht das dann vielleicht auch einmal. Dass man das nun über das Format des „Weser-Kurier“ gemacht hat, ist natürlich auch nicht so toll, aber

ich glaube, da wird man wieder zur Sachlage zurückkommen und sich dann auf andere Formate berufen, die dann vielleicht weniger – –.

Absolut notwendig ist, dass die offenen Fragen bezüglich der Glocke vernünftig abgearbeitet werden, aber wenn das passiert ist, dann muss man auch einmal eine Entscheidung treffen, das fordern Sie ja auch ein. Ein Moratorium ist nach meiner Meinung keine Entscheidung, man kann nicht einerseits sagen, ihr müsst euch einmal beeilen, und andererseits ein Verfahren andeuten, das immer noch länger dauert. Wir alle warten doch auf die Projektgesellschaft, auf denjenigen, der die gesamte Innenstadt quasi steuern soll, und vielleicht ist es ja auch wichtig, wenn dieser Mensch seine Arbeit aufgenommen hat, auch einmal zu horchen, was er denn davon hält, und zum Schluss sollte man das Bauchgefühl dann ein Stück weit zurücklassen und wieder zur Sachdiskussion zurückkommen.

Die Prüfung, ob die Straßenbahn nun in die Martinistraße hineinmuss und aus der Obernstraße heraus, dazu habe ich eine persönliche Meinung. Ich bin eher dagegen, denn oftmals stellt man auch fest, in der Obernstraße ist auch ein Angebotsproblem. Warum kommen denn die vielen Touristen nach Bremen, aber kaufen nicht ein? Weil sie ihre Sachen auch zu Hause bei H&M, bei Karstadt und P&C und bei Rossmann und dm einkaufen können! Das ist vielleicht eher das Problem, darüber sollte sich die Handelskammer auch einmal Gedanken machen. Ansonsten, meine Kollegin Frau Strunge hat es schon gesagt: Wir lehnen natürlich den Antrag der FDP auch ab. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Abgeordnete der CDU, ich habe überhaupt noch nicht einen so inhaltsleeren Beitrag erlebt, wie den von Herrn Strohmann eben. Also: Wir haben eine Position, wir sagen sie aber nicht. Autofreie oder autoarme Innenstadt, wir sind für eine attraktive Innenstadt. Gibt es eigentlich irgendeine Position, die man in diesem Hause noch zu der Sachfrage hören kann? So wichtig, wie das von der CDU gemacht wird, und die Geschwindigkeit, die darauf gelegt wird, und kein Moratorium, heißt aber auch, ihr müsst

euch bitte einmal äußern, was ihr wollt! Auch das ist ein Teil des Parlaments!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist jetzt aber süß!)

Es ist immer gut, wenn andere sich streiten und man nur versucht, den Finger in die Wunde zu legen, aber das entledigt einen nicht der eigenen Willensbildung.

Deswegen noch einmal zwei Punkte zur Domsheide, die mir wichtig sind! Das eine ist die Frage der Anlieferung. Das ist keine Notwendigkeit, die abhängig ist von dem Modell, das ist eine Notwendigkeit, die wir immer brauchen. Die Belieferungssituation der Glocke ist hochproblematisch, sie ist nicht zufriedenstellend. Da stehen die Lkw davor, und wenn wir da eine Lösung hinbekommen, die Belieferung von hinten zu machen, völlig unabhängig von der Gleisführung, ist das immer eine gute Sache, denn das dient diesem Kulturhaus. Das ist der eine Punkt.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Der zweite Punkt ist, die Domsheide hat eine weitreichende Bedeutung für die Innenstadt, und deswegen ist es klug, das zu überdenken. Es ist nicht klug, es zu verzögern, es ist nicht klug, ein Moratorium zu machen, aber es ist klug, jetzt die Prüfaufträge abzuarbeiten und dann noch einmal darauf zu schauen, wo wir stehen.

Damit komme ich zum Antrag der FDP!

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Jetzt aber!)

Die Frage – Herr vom Bruch, das waren Sie doch, oder? – ist jetzt wirklich, die Zweifel – –. Die CDU hat jetzt gesagt, Sie will da zustimmen, weiß aber nicht, was mit den Shuttlebussen ist. Ehrlich gesagt, ich finde, die Beschlusspunkte sind handwerklich so schlecht, dem kann man einfach nicht zustimmen! Umgehend eine Machbarkeitsstudie zur Verlegung der Straßenbahn zu machen und das dann damit zu verbinden, unter Berücksichtigung der Verlegung und der Umgestaltung und mit einer Shuttleverbindung, ist in sich schon kompliziert und als ein Beschlusspunkt völlig überladen.

Zweiter Punkt: Wenn man im ersten Beschlusspunkt umgehend eine Machbarkeitsstudie fordert

und im zweiten Beschlusspunkt dann sagt, umgehend bitte aber auch die Möglichkeit des Finanzierungskonzepts und die Fördermöglichkeiten darzulegen, dann frage ich mich, wie das gehen soll. Ich muss ja erst einmal sehen, was das alles kostet, damit ich im zweiten Punkt weiß, was ich überhaupt an Finanzmitteln brauche und welche Fördertöpfe überhaupt da sind.

Also, das ist wirklich unausgegoren und macht ein bisschen den Eindruck – die Berichtspflicht für die Deputation ist ja der Standard –, als seien die drei Beschlusspunkte nur daruntergeschrieben worden, damit man in dem Einleitungstext noch einmal einen vermeintlichen Streit unterstellen kann, den es nicht gibt. Das finde ich etwas zu wenig, und deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

(Zurufe der Abgeordneten Mustafa Güngör [SPD] und Thomas Röwekamp [CDU])

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Ich bitte darum, wer reden möchte, sollte sich melden, und das werde ich nicht wiederholen! Danke, Herr Strohmänn, dass Sie sich melden!

Bitte sehr, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich warte noch kurz, Frau Präsidentin, bis die beiden Herren zu Ende gestritten haben!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Wir sind hier ein Parlament, und man kann diskutieren. Man kann hier zwar Zwischenrufe machen, aber nicht auf dem Platz diskutieren, meine Herren, und das meine ich ernst. Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann stellen Sie sich hier vorn hin und melden sich vernünftig!

Bitte, Frau Bürgermeisterin!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DIE LINKE)

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Vielen Dank! Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Domsheide ist das Eingangstor, Herr Stahmann hat gesagt, das Entree, zur Innenstadt, und sie hat damit eine wichtige städtebauliche

Funktion. Verkehrliche Fragen spielen hier auch eine zentrale Rolle, das ist keine Frage, aber mir und meinem Ressort ist die Wirkung für die Bremer City bewusst. Wir setzen uns intensiv damit auseinander, und gleich zu Beginn ist es mir wichtig zu betonen, die Aufwertung der Glocke ist ein zentrales Anliegen in unseren Planungen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wie sieht die derzeitige Situation heute an der Domsheide aus? Das haben auch schon mehrere Redner geschildert. Wenn wir heute im Gebäude der Bremischen Bürgerschaft getagt hätten, hätte ich Sie alle gern für zehn Minuten mit nach draußen genommen, und wir hätten uns die Lage dort einmal gut anschauen können. Ist die heutige Situation in der Balgebrückstraße gut? Nein, das ist sie nicht! Diese Auffassung teilen doch alle hier im Haus. Die gesamte Verkehrssituation in der Balgebrückstraße ist unübersichtlich, sie ist chaotisch, und sie ist gefährlich. Es kreuzen dort Tausende von Radfahrerinnen und Radfahrern, die in die Dechanatstraße wollen. Es fahren zahlreiche Autos, die von der Tiefer kommend in die Dechanatstraße wollen. Es kreuzen sehr viele Fußgängerinnen und Fußgänger – viele davon sind übrigens die Schülerinnen und Schüler der St.-Johannis-Schule –, aber auch Touristinnen und Touristen, die in den Schnoor wollen, die Straße. Es steigen täglich 50 000 Fahrgäste, im Winter sind es sogar 54 000, in die Busse und Straßenbahnen ein, sie steigen dort aus und um. Es ist ein totales Gewusel.

Wie sieht die Situation heute vor der Glocke aus? Sieht sie gut aus? Nein, sage ich persönlich, es ist nicht so! Bei Veranstaltungen stehen große Lkws, Trucks der Orchester, direkt vor dem Haus. Wir haben nur einen kleinen nutzbaren Bürgersteig, denn schon folgt die Bordsteinkante der Wendeschleife für die Lkws. Die Trucks müssen wenden können, deswegen ist der eigentliche Bürgersteig vor der Glocke heute sehr klein. Aus dieser unglücklichen Gesamtsituation hat der ehemalige Bürgermeister Sieling die Umgestaltung der Domsheide zur Chefsache erklärt, und ich persönlich finde, dass dies richtig war. So kann es auf Dauer dort nicht weitergehen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich frage Sie: Ist die Haltestelle heute barrierefrei? Nein! Ist die Haltestelle heute verkehrssicher? Nein! Ist die Fläche vor der Glocke heute attraktiv? Nein! Ist die Balgebrückstraße – übrigens der Eingang zum Schnoor, das hat Herr Schäck zu Recht

gesagt, er ist eine der wichtigen Touristenattraktionen in Bremen – attraktiv? Nein!

Darum geht es in dieser Debatte, meine Damen und Herren: Es geht darum, die Haltestelle barrierefrei zu machen, es geht darum, den Schulweg sicher zu machen, es geht darum, generell die Verkehrssicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie für Radfahrerinnen und Radfahrer herzustellen, es geht darum, die Leistungsfähigkeit des ÖPNV weiter zu entwickeln, und es geht darum, das Entree, das Erscheinungsbild in die Innenstadt zu optimieren, und es geht darum, die Situation für die Glocke zu verbessern. Das ist unsere Aufgabe, und dieser widmen wir uns jetzt seit zwei Jahren intensiv in Form von Beteiligungsprozessen, mit Gutachten und Expertenanhörungen, wir haben uns ja Experten hinzugenommen. Unser Fokus liegt dabei gleichermaßen auf städtebaulichen Aspekten wie auf der Aufwertung der Glocke.

Dieser Prozess, das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen, ist mit frühzeitigen Beteiligungen sehr transparent gewesen. Im Januar 2019 gab es drei Beteiligungsrunden. Am Anfang wurden 14 Varianten mit unterschiedlichen Teilnehmenden geprüft, im März 2019 war die vierte Beteiligungsrunde zu den Varianten der engeren Auswahl. Herr Schäck, wir sitzen da nicht und haben gedacht, ach ja, was machen wir jetzt. Da sind wirklich viele Varianten auf diese vielen Herausforderungen hin durchgeprüft worden, die ich gerade aufgezählt habe.

Im November 2019 wurde die engere Auswahl in einer öffentlichen Präsentation der fachlichen Abwägung vorgestellt. Die beiden Varianten, die übrig blieben, waren die Varianten 2.3, also Balgebrückstraße, so wie es jetzt ist, und die Variante 5.1. Um diese beiden Varianten dreht sich die kontroverse Diskussion.

Was haben wir seitdem gemacht? Klar ist, die BSAG muss in absehbarer Zeit die Gleise erneuern, dafür muss der Kirkeby-Turm unabhängig von der Haltestellensituation verlegt werden, wir haben darüber gesprochen, Frau Staatsrätin. Wir haben uns also mit den Kirkeby-Erben in Verbindung gesetzt – der Turm steht unter Denkmalschutz –, und die Erben haben uns die Erlaubnis gegeben, dass der Turm versetzt werden darf. Problem gelöst!

Zweitens: Wir haben uns sehr intensiv mit dem Thema Erschütterungen und Lärm beschäftigt. Warum? Weil die aktuelle Situation vor der Glocke überhaupt nicht gut ist! Herr Weiss hat das vorhin

mit seinem Kopfnicken noch einmal bekräftigt, wenn man jetzt im Saal sitzt, hört man die Straßenbahn. Es rumpelt in den Konzerten, wenn die Straßenbahn vorbeifährt. Expert:innen und Gutachter:innen haben sich das ganz genau angeschaut und gemessen, wir haben hierzu eine Anhörung gemacht, übrigens immer unter Beteiligung des Wirtschafts- und des Kulturressorts, der Glocke und mit –. Wir sind dann zu dem Ergebnis gekommen, dass wir ein Masse-Feder-System einbauen werden, und zwar ein sehr teures, das Beste, was es auf dem Markt gibt. Damit gehören die Erschütterungen der Vergangenheit an. Wir wollen dies vom Gerichtsgebäude bis zur Glocke verlegen.

Der Glocke, das will ich jetzt aber auch einmal sagen – beziehungsweise dieser in Person von Herrn Professor Albert –, schwebt vor, dass zukünftig vor der Glocke gar keine Straßenbahnen oder Busse mehr langfahren, sondern so eine Art Plaza entsteht, bis hin zu Ideen, dass das Volksbankgebäude abgerissen werden soll. Meine Damen und Herren, ehrlicherweise finde ich persönlich, das ist Traumtänzerie, und das erscheint mir nicht wirklich realistisch. Dann müssten alle Straßenbahnen und Busse vom Viertel in den Altenwall, dann über die Tiefer in die Martinistraße verlegt werden, das kostet wirklich Hunderte Millionen Euro. Damit wir es aber genau bilanzieren können – und das war ein Auftrag aus unserer koalitionsrunden Runde, damit wir wissen, wie teuer es wirklich ist –, prüfen wir gerade, wie teuer die Verlegung wäre.

Ich stelle die Frage: Wer soll es am Ende bezahlen? Fördermittel gibt es dafür nicht. Die BSAG kann das sicherlich nicht bezahlen, und die Glocke, glaube ich, auch nicht. Das bedeutet, vor der Glocke fahren mit größter Wahrscheinlichkeit auch zukünftig, und zwar völlig unabhängig von dem Beschluss, wo eine Haltestelle realisiert wird, Busse und Bahnen. Das steht meines Erachtens außer Frage. Aus dem Grund wollen wir die modernste Schienentechnik einbauen, damit der Musikgenuss in der Glocke nicht mehr durch Erschütterungen gestört wird, und das wird sehr viel besser sein, als die Situation jetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen sage ich auch ganz klar, wer jetzt ein Moratorium fordert, der verlängert unnötig eine beklagenswerte akustische Situation der Glocke. Ist die Situation jetzt in der Glocke gut, mitten im Konzert? Nein! Wird sie mit Flüsterschienen besser werden? Ja, auf jeden Fall! Also ein Gewinn für die Glocke!

Dann haben wir uns mit dem Thema Entfluchtung beschäftigt. Kommen die Besucherinnen und Besucher der Glocke im Brandfall schnell aus dem Gebäude? Das wurde mit einer Haltestelle vor der Glocke und ohne eine Haltestelle vor der Glocke von Experten untersucht. Ist der Status quo in der Glocke gut? Nein, das ist er nicht, Herr Saxe ist darauf eingegangen: 14,8 Minuten vergehen, bis die letzten Besucher die Glocke verlassen haben, und zwar ohne Haltestelle vor der Glocke. Eigentlich müssten bei einem Neubau alle Besucherinnen und Besucher vorschriftsgemäß nach acht Minuten draußen sein. Jetzt wissen wir alle, die Glocke ist ein Bestandsgebäude, da gilt dann auch Bestandschutz, dennoch sind 14,8 Minuten eigentlich zu lange.

Wechseln wir den Blickwinkel: Wie lange braucht es bei einer Variante mit Haltestelle direkt vor der Glocke? Hier wurde der Worst Case untersucht. Was ist der Worst Case? An der Haltestelle steht eine Straßenbahn, die im Alarmfall nicht mehr wegfährt, was sie üblicherweise machen würde. Wie lange dauert es, bis der letzte Gast draußen ist? 14,9 Minuten, zehn Sekunden länger! Genauso lange! Warum? Das Nadelöhr liegt im Gebäude, und nicht draußen. Also, auch diese Frage wurde geklärt. Maßgeblich für die Dauer zum Fliehen in Gefahrensituationen ist das Gebäude selbst. Das wird sich übrigens auch nachhaltig im Genehmigungsverfahren für einen dritten Saal auswirken.

Jetzt komme ich zur Anlieferung, und die ist wichtig, darauf sind schon alle Vorredner eingegangen. Ist die Situation vor der Glocke denn jetzt gut? Nein, das ist sie mitnichten! Vor der Glocke, eigentlich mitten im Parkverbot, stehen bei jedem Konzert Trucks, Autos von Caterern, Handwerkern und so weiter. Sieht das jetzt gut aus, meine Damen und Herren, ist das ein schönes Entree für das Publikum? Nein, das ist es nicht! Wird sich das mit einem Moratorium verbessern? Nein! Wird es sich verbessern, wenn wir uns nicht darum kümmern? Nein! Wird es sich verbessern, wenn wir vor der Glocke nur die Schienen neu verlegen? Nein!

Wer für die Glocke wirklich etwas Gutes tun will, der muss sich um die Anlieferung kümmern, der muss die Anlieferung neu sortieren, und das machen wir, mein Ressort und ich, momentan intensiv. Wir wollen das, wir führen intensive Gespräche, weil wir den Lieferverkehr über den Innenhof mit einer Tiefgarage organisieren wollen. Der Weg bis zum Konzertsaal wäre nur noch halb so lang, die Instrumente könnten selbst bei schlechtem Bremer Wetter trocken auf die Bühne gebracht werden, vor

der Glocke stören keine Lkws mehr. Eine echte Win-win-Situation!

Ja, wir kümmern uns auch darum, weil wir ein Stück des Vorplatzes – nicht vor der Glocke, aber vor den Nebengebäuden der Glocke – für die Haltestelle brauchen. Müssten wir uns ansonsten um eine Verbesserung der Liefersituation vor der Glocke verkehrlicher Art kümmern? Würden wir uns darum kümmern? Ich sage klar: nein! Herr Stahmann hat gesagt, für die Glocke muss man es aber regeln, und das stimmt, aber verkehrlicher Art würden wir uns nicht darum kümmern. Dann bleibt die Situation allerdings so unsäglich, wie sie jetzt ist, und die Anlieferung neu zu organisieren, wie wir es jetzt tun, wertet die Glocke auf, und das wertet das Stadtbild davor enorm auf.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Was will die Glocke? Sie will den Platz vor ihrem Gebäude mehr nutzen. Das kann ich sehr gut nachvollziehen. Kann sie das jetzt? Nein, das kann sie nicht, denn vor der Glocke ist eine Wendeschleife mit Bordsteinkante für die Trucks, die ja direkt vor dem Gebäude anliefern und dort stehen bleiben. Könnte sie es zukünftig, trotz Haltestelle? Ja, denn der Vorplatz vergrößert sich faktisch, wenn die Lkws nicht mehr direkt vor der Glocke stehen müssen, weil die Wendeschleife wegfällt. Damit fällt auch die Bordsteinkante weg, es könnte einheitlich gepflastert werden, die Haltestelle ist damit so weit wie möglich von der Glocke weggerückt, wie es nur möglich ist, und jetzt gibt es ja übrigens auch schon eine Haltestelle vor der Glocke. Würde sich damit die Situation vor der Glocke verbessern? Ja, eindeutig, auch das ist eine Win-win-Situation.

Ist das gesamte städtebauliche Erscheinungsbild jetzt gut vor der Glocke? Nein, das ist es nicht! Wird es besser mit einer Haltestelle vor der Glocke? Ja! Nicht nur, dass die Besucherinnen und Besucher direkt vor der Glocke aussteigen können, sondern es wird einen städtebaulichen Wettbewerb geben mit der Glocke, mit der Architektenkammer und dem Landesdenkmalpfleger. Es soll ja gerade keine Nullachtfünfzehn-Haltestelle dort hinkommen, sondern wir wollen den gesamten Platz neu gestalten. Würden wir das tun, wenn nur die Gleise ausgewechselt werden und die Haltestelle in der Balgebrückstraße bleibt? Nein, mitnichten! Dann bleibt der Platz vor der Glocke so, wie er ist, wir können nämlich das Geld nur einmal ausgeben, und das eben da, wo die Haltestelle hinkommt. Wir haben uns im weiteren Prozess darauf verständigt,

dass wir visualisieren wollen, wie der Platz aufgewertet aussehen könnte, ohne einem Wettbewerbsergebnis vorwegzugreifen.

Jetzt noch kurz etwas zur Haltestelle selbst! Ist und wäre zukünftig eine Haltestelle in der Balgebrückstraße barrierefrei? Nein! Selbst, wenn wir dort einen ebenerdigen Einstieg bauen, bleibt eine deutlich längere Wegstrecke, die mobilitätseingeschränkte Menschen zurücklegen müssen, und sie müssen – Herr Bücking hat vorhin die Düne zum Domshof angesprochen – die Steigung mit ihrem Rollstuhl zum Dom und zur Glocke hinauf bewältigen. Ich frage Sie alle: Können und dürfen uns die Belange von Menschen mit Behinderung und mobilitätseingeschränkten Menschen egal sein? Ein deutliches Nein! Es geht aber um nichts Geringeres als um Barrierefreiheit bei der Frage, ob die Haltestelle vor die Glocke kommt oder schlechterdings in der Balgebrückstraße bleibt. Kann uns die Verkehrssicherheit der Schülerinnen und Schüler und von anderen Fußgängern und Radfahrern egal sein? Ein eindeutiges Nein!

Die Glocke ist ja nicht die einzige Anliegerin, das will ich auch einmal sagen. Es gibt auch die katholische Kirche, die die alte Post nutzt, es gibt die Hochschule, es gibt die St. Johannis-Schule. Können wir auf die Leistungsfähigkeit des ÖPNV verzichten, die in der Balgebrückstraße nicht gegeben wäre? Auch ein eindeutiges Nein!

Können wir für den Tourismus den wichtigen Schnoor aufwerten, wenn wir die unsägliche Situation in der Balgebrückstraße auflösen? Ja, das können wir. Ist es trotzdem eine Win-win-Situation für die Glocke, gerade auch im Vergleich zu ihrem Status quo? Ein eindeutiges Ja! Hat die Glocke 40 Millionen Euro Kompensationsmittel, circa 40 Millionen Euro Bundesmittel von Frau Motschmann? Nein, im Moment hat sie das nicht. Hat der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Europa sie? Nein! Ist das Geld im Haushalt eingestellt? Nein! Haben wir sonst 40 Millionen Euro? Wäre es nicht eine Überlegung, dass das Geld, das wir für die Aufwertung vor der Glocke durch die neue Haltestellensituation, samt Neuordnung der Anlieferung, samt der städtebaulichen Aufwertung inklusive dem städtebaulichen Wettbewerb, ausgeben, als Kompensationsmittel angerechnet wird, damit überhaupt das Bundesgeld gezogen werden kann? Ich glaube, das wäre eine gute Option.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt – meine Redezeit läuft ab! – mein letzter Punkt: Die Handelskammer will ja unbedingt die Straßenbahnen aus der Obernstraße in die Martinstraße verlegen. Ich persönlich sehe das kritisch, weil das gegen den absoluten Trend ist und im Moment in anderen Städten der ÖPNV wieder genau in die Zentren und Fußgängerzonen gelegt wird, damit die Kunden direkt vor den Geschäften aussteigen können, wie es bei uns vor Karstadt und Peek & Cloppenburg der Fall ist. Ich glaube, man tut den Geschäften keinen Gefallen damit, wenn die Kundinnen und Kunden demnächst nicht mehr dort hinfahren können, aber ich finde, man kann sich diese Option wenigstens offenhalten. Kann man dann die Haltestelle noch in der Balgebrückstraße realisieren? Das wird jetzt noch einmal genauer untersucht, meine Damen und Herren, aber bisher sagen die BSAG-Expertinnen und -Experten, das ist nicht möglich. Man braucht einen Wendekreisradius von 25 Metern, und den bekämen wir nur, wenn der Bürgersteig in der Balgebrückstraße zeitgleich die Haltestelle ist, und die Balgebrückstraße wäre dann nur noch für die Straßenbahnen offen; keine Autos, keine Fahrradfahrenden keine Fußgängerinnen, keine Fußgänger, und der ÖPNV wäre nicht mehr leistungsfähig. Man kann also nicht beides haben, das ist der jetzige Erkenntnisstand: Man kann nicht die Straßenbahn in die Martinstraße verlegen und gleichzeitig die Haltestelle in der Balgebrückstraße haben. Trotzdem haben wir das auch noch einmal als Prüfauftrag mitgenommen, damit es für alle transparent nachvollziehbar ist.

Ich will jetzt nicht noch einmal auf die Kosten eingehen, auch die werden wir noch einmal untersuchen. Eine Verlegung ist nicht trivial, Sie kennen die Unterführung an der Tiefer, die Statik der Wilhelm-Kaisen-Brücke muss angegangen werden, die BSAG – da kämpfen wir gerade auf Bundesebene um die Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms – hat die Mittel nicht, aber ich finde, das prüfen wir noch einmal sauber ab, da kann man gern eine Machbarkeitsstudie machen, Herr Strohmann.

(Glocke)

Wir haben uns jetzt im weiteren Verfahren darauf verständigt, die noch ausstehenden Fragen bis Juli zu klären und von der BSAG prüfen zu lassen, aber ich möchte bei Ihnen noch einmal am Schluss dafür werben: Beschäftigen Sie sich mit den Fakten, führen Sie sich die Win-win-Situation auch gerade für die Glocke vor Augen, bewerten Sie die Situation für die Verkehrssicherheit, für die Barrierefreiheit,

für positive Effekte, für den Schnoor, warten wir die letzten Prüfergebnisse ab und bewerten dann die Gesamtsituation! Was aber weder der Glocke noch der gesamtstädtischen Situation guttäte, wäre ein totaler Stillstand, wäre ein Moratorium. Die Fakten werden sich auch in zwei Jahren nicht geändert haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Sie bekommen noch einmal drei Minuten extra, weil die Senatorin drei Minuten länger geredet hat.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ja, Frau Senatorin Schaefer, jetzt schauen Sie einmal, was Sie hier angerichtet haben!

(Zuruf Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde jetzt viel zu dem ganzen Thema gesagt, ich möchte ganz gern noch einmal auf zwei Punkte eingehen! Einmal auf die Rede von Herrn Schumann! Herr Schumann, Sie haben wieder versucht, irgendwie diese völlig lahme und veraltete Darstellung der Autofahrerpartei in den Raum zu stellen.

(Zuruf Abgeordneter Ralf Schumann [DIE LINKE])

Wenn Sie sich einmal die Anträge anschauen, die wir gestellt haben, wenn Sie sich anschauen, wie wir bei Anträgen auch aus Ihren Koalitionsreihen gestimmt haben, und wenn Sie sich einmal unsere Pressemitteilungen der vergangenen zwei Jahre anschauen, dann werden Sie sehen, dass wir relativ viel zum ÖPNV gemacht haben, wir haben relativ viel zum Bereich Fußgängerverkehr gemacht, wir haben ein bisschen etwas zum Thema Fahrrad gemacht, was, glaube ich, in diesen Räumlichkeiten hier durch andere Fraktionen sowieso schon sehr stark aufgenommen wird, und wir haben relativ wenig zum Autoverkehr gemacht. Deshalb ist diese Erzählung, die Sie hier immer noch bemühen, völlig veraltet, und es ist peinlich, dass Ihnen dazu nichts anderes einfällt.

(Beifall FDP)

Richtig ist aber, und da gebe ich Ihnen recht, dass wir natürlich sagen, wir denken nach wie vor das Auto mit, natürlich, denn zu einer Politik für alle Bremerinnen und Bremer gehört es auch, die Lebensrealität aller Bremerinnen und Bremer im Blick

zu haben, und dazu gehört nach wie vor und auch in den kommenden Jahren das Auto. Daran führt kein Weg vorbei, und deswegen ist das eine Frage von verantwortungsvoller Politik.

(Beifall FDP)

Ich muss an dieser Stelle sagen, weil jetzt so ein bisschen darüber hinweggegangen und gesagt worden ist, dass doch in der Koalition alles ganz rosig wäre und ganz wunderbar und dass man gelegentlich in kleineren Punkten noch unterschiedlicher Meinung ist: Da habe ich einen ganz anderen Eindruck. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass sich Herr Güngör explizit beim Innensstadtgipfel öffentlich und für alle hörbar dafür ausgesprochen hat, dass die Straßenbahn aus der Obernstraße herauskommt.

Ich zitiere Frau Vogt aus dem Interview im „Weser-Kurier“ – Ihre senatorische Kollegin! –: „In dem Zusammenhang sollte man durchaus noch einmal darüber nachdenken, die Straßenbahn zu verlegen und sie über die Martinistraße zu führen.“ Herr Saxe, wenn Sie jetzt sinngemäß sagen, die Straßenbahn aus der Obernstraße herauszunehmen ist irgendwie eine verrückte Idee, und das macht alles schlechter und ist wahnsinnig teuer und ein unsinniger Vorschlag der FDP-Fraktion, dann kann ich Ihnen nur zurückgeben: Hören Sie einmal in Ihre eigenen Reihen hinein, dort scheint dieser Vorschlag durchaus Anerkennung zu finden!

Ich möchte noch ein zweites Zitat vorbringen, weil Sie sagen, es ist alles wunderbar und rosig in Ihrer Koalition! Auf die Frage, was denn der Einwand von Frau Vogt im Hinblick auf den Vorschlag von Frau Dr. Schaefer wäre, die Haltestelle vor der Glocke zu konzentrieren, sagt sie: „Das würde dem Konzerthaus wahnsinnige Probleme bereiten. Es muss sich weiterentwickeln können mit einer inhaltlichen und räumlichen Öffnung, bestes Beispiel dafür ist für mich das Theater am Goetheplatz mit dem Theatro daneben. Für so etwas wäre vor der Glocke kein Platz mehr, sollten dort künftig die Straßenbahnen halten und viele Tausend Menschen umsteigen.“ Sie sagt weiter: „Es ist nämlich noch völlig ungeklärt, ob dieser Plan gelingt, das hängt von dem Besitzer eines Gebäudes ab, das im Weg steht, und auch von der Domgemeinde. Stellen Sie sich vor, es klappt nicht, dann müssen wir die Glocke dicht machen, denn wo sollten die Lastwagen parken, wenn die neue Haltestelle kommt? Mir scheint, dass nicht allen klar ist, welches Kleinod wir mit dem Konzerthaus und seiner einzigartigen Akustik im großen Saal besitzen. Die

Glocke ist von nationalem Rang, und“ – Frau Dr. Schaefer, jetzt hören Sie hin! – „der Bund hat das erkannt und 40 Millionen Euro bereitgestellt.“

(Beifall FDP, CDU)

Ich zitiere weiter: „Nach meinem Eindruck war die Glocke-Variante früh gesetzt, die anderen Möglichkeiten, zum Beispiel in der Balgebrückstraße, sind nicht gründlich genug geprüft worden. Das ist der Grund, weshalb wir uns darauf geeinigt haben, noch einmal daraufschauen zu lassen. Ich bin froh, dass wir hier den Resetknopf gedrückt haben.“

(Zurufe Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Wenn Sie, Frau Strunge, sagen, dass es hier offenbar keinen offen ausgetragenen Meinungsunterschied in der Koalition gibt, dann kann ich Ihnen erwidern: Davon haben wir einen anderen Eindruck. Die Jahre, die ich jetzt in der Politik bin, haben zumindest mir gezeigt, in dem Moment, wo man anfängt, einen Streit offen über die Medien auszutragen, ist die Zusammenarbeit an einem Tiefpunkt angelangt. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen, aber ich persönlich kann Ihnen sagen, meine Einschätzung ist, dass das kein vernünftiger Umgang miteinander ist, aber vielleicht sehen Sie das an dieser Stelle auch anders. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich fange einmal an, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, mir kam eben Ihr Schlusswort so vor, als ob es gar nicht an mich gerichtet war, sondern ich glaube, an Frau Vogt,

(Beifall CDU)

so wie Sie das gemacht haben. Ich will es auch einmal sagen, ich glaube das nicht. Man kann sich einmal in einem Interview im „Weser-Kurier“ Kurier vertun und sagen, ich habe das nicht so gemeint, aber wenn man dann einen Tag später noch einmal in „buten un binnen“ nachlegt, dann kann man nicht sagen, ich habe das nicht so gemeint, sondern ich habe das immer so gemeint.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Das nur einmal vorab!

Eigentlich Frau Bürgermeisterin, muss ich Ihnen ehrlich sagen, und das ist wieder mein Eindruck gewesen bei Ihrer Rede, die sehr kleinteilig auf die Glocke und die Gleise und diese ganzen Dinge einging, das ist eigentlich eine Rede eines Abteilungsleiters gewesen, aber nicht die einer Bürgermeisterin und Senatorin, die auch für Stadtentwicklung zuständig ist,

(Beifall CDU – Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie haben nicht zugehört, was? – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Zu viele Fakten, oder?)

weil Ihnen einfach die Sicht für das Große und Ganze fehlt, das muss ich sagen. Das ist eigentlich das Problem, das wir hier haben: Wir befassen uns hier mit einem Punkt und da mit einem Punkt, aber das Große und Ganze – –.

Da sind Sie aber nicht allein, das geht den Kollegen von der Sozialdemokratie ähnlich, und deswegen finde ich es schon sehr eigenartig, Herr Stahmann, dass Sie uns jetzt Inhaltsleere vorwerfen. Ich kann Ihnen nur sagen: Lesen Sie einmal ein paar Positionspapiere! Wir haben 2012 unser erstes Positionspapier vorgelegt, das ist übrigens – hundertprozentig nicht, aber im Großen und Ganzen – ähnlich dem, was Zech dann Jahre später vorgeschlagen hat, also der Rückbau des Parkhauses Mitte, die Rundläufe, das können Sie nachschauen. Daraufhin haben Sie dann als Antwort ja noch mit Rot-Grün im Jahr 2015 gehabt, wir bauen ein Einkaufscenter auf dem Lloydhof,

(Zuruf Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen])

wo wir von vornherein gesagt haben, liebe Freunde, lassen Sie es, es bringt nichts! Sie bekommen es nicht hin, es rechnet sich nicht, es funktioniert nicht. Dann haben Sie dieses Positionspapier noch einmal überarbeitet und im Jahr 2015 noch einmal ein ähnliches Positionspapier vorgelegt, worin alle die Sachen, die Sie heute finden, stehen.

Wir haben uns immer flexibel gehalten und auch immer flexibel gezeigt, auf bestimmte Situationen auch zu reagieren. Das Ende vom Lied war, Sie haben sich 2015 über die Wahl gerettet, und siehe da, es funktionierte nicht, und Herr Günthner, damals Wirtschaftssenator, stellte sich hin und sagte, ja, das war der Onlinehandel. Gut, den gab es jetzt in

der ganzen Bundesrepublik, nicht nur in Bremen, aber weiß Gott!

(Zuruf Abgeordneter Volker Stahmann [SPD])

Ja, es ist so, Herr Stahmann! Es ist einfach so! Dann ging es weiter, dass die Innenstadt immer weiter implodierte, immer weiter rückläufig war und Sie keine Antwort hatten, dass es noch nicht einmal einen Bebauungsplan gab, dass wir immer noch herumdiskutiert haben oder dergleichen.

Dann kam der erste Innentadtgipfel im letzten Jahr, und darauf aufbauend haben wir auch noch einmal das dritte Positionspapier entwickelt, weil sich die Rahmenbedingungen natürlich komplett geändert haben. Als wir nämlich unsere erste Idee hatten, das Positionspapier 2012, war nämlich noch Geld auf dem Kapitalmarkt. Durch die Niedrigzinslage ist so viel Geld in Immobilien investiert worden, und andere Städte, wie zum Beispiel Düsseldorf, haben das genau zu diesem Punkt genutzt. Sie haben natürlich jetzt auch die Probleme, aber sie haben die Immobilien stehen, sie haben eine Struktur stehen. Wir haben gar nichts, und es ist kein Geld mehr da, weil sich der Kapitalmarkt komplett anders entwickelt hat und wir daraufhin im Jahr 2020 gesagt haben, wir können nicht mehr auf die großen Player setzen, weil sie ihr Geld nicht refinanziert bekommen, aber wir müssen Highlights schaffen, damit die Leute in die Stadt kommen, und wir haben ein drittes Positionspapier vorgelegt. Das ist ja das, das können Sie nachlesen, wenn Sie es auf einer CDU-Seite nicht wollen, Herr Güngör hat es ja im Grunde genommen noch einmal kritiklos im „Weser-Kurier“ wiederholt. Das ist eins zu eins, Sie können sich auch gern noch einmal das Video ansehen,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ja, aus dem Video, das angeblich keiner angeschaut hat!)

wenn Sie nicht gern lesen, da haben wir schöne bunte Bilder gemacht. Man muss ja die Angebote immer niedrigschwellig machen, damit Leute das verstehen.

Jetzt komme ich zum abschließenden Punkt, dem Vorwurf, wir lassen uns nicht ein zur Glocke, was wir denn letztlich wollen. Das stimmt so nicht. Wir haben klar und deutlich gesagt, dass die Glocke für uns ungemein wichtig ist, und Frau Motschmann, die ja auch einmal Kulturstaatsrätin hier in dieser Stadt war, hat sich nicht umsonst dafür eingesetzt, Geld zu akquirieren. Sie müssen erstens – und das habe ich nämlich gerade bei Frau Dr. Schaefer so

ein bisschen gehört – erst einmal für sich klären, wollen Sie überhaupt die Glocke weiterentwickeln, oder wollen Sie sie sachte beerdigen, wie Sie viele Projekte in dieser Stadt beerdigt haben.

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, wir können uns das Protokoll noch einmal ansehen, ob wir die 40 Millionen Euro dann nicht für die Entwicklung der Straßenbahnhaltestelle mit kofinanzieren können, dann haben wir das darin! So ganz dement sind wir noch nicht, wir haben schon klar und deutlich verstanden, was Sie wollen, und ich habe das Bekenntnis von Ihnen zur Glocke auch nicht gehört.

(Beifall CDU)

Daraufhin haben wir dann noch einmal gesagt, bei dieser ganzen Diskussion machen wir noch einmal eine Machbarkeitsstudie, ob wir vielleicht doch die Straßenbahn in die Martinstraße verlegen, denn wenn das gehen würde – das wissen wir ja nicht, wir haben ja nie eine Machbarkeitsstudie bekommen –, hätte das natürlich Auswirkungen auf die Straßenbahnhaltestelle in der Obernstraße. Wenn eine Richtung fehlt, könnte man das anders gestalten, und man könnte dann letztlich ganz anders mit der Glocke umgehen, wenn man nur eine Richtung hat und nicht zwei Richtungen. Deswegen muss man das eine vor dem anderen machen.

Das war unser Ansatz, weil wir nämlich gesagt haben – und da sind wir wieder bei dem ganzheitlichen Denken –, wir haben im Moment in der Innenstadt das Problem, dass wir einmal die Martinstraße als Barriere haben, und wir haben die Obernstraße als Barriere. Daraufhin wäre es sinnvoll, die Straßenbahn zu verlegen, dann haben wir zwar immer noch die Barriere Martinstraße zur Schlachte in geringer Form, aber wir haben dann nur noch eine Barriere, und man könnte dann endlich einmal diese Innenstadt entwickeln.

Dann hätten wir auch diese ganzen sinnlosen Diskussionen mit der autofreien Stadt nicht mehr, wofür es gar keine Definition gibt, denn wir haben an der Peripherie die Parkhäuser mit dem Parkhaus beim „Weser-Kurier“. Dann können die Leute in die Stadt kommen, ob mit dem ÖPNV, mit dem Auto, mit dem Fahrrad oder fußläufig, sie sind an der Peripherie des Innentadt kerns, können die neugeschaffenen Laufwege nutzen, und es wäre wirklich hochinteressant. Wenn man dann noch die Spielplätze und das alles hätte, so, wie es kleinteil-

lig bei uns in dem dritten Positionspapier steht, sogar mit Bildern, dann könnte man schön sehen, wie man sich da aufhalten kann, auch ohne jetzt großartig die Problematik des Einzelhandels zu sehen, die uns in den nächsten Jahren begleiten wird. Die Leute hätten Grund, in die Innenstadt zu kommen.

Deswegen glaube ich schon, dass wir uns wirklich in den letzten zehn Jahren, was das betrifft, immer inhaltlich und fachbezogen eingebracht haben, und Sie können sich ja – ich weiß nicht, Herr Stahmann, wie lange Sie jetzt im Parlament sind! – noch einmal die Protokolle der Debatten ansehen und was Ihre Kolleginnen und Kollegen da gesagt haben. Das war manchmal nicht so richtig fachbezogen und sehr polemisch, aber wo wir damit hingekommen sind, sehen wir alle. Deswegen, glaube ich, haben wir einen guten Plan aufgestellt, deswegen kann ich das zurückweisen.

Auch zur Glocke haben wir eine vernünftige Idee, das eine vor dem anderen zu machen. Sie müssen jetzt klar und deutlich sagen, ja, wir wollen die Glocke auch, und wir werden sie weiterentwickeln, und wir werden das mit den 40 Millionen Euro dann auch irgendwie schaffen. Es kann natürlich sein, wir haben ja in diesem Jahr Bundestagswahl, dass dann unsere neuen Bundestagsabgeordneten noch das eine oder andere an Geld bringen, man weiß es nicht. Ich bin da ganz optimistisch bei unserem Kandidaten, dass er das schaffen wird. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da ich ja nun den Kollegen Strohmann schon länger kenne und den Kollegen Schäck inzwischen auch, bewahre ich mir immer ein paar Minuten Redezeit auf, weil ich weiß, dass die beiden mit Sicherheit noch nach der Senatorin sprechen werden. Das habe ich jetzt dieses Mal auch gemacht. Ich hätte mich vertan, wenn ich mich getäuscht hätte, aber das habe ich in dem Fall wirklich nicht.

Eine Aufklärung: Herr Strohmann, Sie haben aber dem Redebeitrag der Senatorin mit der Glocke nicht wirklich gut zugehört!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Selbst ich mit meinem begrenzten Hörverständnis, das ich zumindest in der Grundschule einmal gehabt habe, aber ich habe mich dann verbessert, habe das verstanden: Die Senatorin hat gesagt, die Mittel, die wir da jetzt in die Aufwertung dieses Raumes davor investieren, können wir benutzen, um die Kofinanzierung dieser 40 Millionen Euro darzustellen. Das war ein Bekenntnis zur Glocke und eine Finanzierungsmöglichkeit, wie wir das noch schaffen können,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

also das war genau das Gegenteil, aber der Kollege Strohmann hört nicht zu und hat es leider jetzt beim zweiten Mal auch nicht verstanden. Das finde ich jetzt ein bisschen ärgerlich, denn eine Debattenkultur geht dann wirklich ein bisschen anders. Also, es war genau das Gegenteil von dem, was die Senatorin versucht hat darzustellen. Es ist ein Bekenntnis sowohl von mir als auch von ihr zur Glocke gewesen, und da lassen wir uns auch gar nicht auseinanderdividieren oder uns irgendetwas unterstellen auf eine, wie ich finde, krude und absurde Weise.

Ich komme noch einmal zu dem Fachlichen, da hat sich Herr Strohmann heute wirklich herausgehalten. Sie haben gesagt, das sind die Niederungen der Kleinteiligkeit, mit der wir uns da beschäftigen. Das ist in Ihren Positionspapieren genau dasselbe, darin stehen auch die Niederungen der Kleinteiligkeit, zum Beispiel die Kinderspielplätze. Es ist auch gut so, dass man sich damit beschäftigt und das durchdekliniert.

Natürlich muss man bei der Domsheide schauen, geht das überhaupt technisch, was wir da machen wollen, können wir die Ziele überhaupt erreichen, die wir vorher postuliert haben, und mit welcher Variante können wir das besser machen. Dann sage ich noch einmal zu der Variante 2.3: Die Variante 2.3 ist im Prinzip eine barrierefreie Fortschreibung dessen, was wir da jetzt schon liegen haben, mit einer leichten Versetzung der Haltestelle Balgebrückstraße, damit diese Situation mit dem Fuß- und Radverkehr nicht mehr so schlimm ist wie jetzt. Das ist doch kein großer Wurf, das ist doch keine große Idee! Dieser Punkt 2.3, das geht irgendwie, das kann man irgendwie machen, aber die verkehrspolitischen Ziele, die wir haben, und eben auch die Ziele zur Aufwertung der Glocke werden wir damit nicht erreichen.

Der Wettbewerb um die besten Konzepte: Ich bin einmal in die Politik gegangen, weil ich gedacht

habe, wir machen das hier auch immer, und das heißt dabei eben auch, dass man argumentiert, bei der Glocke sind wir für die Variante aus den und den Gründen. Nun gut, ist stehe irgendwie mit leeren Händen da, weil auch Herr Schäck in seinem zweiten Redebeitrag das nicht mehr verteidigt hat, was ich versucht habe durchzuargumentieren, dass der Vorschlag nämlich Unsinn gewesen ist, der darin steht. Sie haben kein Wort mehr dazu gesagt. Jetzt denke ich mir, gut, dann hören wir eben wieder auf mit dem Wettbewerb um die besten Konzepte.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Wenn man beim ersten Mal alles sagt, muss man nicht alles wiederholen!)

Bitte?

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Wenn man beim ersten Mal alles sagt, muss man es nicht alles wiederholen!)

Dann sollten Sie vielleicht die Redebeiträge noch einmal gründlich durchlesen, Herr Dr. Buhlert!

Wir haben es uns in der Koalition nicht leicht gemacht. Wir haben diese 14 Varianten abgeprüft. Das macht man, wenn man so etwas macht: Da schaut man, kann man eine bestimmte Variante barrierefrei herstellen oder nicht, und dann fallen sie eben auch heraus, wenn die Barrierefreiheit nicht mehr sichergestellt werden kann.

Dann ist die Martinstraße erwähnt worden. Dazu wollte ich eigentlich nichts sagen, aber ich fühle mich jetzt doch genötigt, etwas dazu zu sagen. Ich kann verstehen, wenn man argumentiert und sagt, für die Obernstraße wäre es besser, wenn dort keine Straßenbahn durchfährt. Das ist ein Argument, das kann ich verstehen, das hat etwas für sich. Ich kann auch nachvollziehen, dass wir aber eigentlich das Ziel hatten, wir wollen die Schlachte und die Innenstadt zusammenwachsen lassen. Das war das stadtplanerische Ziel, was wir bei der Umgestaltung der Martinstraße vorhaben. Da kann man jetzt verschiedener Meinung sein und sagen, die Obernstraße ist mir noch wichtiger. Die Obernstraße ist ja keine sonnendurchflutete Allee, sondern sie ist eine Schlucht, wo relativ wenig Sonne hineinkommt. Also nun zu glauben, dass das der schönste Ort in Bremen ist, den man weiterentwickeln kann, den sollte man weiterentwickeln, aber ich finde das wirklich sehr übertrieben. Ich finde es wichtig, die Schlachte mit der Innenstadt zusammenwachsen zu lassen. Darüber kann man jetzt

verschiedener Meinung sein, ich finde, beides hat etwas für sich.

Worüber man nicht verschiedener Meinung sein kann, ist, was das für Implikationen hat. Die Senatorin hat es erwähnt, das kostet mindestens einen zweistelligen Millionenbetrag, den haben wir nicht. Was dann auch passiert ist, wir haben uns ja alle schon einmal in Huchting – Herr Fecker kennt das ganz genau! – mit dieser Straßenbahn da beschäftigt, und wir wissen alle, wie lange so etwas dauert. Das heißt, wenn wir jetzt anfangen, die Martinstraße mit einer teuren Straßenbahn zu planen, dann verschieben wir die Veränderungen, die eigentlich dort jetzt dringend sein müssen, was alle von uns erwarten, dass bei der Martinstraße etwas passiert, auf irgendwann in der nächsten oder übernächsten Legislaturperiode. Das können wir uns aber hier nicht leisten, sondern wir müssen an der Martinstraße zeigen und anfangen, dass wir die Umgestaltung der Innenstadt – und da ist es mir egal, wie man sie nennt, in der Koalitionsvereinbarung steht nun einmal „autofrei“ – dann tatsächlich auch angehen und dafür eine gute Lösung finden.

Ich glaube, dass diese Umgestaltung die einzige Chance ist, diese Innenstädte aufzuwerten, und das wissen Sie doch auch, Herr Strohmann. Haben Sie den Artikel im „brand eins“ gelesen? Alle Innenstädte haben dieses strukturelle Problem, das wir hier haben, und ich finde, wir haben uns hier auch in dieser Koalition jetzt ziemlich gut auf den Weg gemacht, um diese Probleme dort zu lösen. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

**Obernstraße und Domsheide zusammen denken:
Jetzt die Machbarkeit der Verlegung der
Straßenbahn prüfen und bei der Umgestaltung der
Domsheide berücksichtigen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. Mai 2021
(Drucksache [20/443 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Auch das möchte ich an dieser Stelle einmal würdigen: Es zeigt sich ja auch insbesondere einmal wieder in der Krise, wie wichtig und unverzichtbar das Angebot der Krippen und der Kitas für die Kinder ist. Die Erzieherinnen und Erzieher haben unter eigenem Risiko Enormes geleistet, und sie tun es immer noch, und das trägt dazu bei, dass die Kinder in der Krise nicht noch mehr unter die Räder geraten. Dafür gebührt ihnen höchster Respekt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Fachkräfte für die Kindertagesbetreuung gewinnen und Ausbau absichern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 4. Mai 2021

(Drucksache [20/444 S](#))

Auf der anderen, auf der schattigeren Seite der Medaille steht der nach wie vor – vor allem für die betroffenen Familien und Kinder – dramatische Mangel an Betreuungsplätzen, insbesondere auch im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen und insbesondere in einigen Stadtteilen wie Gröpelingen, Huchting, Hemelingen oder der Vahr und in Quartieren wie Bremen-Nord. Jeder fehlende Platz in jenen Stadtteilen, die gerade von Armut geprägt sind oder in denen eher die Minderheit der Kinder mit Deutsch als Muttersprache aufwächst, bedeutet weniger Sprachförderung, weniger soziale Kontakte zu anderen Kindern und weniger kognitives Lernen und Spielen.

Wir verbinden hiermit:

Taten statt Worte – Fachkräftegewinnung im Bereich der Kindertagesbetreuung vorantreiben!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 4. Mai 2021

(Drucksache [20/447 S](#))

Der Zugang zu Kitaplätzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein elementarer Baustein für soziale sowie Bildungs- und Geschlechtergerechtigkeit. Alle drei Aspekte haben in der Pandemie noch einmal eine neue Relevanz bekommen, und wenn wir weiter aufgehende Bildungsscheren, wenn wir ein weiteres Rollback der Arbeitsteilung unter den Geschlechtern verhindern wollen und Kindern aus armen Familien die gleichen Perspektiven eröffnen wollen wie Kindern aus reichen Familien, dann müssen wir doch Folgendes tun: Wir müssen die Bedarfe decken, und vielleicht müssen wir auch neue Bedarfe wecken.

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Claudia Bogedan.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Wir müssen den aufholenden Ausbau in den benachteiligten Stadtteilen fortsetzen, und die rot-grün-rote Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat sich dafür hohe Ziele gesteckt. Wir wollen eine Versorgung von 60 Prozent der null- bis dreijährigen Kinder in jedem Stadtteil und eine 100-prozentige Versorgung für die drei- bis sechsjährigen Kinder in der Stadtgemeinde erreichen, und ich bin überzeugt, das ist eine richtige und eine wichtige Zielsetzung.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag vorgelegt, der es in sich hat. Die Versorgung mit Kitaplätzen in Bremen hat ja zwei Seiten der Medaille. Auf der einen Seite bewegt sich in Bremen wahrscheinlich in keinem Bereich so viel wie im Kitabereich, wenn wir uns vor Augen führen, wie viele neue Kindertageseinrichtungen geschaffen wurden, wie viele neue Kitaplätze in den letzten Jahren entwickelt wurden. Seit 2015 sind für die Kinder unter sechs Jahren fast 5 000 neue Kitaplätze geschaffen worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war ein Kraftakt ohnegleichen, und das muss gewürdigt und respektiert werden!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die konkreten Ausbauvorhaben gehen ja teilweise jetzt schon über die bestehenden Ausbaquoten hinaus, aber mit der Anpassung auf 60 Prozent und 100 Prozent in allen Stadtteilen bringen wir eines unserer wichtigsten kinderpolitischen Vorhaben in dieser Legislaturperiode auf den Weg, und dieses Ziel ist sehr ambitioniert. Es ist abhängig von mehreren Gelingensfaktoren: Stehen genügend Fachkräfte zur Verfügung? Haben wir genügend Flächen für die Bauprojekte? Diese und mehr Fragen limitieren natürlich den Ausbau bereits jetzt, und sie werden es auch weiter tun, da müssen wir uns nichts vormachen. Deswegen müssen wir jetzt nicht nur die Ausbauplanung anpassen, sondern auch weiter an wesentlichen Stellschrauben drehen, und das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, zuallererst die Frage der Fachkräfte.

Schon jetzt, das schreibt ja auch die CDU in ihrem Antrag, können rund 300 Kitaplätze nicht wie geplant eröffnet werden, weil die Fachkräfte dafür fehlen. Der Fachkräftemangel ist und bleibt die Ausbaubrems Nummer eins. Das war schon länger absehbar, das ist richtig, und in dem Bereich ist ja auch viel passiert, auch das ist richtig: Von der Einführung der praxisintegrierten Ausbildung – abgekürzt PiA – über die Bildungsprämien für Absolventinnen der Erzieherinnenausbildung bis hin zur jüngsten Weiterentwicklung der Ausbildung zur InRA, der Integrierten Regelausbildung, während der die Auszubildenden 783 Euro Aufstiegs-BAföG plus Kranken- und Pflegeversicherung erhalten können und wir somit nicht mehr bei der unbezahlten Ausbildung sind, sondern eine deutliche Attraktivitätssteigerung haben, sind das gute und extrem wichtige Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind uns ja einig, wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, und deswegen nehmen wir weitere Maßnahmen in den Blick. Mit unserem Antrag wollen wir, dass InRA als attraktive Ausbildung jetzt auch öffentlich beworben wird, wir wollen eine Ausdifferenzierung der Teilzeitmodelle, denn bisher waren diese eher auf Berufstätige ausgerichtet, die dann an zwei bis drei Wochentagen in Vollzeit die Teilzeitweiterbildungen absolvieren. Jetzt sollen auch Teilzeitausbildungsgänge eingerichtet werden, die zum Beispiel für Alleinerziehende an jedem Wochentag, aber eben nur vormittags, eingerichtet werden.

Wir wollen Umzugsprämien prüfen, damit Erzieherinnen aus dem Umland oder aus anderen Bundesländern eine Beschäftigung in Bremen vielleicht noch einmal attraktiver finden, wir wollen die Modellstandorte für die angestellte Kindertagespflege schnell umsetzen und auch die berufsbegleitende Weiterbildung initiieren und umsetzen, damit die Kindertagespflege eben nicht die letzte Station ist. Wir wollen die berufsbegleitende Weiterbildung für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, damit wir auch noch eine Durchlässigkeit im System verbessern und Aufstiegsoptionen schaffen.

(Glocke)

Letzter Satz, Frau Präsidentin! Kitaplätze in Form von Beton sind ohne Erzieherinnen nichts, aber ohne Beton geht es natürlich auch nicht. Deswegen werde ich in meinem zweiten Redebeitrag noch einmal auf die baulichen Fragen eingehen. – Vielen Dank für diesen Moment!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz unabweisbar vorhandenen Anstrengungen und einigen Erfolgen bei der Schaffung von fehlenden Betreuungsplätzen ist es innerhalb der Stadtgemeinde Bremen in den zurückliegenden Jahren nicht ansatzweise gelungen, den vorhandenen Bedarf an Kitaplätzen in den sozioökonomisch benachteiligten Quartieren zu decken. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

Die im Koalitionsvertrag geforderte aufholende Entwicklung ist also seit 2014 genau nicht gelungen, Papier ist ja auch geduldig. So lagen die Versorgungsquoten für Drei- bis Sechsjährige in Vegesack und Hemelingen zum 1. Oktober 2019 bei nur 77 Prozent, in Blumenthal bei 79 Prozent, in Gröpelingen bei 84 Prozent, in der Vahr und in Obervieland, und hier insbesondere Kattenturm, bei 87 Prozent. Das heißt, in diesen herausfordernden Quartieren haben Sie 23 von 100 Kindern das Recht auf einen dreijährigen Kitabesuch verwehrt, mit allen nachteiligen Folgen für den Bildungserfolg in der Grundschule für diese Kinder. Das können Sie jährlich in der Bildungsdeputation hören, wenn wir uns die Cito-Sprachauffälligkeiten nach Stadtteilen ansehen müssen und das, was in der ersten Klasse

geleistet werden muss, weil eben alles auch eine Vorgeschichte hat, die Sie verursacht haben.

Während in der Östlichen Vorstadt 52 Prozent der Kinder bis zu fünf Jahre frühkindliche Bildung in der Kita und Krippe genießen dürfen und 96 Prozent aller Drei- bis Sechsjährigen mindestens drei Jahre, sind die Kinder in den sozioökonomisch benachteiligten Quartieren schon froh, wenn Rot-Grün-Rot ihnen ein bis zwei Jahre Kitaerfahrung gewährt.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Na, nun übertreiben Sie einmal nicht!)

Nein, das ist die Realität und die Wahrheit, liebe Frau Kollegin, ein Armutszeugnis, definitiv! Das ist die Überwindung der sozialen Spaltung, die Sie seit 2007 im Koalitionsvertrag von Rot-Grün und jetzt Rot-Grün-Rot stehen haben, in der Realität. Na schön, sagen die Betroffenen sarkastisch, und sie wenden sich immer mehr von der Politik ab. Ich kann diese Politikverdrossenheit verstehen, meine Damen und Herren.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Sie sorgen auch ordentlich dafür!)

Man könnte ja denken, super, ein Antrag der Koalition, jetzt wird es besser, doch anstatt Innovation sehe ich hier einen Offenbarungseid in Antragsform der rot-grün-roten Regierung, die nur Dinge fordert, die schon lange hätten umgesetzt sein müssen und vor Prüfaufträgen nur so strotzt. Ich kann es ehrlicherweise nicht mehr hören. Ich finde, es reicht!

Diese systematische Benachteiligung von Kindern und ihren Familien aus sozioökonomisch benachteiligten Quartieren hat die Armutsgefährdungsquote seit 2007 – damals noch SPD/CDU-Regierung – von 19,1 auf inzwischen 24,9 Prozent im Jahr 2019 unter rot-grün-roter Regierung hochschnellen lassen, das ist bundesweit mit 5,7 Prozent die mit Abstand höchste Steigerungsrate.

Man hat immer wieder gehört, und das hat auch der Sozialforscher Günter Warsewa bereits Ende 2019 gesagt, wir brauchen den Bereich der frühkindlichen Bildung, ansonsten hat das für den Bildungserfolg der Kinder nachhaltige Auswirkungen. Ja, es gab dazu viele Jahre lang diverse Drucksachen, in denen wir immer wieder das Thema Fachkräftemangel abgefragt haben, von 2012 bis 2019 kann ich Ihnen mindestens sieben Initiativen der CDU und auch der LINKEN nennen.

Damals hat DIE LINKE noch ganz anders gesprochen. Heute durfte ich mir dann einmal Regierungshandeln anhören, wo man die Probleme auf einmal sehr viel zurückhaltender anspricht, die man vor zwei Jahren noch ganz anders angegangen ist.

Bereits im Jahr 2015 sprach Frau Stahmann, die damalige Sozialsenatorin, die für den Bereich Kitas zuständig war, davon, dass es einen Geburtenboom in Bremen gibt. Ja, das stimmt! Die Fertilitätsrate ist bundesweit in Bremen am höchsten, auch im Jahr 2019 – höher übrigens, als vor dem Pillenknick 1973/1974 –, langjährig angekündigt und völlig klar. Deswegen war von Anfang an klar, dass hier ein Ausbau hätte erfolgen müssen, doch anstatt Taten zu sehen, haben wir immer nur Worte gehört. Unser Antrag fordert daher im Gegensatz zu Ihrem Antrag, nach über zwei Jahren die Ergebnisse der Koordinierungsarbeitsgruppe Fachkräftemangel des Landesjugendhilfeausschusses abzuschließen und dass die Ressorts endlich alle Teilergebnisse liefern, damit wir eine fundierte Datengrundlage haben.

Ehrlicherweise war ich auch etwas erstaunt, dass Sie unterhalb Ihres eigenen Koalitionsvertrags bleiben. Im Koalitionsvertrag steht „mindestens 60 Prozent im Krippenbereich und 100 Prozent für die Drei- bis Sechsjährigen“, aber „mindestens“ haben Sie schon wieder gestrichen, die wollen Sie schon gar nicht mehr erreichen. Wenn ich dann feststelle, dass bei Ihnen nur Prüfaufträge stehen – Sie wollen prüfen, was mit diesem ist, Sie wollen jetzt InRA bewerben, obwohl die Kolleginnen und Kollegen, die zum 1. August anfangen sollen, ja jetzt schon ihre Bewerbung abgegeben haben –, dann ist diese Bewerbung viel zu spät, die Kollegen sind schon da. Das können Sie dann für die Zukunft fordern, für das nächste Jahr, aber das reicht nicht aus.

Deswegen stellen wir in einem zweiten Teil auch den Antrag, zu überlegen, ob man bei InRA nicht nur zum 1. August, sondern auch zum 1. Februar eines Jahres noch mit einer zusätzlichen Klasse starten kann.

(Zuruf SPD – Glocke)

Die muss man schaffen, liebe Frau Kollegin! Wenn der Flaschenhals der Fachkräftemangel ist, dann müssen Sie tatsächlich einmal anfangen, zu arbeiten und zu handeln. Das wäre etwas, was die rot-grün-rote Regierung dringend einmal tun müsste, um hier endlich zu einer Verbesserung in den

Quartieren, in Kattenturm, in Huchting, in Vegesack, Blumenthal, Gröpelingen und Tenever, zu kommen und den Kindern endlich einen Kindergartenplatz anzubieten. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema gehört ein bisschen zu Bremen wie der Roland auf den Marktplatz, habe ich den Eindruck. Wir haben viele kontroverse und leidenschaftliche Debatten hier zu diesem Thema geführt, und jetzt, wo mitten in der Legislaturperiode von der Koalition selbst ein Antrag zu dem äußerst brisanten Thema „Fachkräftebedarf und Kitabau absichern“ kommt, war ich natürlich sehr gespannt, was groß angekündigt einen Tag vor der Debatte auf den Tisch kommt, und ich habe ehrlich gesagt einen großen Wurf erwartet. Sie hören schon an meiner Formulierung –

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das endet nicht gut!)

genau! –, die Spannung ist dann doch schnell zusammengefallen, und warum das so ist, dazu nehme ich Sie einfach einmal mit durch die Antragspunkte.

Beschlusspunkt eins: Sie fordern, was erstens seit zwei Jahren in Ihrem eigenen Koalitionsvertrag steht, und zweitens, was im gesetzlichen Auftrag schon lange fixiert ist. Ihre Aufgabe als Koalition ist es, belastbare Bedarfsanalysen zu erstellen, wie viele Plätze wirklich gebraucht werden und wie diese jeweils für U3 und Ü3 ausgestaltet sein sollten. Das können Sie fordern, aber den längst definierten gesetzlichen Auftrag? Nein!

Beschlusspunkt zwei und drei: Attraktivierungskampagne und Teilzeitklassen haben wir schon lange immer und immer wieder debattiert. Gut, nötig, und alles richtig! Ein Gewinn wäre Ihr Antrag, wenn Sie hier schreiben würden, wie Sie das machen möchten. Darf ich daran erinnern, auch wenn Sie das nicht so gern hören? Sie regieren! Setzen Sie bitte um, worüber Einigkeit besteht!

(Beifall FDP, CDU)

Beschlusspunkt vier: Fachkräfte aus anderen Bundesländern. Da setzen Sie irgendwie einen Fuß nach vorn und ziehen den anderen nicht hinterher. Sie gehen in den Wettbewerb, in Ordnung, aber warum dann nur national und nicht international? Es wäre Zeit, auch in den internationalen Wettbewerb um die Besten für die Kleinsten zu treten. Warum legen Sie kein Konzept vor, wie man Mehrsprachigkeit von Kindern und Erziehern in der Einrichtung nutzt, um besondere Kompetenzen aus den Kindern zu kitzeln? So wäre es richtig!

Beschlusspunkt fünf: berufsbegleitende Weiterbildungsprogramme. Die Forderung ehrt Sie, aber warum heute? Seit zwei Jahren lehnen Sie unsere Anträge aus der Opposition ab. Wenn Sie das wollen, dann stimmen Sie zu, und vor allem, setzen Sie sie doch einfach um!

Beschlusspunkt sechs: Sie fordern einen Flächenfonds, und ich bin geneigt, angesichts von vielen Flächen, die diese Stadt der Subkulturszene reserviert, zu sagen, jawohl, lasst uns das machen. Meine Überzeugung aus den letzten Jahren ist aber eine andere: Es liegt nicht an Flächen. Sie lehnen im Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ immer noch großzügig Trägerangebote in herrlichen Lagen ab, weil wir den Familien einen Fußweg von einem Kilometer nicht zumuten wollen.

Der Flaschenhals – interessant, dass Sie auch diese Formulierung offensichtlich flächendeckend im Sprachgebrauch übernommen haben! – in der Kinderbetreuung ist uns und Ihnen bekannt. Es sind die trägen Genehmigungsprozesse von Bauvorhaben und das fehlende Personal, nicht primär die Flächen.

Beschlusspunkt sieben: modulare Bauweise. Gut, dass sich die von uns oft geäußerte Idee nun in Ihren Anträgen ihren Weg bahnt. Es hat mich nämlich jedes Mal in den Fingern gejuckt, wenn man dann wieder wegen gedeckten Bedarfs oder zurückgehender Kinderzahlen in einer Gegend eine Kita nicht genehmigte.

Was uns nicht gefällt, und das wird Sie nicht überraschen, ist wieder die Fokussierung auf städtische Baugesellschaften. Nein, auch, wenn es für Sie – und ich weiß eigentlich nicht, warum! – eine Provokation ist, wir Freien Demokraten lieben das bunte und vielfältige Bremen und ein breites Angebot, das über die städtischen Möglichkeiten hinausreicht, und wir lehnen eine solche Engführung ab.

(Beifall FDP)

Beschlusspunkt acht: Berichte sind immer gut, wenn sie etwas jenseits von Willensbekundungen enthalten. Nun weiß ich, dass alle diese Forderungen von Menschen geschrieben worden sind, die die Kitalandschaft in Bremen kennen und die tatsächlich das Anliegen haben, für die Kitas und die Kinder etwas Gutes zu bewegen. Deswegen habe ich auch sehr viel Sympathie für das Anliegen, teile, was hier steht, hätten wir es nicht schon so oft und ehrlich gesagt auch zu oft gehört. Also, bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir den Antrag wohlwollend ablehnen.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir brauchen kein neu aufgelegtes Wahlprogramm im Antragsformat, wir brauchen Konkretisierung im Faktischen.

(Glocke)

Statusbericht III, ein Überangebot von ungefähr 200 Plätzen für U3 und freie Auswahl für Eltern, welches pädagogische Konzept sie für ihre Kinder wählen, davon träume ich.

Zum Antrag der CDU nehme ich in meinem zweiten Debattenbeitrag Stellung, und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP, CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich Mitglieder der Gruppe Spot on Democracy begrüßen.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Schön, dass hier einmal wieder Gäste sind, das freut mich sehr! Es wurde jetzt schon vieles gesagt, ich möchte trotzdem noch einmal zwei Dinge herausgreifen. Zunächst zum Thema Ausbauquoten! Mit unserem Antrag heben wir ja nun die bereits im Koalitionsvertrag festgeschriebene Quote für unter dreijährige Kinder von 50 Prozent auf 60 Prozent an und

bekennen uns erneut zum Ziel der Vollversorgung der Drei- bis Sechsjährigen.

Ich muss sagen, ich betrachte diese Anhebung auf 60 Prozent in unserem Antrag als sehr wichtigen Schritt. Ja, das steht auch schon im Koalitionsvertrag, aber es gibt eben bisher keinen Senatsbeschluss oder keinen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft hierzu, und das ist deshalb wichtig, weil wir ansonsten Interessenbekundungen von Kitaträgern, die einen Stadtteil über die 50 Prozent bringen, dann eventuell nicht annehmen könnten, und es ist wichtig, dass wir das tun.

Natürlich, das muss man auch sagen, legen wir damit die Latte höher und setzen uns damit – da ist es vorhersehbar, dass das vielleicht irgendwann kommt – möglicherweise auch dem Vorwurf aus, dass das Ziel mit diesen 60 Prozent pro Stadtteil am Ende der Legislaturperiode vielleicht noch nicht erreicht ist. Dazu muss ich aber sagen, hier geht es uns einzig und allein um die Sache, denn danach werden die Ziele gesteckt, und nicht danach, dass am Ende vielleicht niedrigere Ziele erfüllt sind, die aber für den Bedarf der Kinder noch nicht ausreichen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ihre Schlussfolgerungen, Frau Ahrens, zur Politikverdrossenheit und so weiter, die mit dem Mangel von Kitaplätzen einhergehen, helfen uns an dieser Stelle, glaube ich, auch nicht weiter. Ich muss sagen, ich weiß, es ist noch viel zu tun, das ist absolut richtig, aber es ist beim Ausbau der Kindertagesbetreuung auch schon richtig viel passiert, und wir alle wissen, Kitaplätze entstehen eben leider nicht per Fingerschnipp. Wir bleiben aber deshalb daran, und das zeigen wir auch mit diesem Antrag.

Das zweite Thema in dem Antrag außerhalb der Ausbauquote ist die Fachkräftegewinnung. Es stimmt, dazu haben wir hier tatsächlich schon oft in der Bremischen Bürgerschaft und auch in der Deputation für Kinder und Bildung debattiert, und ob man nun diesen Fachkräftemangel als Flaschenhals oder Nadelöhr bezeichnen will, auf jeden Fall ist er ein Punkt, der dringend immer und immer wieder adressiert werden muss. Wir haben das auch schon getan, es sind schon verschiedene Stichworte dazu gefallen, seien es die Ausbildungsprämie, die Integrierte Regelausbildung ab diesem Schuljahr, ein Quereinstiegsprogramm, PiA, die Praxisintegrierte Ausbildung, und so weiter.

In dem aktuellen Antrag satteln wir nun auf und wollen zum Beispiel, wie Frau Leonidakis auch schon erwähnt hat, die Teilzeitmodelle einführen, die auf junge Eltern zugeschnitten sind, zum Beispiel auch auf Alleinerziehende, Pilotstandorte der angestellten Kindertagespflege umsetzen und, wie bereits erwähnt, auch die Integrierte Regelausbildung noch stärker als bisher bewerben. Kein Mensch sagt, dass diese Bewerbung jetzt nur für dieses Schuljahr gelten soll. Selbstverständlich zielt der Antrag da auch auf die Zukunft ab, auf jetzt und die Zukunft,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

denn man muss auch einfach einmal sagen, wir machen in diesem Bereich mit der Integrierten Regelausbildung ein richtig gutes Angebot und müssen es auch schaffen, dass wir die jungen Menschen, für die dieser Beruf infrage kommt, tatsächlich auch mit unserem Angebot erreichen.

Frau Bergmann, Sie haben noch das Thema der internationalen Fachkräfte angesprochen, und hier muss ich sagen, selbstverständlich gibt es auch hier bereits das Programm für ausländische Fachkräfte. Es gibt das EU-Programm für spanische Fachkräfte, und niemand schließt aus, dass auch in diesem Bereich noch etwas hinzukommt.

Einmal zum alternativen Antrag der CDU! Sie haben einen Großteil unseres Antrags übernommen, die meisten Beschlusspunkte, das freut mich, ich betrachte das jetzt einfach einmal als Anerkennung unserer Arbeit.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Hinzugefügt haben Sie im Beschlussteil eine Berichtsbitte und in der Prosa Regierungskritik, und ich muss ganz ehrlich sagen, in Ordnung, aber dafür brauchen wir doch keinen neuen Antrag! Ich nehme an, Sie haben auch nicht ernsthaft damit gerechnet, dass wir zustimmen, und ich muss sagen: Natürlich steht es Ihnen frei, Ihre Berichtsbitte zur Koordinierungsgruppe Fachkräftemangel selbstverständlich auch noch an die Deputation zu richten, es steht Ihnen frei, jederzeit Regierungskritik zu üben, so auch hier, aber Ihren Antrag dazu lehnen wir ab.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich bedanke mich noch für die wohlwollende Ablehnung unseres Antrags durch die FDP – immerhin wohlwollend, das ist schon einmal schön! –, und ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange jetzt noch einmal bei null an. Alle hier wissen, dass der Rechtsanspruch eines jeden Kindes seit 2013 besteht, und das war damals in der Gesetzgebung auch ein riesiger Meilenstein. Damit erfahren die Kinder nicht nur von klein auf eine frühkindliche Bildung, soziales Lernen, emotionale Kognition, sondern auch gelebte Inklusion und Vielfältigkeit. Damit wurde auch endlich der veränderten gesellschaftlichen Realität Rechnung getragen, dass Frauen – und leider sind es immer noch zu wenig Männer! – heute selbstverständlich Familie und Beruf vereinbaren wollen und schlichtweg müssen, was lange nicht nur bei Alleinerziehenden der Fall ist.

Dies bedeutet auch für viele Bundesländer, vor allem in Westdeutschland: Nach wie vor stehen alle vor einer riesigen Herausforderung, zumal die Prognosen der Bedarfsplanung bekanntermaßen einerseits die wachsende Zahl an Kindern ab 2013 nicht hatten vorhersehen können, aber andererseits eben auch die wachsende Nachfrage nach Kinderbetreuung vollkommen unterschätzt haben und leider immer nur von einer Versorgungsquote von damals 35 Prozent bei den unter dreijährigen Kindern ausgingen. In Ordnung, das ist nichts Neues, und so haben wir hier in Bremen in den letzten Jahren so viele Plätze geschaffen wie noch nie in einem so kurzen Zeitraum.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Insgesamt werden während des Kitajahres 424 Plätze im U3- und 1 061 Plätze im Ü3-Bereich geschaffen, elf gänzlich neue Kitas starten in diversen Stadtteilen ihren Betrieb, darunter in Blumenthal, Gröpelingen, Hemelingen, Huchting, Osterholz und Vegesack. Weitere Kitas und Ausbauten sind in Planung. Derzeit umfasst das Platzangebot rund 6 360 Plätze im U3-Bereich und 16 773 Plätze im Ü3-Bereich.

Liebe Frau Ahrens, auch Gröpelinger Kinder sind länger als zwei Jahre in einer Kita. Das, was Sie da gerade vorgeworfen haben, ist völlig falsch. Es kann natürlich einige Kinder treffen, aber das passiert auch in anderen Stadtteilen. Das ist keine Entschuldigung dafür, aber dass Kinder in Gröpelingen grundsätzlich nur zwei Jahre die Kita besuchen, das ist eine große Lüge und eine große Frechheit, wenn Sie so etwas behaupten.

(Beifall SPD – Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Das hat sie nicht gesagt!)

Mit der bereits prognostizierten Ausbauplanung geht die senatorische Behörde für Kinder und Bildung davon aus, dass bis zum Ende der Legislaturperiode 2023 im Bereich der U3-Kitaplätze eine Betreuungsquote von 53 Prozent und im Bereich der Ü3-Kitaplätze von 97 Prozent erreicht wird. Das ist uns im Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ im September letzten Jahres berichtet worden.

Wir wissen, dass wir natürlich nicht die Hände in den Schoß legen dürfen. Das haben wir auch nie gemacht, und das werden wir auch weiterhin nicht tun. Deshalb wollen wir mit diesem Antrag gern den Senat in seinem Bestreben mit der Zielversorgungsquote von 60 Prozent – und das heißt logischerweise mindestens 60 Prozent – unterstützen, denn dort, wo bereits 80 oder 70 Prozent U3-Kinder betreut werden, werden ja die Plätze nicht weggenommen. Wir wollen natürlich auch gern, dass die Versorgungsquote von 100 Prozent im Ü3-Bereich bis zum Ende der Legislaturperiode in allen Stadtteilen so erreicht wird. In einem weiteren Beitrag würde ich gern noch auf die Fachkräfte eingehen. – Zunächst vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Irgendwie konnte ich die Kurzfristigkeit des Antrags der CDU nicht so ganz nachvollziehen, aber die Forderungen, die da formuliert sind, sind schon zugespitzt und konkret, und obwohl es Sachen sind, die wir hier auch schon in grün, blau, gelb und lila hatten, muss ich sagen, es sind einfach die Dinge, die gefordert werden müssen. Deswegen werden wir Freien Demokraten diese Forderungen auch unterstützen und dem Antrag der CDU zustimmen.

(Beifall FDP)

In beiden Anträgen fehlen uns weiterführende Überlegungen. Was zum Beispiel allen Kitaanträgen fehlt, die heute – also auch noch später – auf dem Tisch liegen, ist, sich erstens noch einmal neu mit der Rolle frühkindlicher Bildung im Bund auseinanderzusetzen und zentral Mittel zu schaffen, wie man die Ausbildung finanziell absichert und auf den Weg bringt, was man zur Attraktivität des Berufes beitragen kann.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Bildung ist Ländersache!)

Hier gibt es konkrete Handlungsmöglichkeiten für Sie, liebe Kolleginnen aus der SPD, und für Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen aus der CDU. Wenden Sie sich an Ihre Kollegen und Kolleginnen in der Bundespartei, wenn das Thema für Sie akut ist, denn als Land Bremen allein werden wir diese Herausforderungen, also mit der Fachkräftesicherung und der Ausbildung und so weiter, nicht bewältigen können.

Zweitens fordere ich Sie auch noch einmal auf, eine Stellschraube zu bewegen, die Sie als Regierungskoalition eindeutig selbst in der Hand haben, und zwar die unterschiedliche Bezahlung von Erziehern nach den Tarifgruppen 8a und 8b. Sie erinnern sich? Diese können Sie heilen und damit die Auswirkungen eines kurzfristigen Wahlgeschenks.

(Beifall FDP)

Zu guter Letzt müssten auch Gedanken zu einer teilweise und passgenauen Digitalisierung der Erzieherausbildung überprüft werden, um zu schauen, ob man damit vielleicht den Anteil von Lehrenden zu Lernenden verringern kann, indem ein paar mehr Lernende auf Lehrende kommen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache. Diese Debatte wird jetzt sicherlich nicht unsere letzte zu diesem Thema sein, aber vielleicht finden ja unsere Ideen Eingang in weitere Überlegungen, auch wenn wir jetzt nicht noch einmal schnell zwei Stunden vor der Debatte einen dritten Antrag auf den Tisch gelegt haben. Wir sind da guter Hoffnung und danken für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von 2013 bis 2015 hat die rot-grüne Koalition überhaupt keinen Ausbau betrieben, sie hat sich ausge ruht. Der Kollege und Vorgänger von Frau Dr. Eschen, Herr Dr. Güldner, der immerhin einmal Fraktionsvorsitzender der Grünen gewesen ist, nannte das: Wir haben leider die Büchse der Pandora geöffnet und haben sie danach nicht wieder zubekommen. Das war sein Abschlusssstatement, bevor er sich in den Bereich außerhalb der aktiven Politik zurückgezogen hat. Die Entscheidung über die sogenannten Viertquartalskinder, die damals in den Elementarbereich aufgenommen worden sind, diese Fehlentscheidung, die Sie zu verantworten haben, sorgt heute noch dafür, dass wir zu wenige Elementarplätze haben, das können Sie sogar fast eins zu eins übertragen, was die Zahlen angeht.

Weil es dieses Versäumnis gab – damals gab es ja auch schon Streitigkeiten in der damals noch rot-grünen Koalition –, weil die Grünen in den sozial benachteiligten Quartieren nicht so ausgebaut haben, wie die Sozialdemokraten das wollten, gab es dann den Übergang zum Bildungsressort; zum einen aus inhaltlich-fachlichen Gründen, und zum anderen auch, weil sie das Gefühl hatten, sie könnten das besser. Dann gab es tatsächlich einen Ausbau, aber immer noch viel zu wenig, weil das, was man damals nicht geschafft hat, gar nicht so schnell nachgeholt werden konnte, und dann gab es ein Containerprogramm, wo wir für viel Geld Container aufgebaut haben, um Plätze zu schaffen, anstatt dass man das von vornherein in vernünftigen Bauten umgesetzt hätte.

Wenn man das einmal alles finanziell überprüfen würde, was Bremen da an Geld vergeudet hat,

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

liebe Frau Kollegin, wo Sie sich nicht durchsetzen konnten – Sie waren ja auch damals schon für Kitas mit zuständig –, dann möchte ich nicht wissen, wie viele Millionen Euro das Bremen unter dem Strich gekostet hat.

Jetzt kommen wir einmal zu dem, was Sie eben gerade am Beispiel Gröpelingen nicht verstanden haben! Ich sage es Ihnen am Beispiel Vegesack, das ist auch jetzt noch der am stärksten unversorgte Stadtteil in Bremen. Im Jahr 2019, also 30 Jahre nach Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Elementarplatz, haben Sie 77 von 100 Kindern ein Platzangebot gemacht. Das heißt, 23 der Drei- bis

Sechsjährigen haben bei Ihnen keinen Platz bekommen, weil er schlicht noch nicht einmal gebaut war. Das war die Realität im Jahr 2019, die Sie seit 2007 in der Regierungsverantwortung von Grünen und SPD zu verantworten hatten. Zurzeit bedeutet das, dass dort 248 Elementarkinder zwischen drei und sechs Jahren, also 13 Gruppen oder mindestens drei Kitas, keinen Platz haben. Wenn denn alle Bauten tatsächlich erstellt werden, die Sie noch geplant haben, werden es am Ende des Jahres immer noch 173 sein, also dann, wenn das Kitajahr zu Ende ist.

Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren, denn das sorgt ganz konkret dafür, dass die Bildungschancen von Kindern in Vegesack geringer sind als anderswo in dieser Stadt, weil man dort von Anfang an einen Krippen- und einen Kitaplatz bekommt, in Vegesack aber nicht, und das haben Sie zu verantworten!

(Beifall CDU)

Das ist auch nicht erst seit gestern so. Eine Quote von 77 Prozent im Jahr 2019, Stichtag 1. Oktober 2019, heißt, dass die Quote damals, also im Jahr 2014, im Jahr 2015, im Jahr 2016 ähnlich beschissen war, um es einmal – Entschuldigung für den unparlamentarischen Ausdruck! – wirklich auf den Punkt zu bringen! Diese Betreuungsquoten haben sich über Jahre aufgebaut oder in Ihrem Fall eben nicht abgebaut. Sie haben diese schlechten Betreuungsquoten in den sozioökonomisch benachteiligten Quartieren geduldet und nicht forciert, dass sich das tatsächlich ändert, und das werfe ich Ihnen vor, meine Damen und Herren.

Liebe Frau Dr. Eschen, ich weiß, der Antrag kam kurzfristig – Ihrer übrigens auch! –, aber es ist mitnichten so, dass wir Ihren Antrag abgeschrieben haben. Der war nämlich nicht so gut, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

(Zuruf Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen])

Deswegen haben wir uns die Mühe gemacht, diesen zu verbessern, indem wir gesagt haben, es gibt seit dem Jahr 2019 eine Arbeitsgruppe zum Thema Fachkräftemangel, eigentlich ja schon im Jahr 2017 beschlossen. Dann hat sich ja die Sozialsenatorin mit der Bildungssenatorin erst einmal zwei Jahre lang über die Federführung gestritten, bevor man dann überhaupt einmal zum Arbeiten kam. Das sind auch Versäumnisse, Schnee von gestern.

In Nummer eins unseres Antrags fragen wir das ab, wir wollen jetzt innerhalb von einem halben Jahr die Ergebnisse wissen, und nicht erst im Jahr 2024.

In der Nummer drei unseres Antrags haben wir Ihre Nummer eins verschärft, indem wir gesagt haben, jedes Kind braucht tatsächlich einen Platz, und im Koalitionsvertrag sprachen Sie von „mindestens“.

(Glocke)

In Nummer vier fordern wir zusätzliche InRA-Klassen. In der Nummer sechs sagen wir, statt ihres Prüfauftrags wollen wir konkrete Maßnahmen innerhalb von vier Monaten

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Ja, genau!)

und nicht nur prüfen und sich wieder über die Zeit retten, wie wir es schon seit Jahren hier immer erleben.

Auch in der Nummer acht haben wir eine Verschärfung vorgenommen. In Nummer neun sagen wir ganz deutlich, auch private Investorenmodelle können eine Lösung sein, um Kitabauten herstellen zu können.

(Glocke)

Alles das sind Dinge, die in Ihrem Antrag nicht stehen, und deswegen ist unser Antrag mitnichten ein reines Abschreiben Ihres Antrags, sondern eine Konkretisierung und massive Verbesserung, und wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir kein Problem hätten – Frau Kollegin Ahrens, vielleicht nehmen Sie teil oder lauschen der Debatte! –, wenn wir sagen würden, wir haben kein Problem, ich glaube, dann bräuchten wir heute keinen Antrag. Allein die Tatsache, dass wir einen Antrag vorgelegt haben, zeigt doch: Problem erkannt, Lösungen werden erarbeitet.

(Beifall DIE LINKE - Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Nein, geprüft!)

Wenn ich mir anhöre, was Sie jetzt zu den privaten Investorenmodellen gesagt haben, dann frage ich mich allen Ernstes, ob Sie bei den letzten Sitzungen des Unterausschusses „Frühkindliche Bildung“ nur physisch anwesend waren, in denen wir sehr viele entsprechende Ausbauprojekte beschlossen haben.

Jetzt noch einmal zur Sache! Wie bereits mehrfach erwähnt wurde, ist in den letzten Jahren massiv ausgebaut worden, und im Zuge des U3-Ausbaus, da haben Sie ja recht, Frau Kollegin Ahrens, wurden auch Fehler gemacht. Zunächst ging man ja von einem Bedarf von 35 Prozent aus, als der Rechtsanspruch für unter dreijährige Kinder ab 2013 griff, und es stellte sich sehr schnell heraus, dass diese Annahme viel zu niedrig war. Die hohe Nachfrage zeigt doch, wie gleichstellungsfeindlich eigentlich die Krippenversorgung vor dem Greifen des Rechtsanspruchs in Westdeutschland gewesen ist und wie wichtig dieser Rechtsanspruch auch war.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Weitere Fehler, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurden gemacht. Die Verschiebung von Ü3 zu U3 durch die Aufnahme der Dritt- und Viertquartalskinder in die Elementargruppen war ja eine Verschieberechnung, die jetzt auch mit Ursache dafür ist, dass wir einen hohen Platzmangel im Bereich der über Dreijährigen haben. Natürlich baden wir beziehungsweise die betroffenen Familien, die keinen Krippen- und Kitaplatz bekommen, all diese Entscheidungen und die Fehler, die unterwegs gemacht wurden, noch heute aus. Dessen sind wir uns bewusst, das hält uns aber doch nicht davon ab, jetzt aktiv nach Problemen zu suchen!

Jedes Jahr fehlen weiterhin mehrere Hundert Kitaplätze. Der Mangel ist inzwischen eklatanter im Ü3-Bereich, also im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen, im Bereich der Null- bis Dreijährigen sieht es inzwischen in vielen Stadtteilen besser aus. In einigen Stadtteilen gibt es sogar ein Angebot, das über der Nachfrage liegt, und bis Ende 2021 werden wir im städtischen Durchschnitt die 50 Prozent im Bereich der unter Dreijährigen und im Bereich der Drei-bis Sechsjährigen von 96 Prozent erreicht haben.

Die Versorgungsprognosen mussten ja auch noch einmal angepasst werden – auch das muss man der Vollständigkeit halber sagen –, weil wir steigende Geburtenzahlen haben, und die Prognose ist, Stand jetzt, dass wir bis zum Jahr 2023, also bis zum Ende

der Legislaturperiode, in der Stadtgemeinde eine durchschnittliche Versorgungsquote von 53 beziehungsweise 97 Prozent haben werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir haben deutlich gemacht, das reicht uns natürlich nicht, und deswegen haben wir diesen Antrag vorgelegt, wie wir es uns auch im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, um die Ausbauziele anzupassen.

Liebe Frau Kollegin Ahrens, wer liest, ist klar im Vorteil. Das Wort „mindestens“ steht bei uns in Ziffer eins, wir wollen mindestens 60 Prozent Ausbauziele in jedem Stadtteil Bremens, und das ist richtig so.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich brauchen wir dafür Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung, das habe ich in meinem ersten Beitrag klargemacht, wir brauchen aber auch weitere Maßnahmen im baulichen Bereich, zusätzlich zu dem, was bereits seit Jahren läuft, die beschleunigten Bauverfahren, die Einsetzung der Senatsbaukommission, wo institutionalisiert und auch ressortübergreifend als Schnittstelle auch über die Baumaßnahmen im Kitabereich gesprochen wird.

Der Kitabau ist aber natürlich auch limitiert durch knappe Flächenverfügbarkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch keine Binsenweisheit, es ist ein offenes Geheimnis und liegt auf der Hand, dass wir knappe Flächen in einem verdichteten Stadtstaat wie Bremen haben. Deswegen brauchen wir das koalitionäre Vorhaben, und wir müssen das vorantreiben, einen Flächenfonds einzurichten, damit wir auch Flächen akquirieren können, denn die privaten Eigentümer machen doch mit ihren Flächen meistens das, was am meisten Geld bringt, und das sind in der Regel nicht Kindertagesstätten, die einen großen Außenbereich brauchen et cetera, sondern in der Regel Mehrfamilienhäuser. Das bringt einfach mehr Profit. Deswegen müssen wir auch Flächen für Kindertagesstätten dieser Profitlogik entziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir können uns auch vorstellen, dass beim modularen Bauen mehr Luft nach oben ist, und dafür wollen wir die Bauträger, die ja seriell auch bauen, die viele Bauvorhaben umsetzen – nämlich die öffentlichen Baugesellschaften und eben auch Immobilien Bremen –, in die Lage versetzen, diese modularen Bauten zu entwickeln und auch umzusetzen. Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir weniger auf die quasi kommerziellen Träger setzen und weniger auf gewinnorientierte private Investoren

angewiesen sein wollen. Das ist, glaube ich, kein Geheimnis.

(Glocke)

Die Kinder und Familien hätten etwas davon, wenn wir die Kitabauten schneller realisieren können, wenn sie modular umgesetzt werden können und die Kitabauten auch nicht nach wenigen Jahrzehnten umgewidmet und weitervermarktet werden können. Ich glaube, das ist eine Win-win-win-Situation für die Stadt und vor allem für die Kinder und Familien, weil für sie dauerhaft Kindertagesstätten gesichert werden. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ahrens, können Sie sich noch daran erinnern, als wir richtige Kampagnen starten mussten, damit wir die Kinder in die Kitas bekommen, gerade im Stadtteil Gröpelingen, gerade im Stadtteil Hemeelingen? Auch da hatten wir viele Jahre lang eine Versorgungsquote, die weit unter 80 Prozent gelegen hat. Da mussten wir die Eltern motivieren. Das heißt, die Versorgungsquote sagt noch nichts darüber aus, wer alles einen Platz haben will.

Wir sind ja froh, dass heute viel mehr Eltern ihre Kinder für die Kita und die Krippe anmelden und freuen uns natürlich, dass das frühkindliche Bildungsangebot mittlerweile so begehrt ist, dass mehr Anmeldungen als Plätze vorhanden sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was ich sagen will, ist, es ist nicht immer nur so gewesen, dass die Versorgungsquoten gleichzeitig mit den Bedarfen von Eltern übereinstimmen.

Ich würde jetzt gern noch einmal kurz auf die Ausbildungen eingehen – meine Kolleginnen haben schon viel dazu gesagt – und noch einmal deutlich machen, dass seit dem letzten Jahr die Bildungsprämie greift, die jetzt Erzieherinnen und Erzieher, die an den öffentlichen Schulen in Bremen zur Schule gehen, in Vollzeit 300 Euro, in Teilzeit 200 Euro –. Elf Klassen wurden für angehende Erzieherinnen und Erzieher geschaffen, für sozialpädagogische Assistenten zwei, für Kinderpflegerinnen, und eine für Heilpädagoginnen. Wir haben

schon eine ganze Reihe an Klassen, wir wissen aber auch, das reicht wohl offensichtlich noch nicht. Zusätzlich haben wir diese finanziert und sind in diesem Schuljahr an den Start gegangen.

Wie ich eben skizziert habe, hat der Senat bereits einige Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Erzieherinnenätigkeit ergriffen, jüngst erfolgte die Weiterentwicklung der öffentlichen Weiterbildungsgänge zur Integrierten Regelausbildung InRA, die wir ja auch in der Deputation beschlossen haben. InRA muss unbedingt bekannter werden, und dafür muss auch eine interessante und öffentliche Werbung stattfinden. Ich bin mir zu 100 Prozent sicher, dass daran gearbeitet wird.

Wir wollen aber auch, dass gerade Alleinerziehende mit kleineren Kindern eine echte Chance haben, sich für die Weiterbildung zur Erzieherin zu entscheiden. Hierfür müssen von den Fachschulen, wie vorhin auch schon von meinen Kolleginnen gesagt wurde, Teilzeitmodelle mit fünf Tagen in der Woche angeboten werden, damit die Kinder vormittags auch in der Betreuung, in der Kita oder in der Schule sind und die betreffenden Schülerinnen und Schüler dann auch vormittags die Schule besuchen können. Auch die Weiterbildungsprogramme für Sozialassistenten und selbstständige Kindertagespflegepersonen müssen aber ausgebaut werden, und dazu muss der Zugang erleichtert werden.

Meine Zeit ist jetzt gleich um.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Abgelaufen!)

Nein, die Zeit ist nicht abgelaufen, sondern die Redezeit hier ist gleich um! Es ist noch einmal darauf hingewiesen worden, dass wir Anreize schaffen wollen, auch Erzieherinnen und Erzieher und Fachkräfte aus anderen Bundesländern anzuwerben – das machen andere Bundesländer auch, natürlich ist das ein Wettbewerb, in den wir dann mit einsteigen –, aber den Fachkräftemangel gibt es nicht nur in Bremen, sondern in der ganzen Bundesrepublik.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Nein, das stimmt nicht, Frau Ahrens! Es ist nicht so, dass das hier ganz – –.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Dann sollten Sie sich einmal mit den Trägern unterhalten, die national tätig sind!)

Gut, das stimmt ja so nicht! Das Beispiel einer Umzugsprämie ist ja nur eines, es gibt sicherlich auch noch ganz andere Möglichkeiten, dort einen Anreiz zu schaffen!

Weil wir hier in der Stadtbürgerschaft sind und nicht im Landtag, möchte ich den Senat noch einmal auffordern, alle Punkte, die auch Bremerhaven betreffen, mit den Verantwortlichen vor Ort zu kommunizieren und auch abzustimmen. Wir lehnen den Antrag der CDU ab, das ist ja jetzt auch schon mehrfach von der Koalition gesagt worden, und wir werben weiterhin für die Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, ich wollte meine Redezeit nicht dafür verwenden, jetzt nur auf die Opposition einzugehen, es aber auch nicht ganz übergehen, denn zweimal fünf Minuten Redezeit für eine sehr komplexe Materie und ein weiteres Mammutvorhaben sind schon relativ kurz.

Ich habe es auch so aufgefasst wie meine Kollegin Frau Dr. Eschen, dass der vorgelegte Antrag der CDU eigentlich eine Anerkennung unserer Arbeit ist, denn dort wurden im Wesentlichen unsere Antragspunkte übernommen. Ich habe mich auch sehr gefreut, dass Sie auch den Flächenfonds und die modulare Bauweise bei den öffentlichen Bauträgern mittragen, wie ich jetzt gelernt habe, sogar die FDP, das finde ich sehr gut. Die Investoren können ja diese modularen Bauweisen auch selbst entwickeln, davon hält sie niemand ab.

Ich wollte noch sagen, das, was sozusagen Ihr qualitativer Zusatzvorschlag ist, wo Sie Taten statt Worte fordern, große Überschriften, da ist Ihr qualitativer Vorschlag, dass die Gruppe Fachkräftegewinnung, die laut Jugendhilfeausschuss eingerichtet werden sollte, jetzt einen Zwischenbericht vorlegen soll und später noch einen Bericht. Da frage ich mich: Wer macht hier eigentlich Worte, und wer macht hier eigentlich Taten? Ich glaube, wir haben hier einige sehr konkrete Vorschläge vorgelegt, die wirklich einen substanziellen Mehrwert für den Kita- und Krippenausbau in der Stadtgemeinde Bremen bieten würden.

Während Sie Berichte, Zwischenberichte und Arbeitsgruppen fordern, handeln wir, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Claudia Bogedan.

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In ihrem Dringlichkeitsantrag verweisen die Koalitionsfraktionen völlig zu Recht auf die vielschichtige Bedeutung des Rechtsanspruchs, über den seit 2013 jedes Kind ab dem ersten vollendeten Lebensjahr verfügt. Ich will anmerken, wenn wir uns kurz zurückerinnern, dass das überhaupt nicht üblich war – und deshalb hängt Deutschland ja insgesamt in Europa auch noch mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung zurück –, dass wir in Deutschland ganz lange eine Debatte darüber hatten, dass Kinder in den frühen Jahren zur Mutter gehören,

(Zuruf: Herdprämie!)

und ich muss ehrlich sagen, wenn man vor Jahren noch die Herdprämie gefordert hat und sich jetzt hier als Vorreiter in der Kindertagesbetreuung aufspielt,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

das verlangt mir ehrlich gesagt viel ab, ruhig zu bleiben, und tatsächlich mache ich lieber Taten als Worte.

Ich glaube, es war ein großer Fehler, dass wir in den letzten Jahren nicht mehr Hochglanzbroschüren produziert haben, um darauf zu verweisen, was meine Kolleginnen und Kollegen im Ressort still, leise und heimlich an Plätzen in dieser Stadt geschaffen haben. Frau Bergmann hat deshalb auch durchaus recht, viel Neues haben wir heute hier gar nicht zu berichten, und trotzdem ist es immer wieder wichtig, sich zu vergewissern, dass der Kurs erstens richtig gesetzt ist, dass wir unsere Ziele mit riesigen Schritten erreichen und dass die Rechnungen, die Frau Ahrens hier aufgemacht hat, leider völlig überaltert sind.

Ja, zugegebenermaßen haben wir seit 2019 keine aktualisierte Ausbauplanung vorgelegt. Vielleicht müssen wir das jetzt tun, damit Sie auch sehen,

dass es den Stillstand, den Sie da offenbar wahrnehmen, nicht gibt, und Frau Leonidakis hat es ja gesagt, im Unterausschuss haben wir jede Menge Ausbauprojekte beschlossen, die deutlich machen, wie viele Plätze wir Monat für Monat schaffen. Wir reden ja gar nicht davon, dass wir im Moment nur Plätze im Rhythmus des Kindergartenjahres schaffen, sondern Monat für Monat kommen Plätze im zwei- bis dreistelligen Bereich hinzu.

Ich möchte deshalb aber heute hier noch einmal die Gelegenheit nutzen, etwas differenzierter darauf einzugehen, dass wir es tatsächlich mit unterschiedlichen Ebenen im Bereich des Ausbaus zu tun haben. Ich beginne mit der ersten Ebene, mit der wir ja auch den ganz greifbaren Rahmen für unsere Vorhaben vor uns haben, mehr Kitaplätze zu schaffen und jedem Kind einen passenden Platz anzubieten, nämlich der baulichen Ebene. Auf dieser Ebene haben wir viel geschafft, und ich will gern auf das zurückkommen, was meine Kollegin Frau Stahmann hier in diesem Haus bereits 2015 an umfassender Ausbauplanung vorgelegt hat. Danach – im Januar 2015 – gingen wir davon aus, dass wir 2 500 Plätze bis zum Jahr 2020 zu schaffen haben. Wir haben seit 2015 mehr als 5 000 zusätzliche Plätze geschaffen. Die eigenen Ausbauziele haben wir damit verdoppelt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wenn ich von diesen 5 000 geschaffenen Plätzen spreche, dann sind es genau die, die im Status eins nicht nur geschaffen und womöglich wegen eines Flaschenhalses beim Fachkräftemangel nicht besetzt sind, sondern es sind 5 000 Plätze, auf denen Kinder zusätzliche Kitabetreuung erhalten. Ganz manifest sind das 40 komplett neu gebaute Gebäude, neue Kitas, komplett neue Einrichtungen. Bei 22 Stadtteilen komme ich auf nahezu zwei Gebäude, die in jedem Stadtteil physisch zu sehen sind und in denen man jeden Tag kleine Kinderfüße hinein- und herauslaufen sehen kann.

(Beifall SPD)

Zu diesen 40 komplett neu gebauten Kitas kommen 80 Um- und Anbauten, und viergruppige Einrichtungen, wie Sie es eben vorgerechnet haben, Frau Ahrens, bauen wir schon sehr lange nicht mehr.

Ich möchte mich deshalb ganz, ganz herzlich bei all denen bedanken, die das möglich gemacht haben!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das sind einerseits die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die neue Prozesse aufgesetzt haben, das ist aber auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, die mit uns ganz intensiv, und zwar schon 2016, daran gearbeitet haben, mit Investoren zukünftig bauen zu können, und in den letzten Jahren haben wir genau solchen Investorenprojekten ganz viele dieser zusätzlichen neuen Kitas zu verdanken, die zusammen mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege neue Einrichtungen gebaut haben.

Wir haben aber auch dem kommunalen Träger zu verdanken, dass wir mit einem riesigen Gewaltakt 2017 stadtweit 27 sogenannte SoProMobs aufstellen konnten, mit denen wir ganz vielen Kindern auch eine zukünftige Kitabetreuung ermöglichen können. Diese verstetigen wir jetzt schrittweise in festen Steinbauten, die richtig gemauert und vom Zimmermann mit einem Dach versehen werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zur aufholenden Entwicklung, die Ihnen, Frau Ahrens, ja immer so wichtig ist! In Blumenthal, in Gröpelingen und in Hemelingen haben wir bereits heute so viele Einrichtungen entweder bereits gebaut, im Unterausschuss beschlossen oder auch in der Planung, dass wir in diesen Stadtteilen im Kindergartenjahr 2023/2024 unsere Zielversorgungsquoten von 60 Prozent bei den unter Dreijährigen und eine Vollversorgung von 100 Prozent bei den über Dreijährigen erreicht haben werden.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Und Trägern eine Absage erteilt!)

Und Trägern eine Absage erteilen müssen, weil wir mittlerweile über unsere Versorgungsquoten hinausgehen und nicht über Bedarf bauen wollen.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Ich meinte Blumenthal und aus ideologischen Gründen! – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Nein, aus ideologischen Gründen ist in Blumenthal überhaupt nichts abgelehnt worden! Wir können uns den Stadtteil Blumenthal gern noch einmal sehr intensiv ansehen, das möchte ich nämlich sehr gern machen, denn Blumenthal ist, glaube ich, einer der Stadtteile, in denen wir in den letzten Jahren am intensivsten zusätzliche Projekte umgesetzt haben.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Das bezweifelt auch keiner!)

Allein 20 Projekte stehen im Moment noch auf unserer Ausbauliste, 20 zusätzliche Kitaprojekte, die in Blumenthal bewältigt werden. Es sind nicht 20 zusätzliche Einrichtungen, aber 20 zusätzliche Projekte, mit denen zusätzliche Plätze geschaffen werden.

In der Tat müssen wir wirtschaftlich darauf schauen, wie viele Plätze wir brauchen. Wenn wir mit 60 Prozent bei den unter Dreijährigen rechnen, ist das eben nicht das Gegenteil von Vollversorgung, sondern dann rechnen wir damit, dass alle Kinder zwischen einem und drei Jahren diesen Kitaplatz in Anspruch nehmen können, aber eben nicht zwischen null und einem Jahr, weil wir dann davon ausgehen, dass sie in der Regel noch von den Eltern versorgt werden.

Ich habe es eben gesagt, die genannten 5 000 Plätze, die wir seit 2015 geschaffen haben, sind in Betrieb, und das heißt für mich eben auch, bei der Fachkräfteversorgung können wir auch nicht alles ganz falsch gemacht haben. Wir haben jede Menge zusätzliche Fachplätze, Fachschulplätze geschaffen, wir haben die Ausbildung der sozialpädagogischen Fachkräfte an den öffentlichen Fachschulen ausgebaut, wir haben zusätzlich seit 2018 50 PiA-Plätze geschaffen. Heute, in diesem Jahr, sind weitere hinzugekommen, zudem wurden nun erste Schritte in Richtung einer Integrierten Regelausbildung fest beschlossen, und das soll in diesem Jahr noch starten, und wir können in diesem Konzept der Integrierten Regelausbildung einen Rahmen schaffen, um eine optimale Ausbildung aus einer Hand zu schaffen, indem das Anerkennungsjahr dabei an die öffentlichen Fachschulen transferiert wird.

Um darüber hinaus die Attraktivität der Weiterbildung zur Erzieherin/zum Erzieher auch in materieller Hinsicht zu steigern, waren wir ebenfalls sehr aktiv. So wird einerseits sichergestellt, dass alle das sogenannte Aufstiegs-BAföG auch in Anspruch nehmen und dass wir zusätzlich in Bremen Pauschalleistungen dazu anbieten können, die es ermöglichen, dass das BAföG plus Pauschalleistung dann eine Sicherung des Lebensunterhalts analog zu PIA ermöglicht. Das macht den Beruf der Erzieherin/des Erziehers oder den Ausbildungsweg dorthin deutlich attraktiver, und wir werden dies natürlich mit einer entsprechenden Kommunikationsstrategie in Kürze auch öffentlich bewerben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ergänzend zu diesen klassischen Formaten wurden in meinem Haus in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich ergänzende Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, von einigen haben wir eben schon gehört. Ich will noch einmal das Quereinsteigerinnenprogramm erwähnen, das von uns insbesondere auf Wunsch der Träger entwickelt worden ist, mit dem aktuell 52 Personen in einer neun Monate dauernden Maßnahme qualifiziert werden und diese nächstes Jahr abschließen. Wir haben schon vom Programm der spanischen Fachkräfte gehört, und wir haben auch schon darüber gehört, dass wir berufsqualifizierend viele sozialpädagogische Assistentinnen/Assistenten, SPA, zur Erzieherin weiterqualifizieren.

Jedes Jahr treten also viele junge Menschen, aber auch viele, die schon Berufserfahrung hinter sich haben, im Kolloquium an, um dann ihre staatliche Anerkennung zu erhalten. Allein in diesem zweiten Coronajahr werden es 350 sein, die das Kolloquium abschließen, insgesamt werden wir 450 ausgebildete Fachkräfte in diesem Sommer entlassen können. Theoretisch könnte jede von diesen 450 Fachkräften eine Gruppe von 20 Kindern leiten.

Vor diesem Hintergrund steht für mich ganz klar fest, im Bereich Ausbildung haben wir unsere Hausaufgaben gemacht, und ohne diesen Bereich außer Acht zu lassen, gilt es nun, das nächste Paket anzugehen, nämlich die Sicherung der ausgebildeten Fachkräfte, denn, wie vorhin schon angekündigt, auf der Ebene der Fachkräfteentwicklung ist nicht nur der Aspekt der Ausbildung relevant, wir müssen die ausgebildeten Fachkräfte auch für unsere Einrichtungen gewinnen. Das gilt sowohl für die hier ausgebildeten als auch für die aus anderen Bundesländern. Insofern stimme ich der Empfehlung völlig zu, dass kreative Maßnahmen zur Anwerbung ausgebildeter Fachkräfte zu entwickeln beziehungsweise zu prüfen sind. Allerdings müssen diese auch nachhaltig greifen und unseren Wunsch spürbar zum Ausdruck bringen, dass wir diese Menschen langfristig für unsere Stadt gewinnen wollen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Gleichzeitig liegt es mir sehr am Herzen, bei den Maßnahmen zur Anwerbung nicht diejenigen zu benachteiligen, die sich bereits bei der Wahl ihres Ausbildungsortes für Bremen entschieden haben. Das heißt für mich, den Arbeitsplatz Kita so zu gestalten, dass auch die, die bereits hier sind, hier

bleiben wollen. Das ist meines Erachtens der zentrale Ansatzpunkt im Rahmen der Fachkräftesicherung. Wir sichern den Fachkräftebedarf, jede Stelle soll besetzt werden, damit jedes Kind den passenden Platz in seiner Kita bekommt. Das ist unser Ziel. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einmal das Gesetz zitieren, und zwar das Bundesgesetz, § 24 Absatz 2 SGB VIII: „Ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, hat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung.“ Das heißt, Rechtsanspruch eigentlich 100 Prozent, wenn es das haben möchte, und nicht 60 Prozent oder irgendwelche Quoten.

Absatz 3: „Ein Kind, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, hat bis zum Schuleintritt Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung.“ Also, Rechtsanspruch 100 Prozent und nicht Quote 77 Prozent, und 23 Prozent bleiben unversorgt.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das wissen wir!)

Dort steht auch „bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen“, dieses Thema mache ich hier jetzt nicht auf.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das kommt auch noch!)

Das zeigt, dass Ihr Antrag hier an der Stelle unterhalb des Bundesgesetzes bleibt, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Nein!)

Kommen wir zu den ideologischen Gründen, liebe Frau Senatorin! Es stimmt nicht, Sie sagen die Unwahrheit: In Blumenthal wurde aus ideologischen Gründen im Jahr 2020 das Sozialwerk Perspektive Oldenburg abgelehnt, nachzulesen in der „taz“, Artikel vom 27. Februar 2020. Es waren nicht die Sozialdemokraten, das stimmt, ich weiß auch, welche Auffassung Ihr Haus vertreten hat, das war

eine andere hier in der Regierung befindliche Partei. Deswegen haben Sie ja jetzt auch eine Klage anhängig, wie man dem Artikel im „Weser-Kurier“ vom 26. September 2020 entnehmen kann. Auch da wäre vielleicht einmal ein Sachstand interessant.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Frau Ahrens, Ihre 90 Sekunden sind um!

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Gott sei Dank!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer [20/444 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/447 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Den ÖPNV krisenfester aufstellen – zusätzliche Fahrzeuge kurz- und langfristig bereitstellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2020
(Drucksache [20/346 S](#))

Wir verbinden hiermit:

Den ÖPNV krisenfester aufstellen – zusätzliche Fahrzeuge kurz- und langfristig bereitstellen
Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 14. Januar 2021
(Drucksache [20/384 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie schon gemerkt haben, ist dieser Antrag vom November 2020 und wurde dann in der Deputation letztlich erwartungsgemäß abgelehnt. Nun muss man dazu sagen, er ist im Februar in der Bürgerschaft nicht an die Reihe gekommen, weil wir so lange über Bismarck diskutiert haben, und jetzt ist so ein bisschen die Luft heraus.

Wir haben ihn aber trotzdem noch einmal auf der Tagesordnung gelassen, weil die Antwort, die die Deputation oder das Ressort gegeben hat, zum Teil doch enttäuschend war und es eigentlich auch sinnbildlich war, wie der Senat auch gerade beim öffentlichen Nahverkehr arbeitet. Es sind eigentlich nur Prüfaufträge gegeben worden, es ist teilweise etwas umgesetzt worden, aber es ist eigentlich nicht reagiert worden. Es heißt immer, es wurde Kontakt aufgenommen, es ist im Rahmen der Schülerbeförderung sinnvoll, notwendig, technisch umsetzbar, wird aber gerade abgesprochen, eine Planung der Fahrdienste ist aber mit hohem Aufwand verbunden, daher ist immer ein gewisser Vorlauf erforderlich.

Letztlich müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, dass nach der ersten Welle im April/Mai 2020 der Sommer eigentlich nicht genutzt wurde, um sich vernünftig aufzustellen, und es wurde eigentlich

dem Zufall überlassen, wie wir dann in der zweiten Welle, die im November 2020 logischerweise nicht überraschend kam, dann mit dem öffentlichen Nahverkehr umgehen. Die Folgen davon, dass die Menschen verunsichert waren, sehen wir ja auch in den Zahlen der Leute, die noch den öffentlichen Nahverkehr nutzen.

Wir haben dann daraufhin im November auch konkrete Vorschläge gemacht, die zum Teil auch umgesetzt werden. Exemplarisch möchte ich einmal den Punkt nennen, dass die BSAG es bis heute noch ablehnt, Desinfektionsspender in den Bussen oder Bahnen aufzustellen. Ich glaube, das ist einfach, das ist schnell, das ist technisch auch gut umsetzbar, und wir verlangen von jedem Gastronomen – jetzt im Moment nicht! – und von jedem anderen, der irgendwo in dieser Stadt etwas macht, dass dann genügend Desinfektionsspender zur Verfügung gestellt werden, aber die BSAG sieht sich dazu nicht in der Lage.

Das finde ich sehr schade, und ich glaube, und damit möchte ich eigentlich auch abschließen, dass wir aus dieser Situation lernen müssen, dass wir uns frühzeitig darauf einstellen müssen, dass so etwas vielleicht in ähnlicher Weise noch einmal passieren kann, dass wir unter anderem auch Busse und so weiter vorhalten müssen – das wollen wir ja sowieso, um die Taktzahlen zu erhöhen –, damit wir die Verkehrswende mit einem öffentlichen Nahverkehr dann auch schaffen. Meine große Sorge ist, dass die ganze Gesellschaft pandemieanfällig ist, aber die BSAG ist da doch anfälliger als andere Institutionen und hat da Schwächen und auch so eine gewisse Bräsigkeit an den Tag gelegt.

Da müssen wir gegensteuern, und das machen wir dann jetzt am besten im Sommer, wenn – ich hoffe, dass die Pandemie dann nicht mehr so stark ausgeprägt ist! – die Leute sich dann auch wieder freier bewegen können, wenn wir geimpft haben. Dann müssen wir uns vorbereiten, es hilft nichts. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, die Luft ist heraus, aber ich hoffe, ich komme deswegen auch mit einer Redezeit von einmal fünf Minuten aus. Vor fast einem halben Jahr habe auch ich eindringlich darum gebeten, alles zu tun, was möglich

und auch, was unmöglich erscheint, um die angespannte Situation für die Fahrgäste des Bremer ÖPNV so gut wie möglich zu entschärfen. Zu diesem Zeitpunkt war die Inzidenz in Bremen sehr hoch, auch höher als jetzt, dann kamen die Weihnachtstage mit einem erhöhten logistischen Aufwand, und vor allem die Menschen, die im GVZ arbeiten, hatten Angst, mit dem überfüllten Bus zur Arbeit fahren.

Auch wenn sich die Situation zwischenzeitlich durch sinkende Inzidenzen etwas entspannt hatte, die Sorge, sich vielleicht doch in den Fahrzeugen des ÖPNV anzustecken oder die Krankheit auf andere zu übertragen, bleibt. Auch wenn alle Studien das Gegenteil über das Infektionsrisiko aussagen, ein mulmiges Gefühl bleibt, und das erst recht, wenn die Inzidenzen wieder steigen, wie wir es ja vor wenigen Wochen beobachten konnten.

Zwar greift insgesamt die Ansage zum Homeoffice, die Bahnen und Busse der BSAG sind schon lange nicht mehr so überfüllt wie damals im November, und auch die Schulschließungen sorgten dafür, dass die Fahrzeuge leerer werden, aber die Schulen werden jetzt ja wieder zum Teil geöffnet, also werden die Busse und Bahnen auch wieder voller werden. Außerdem hat die BSAG nachgebessert, das muss man auch anerkennen. Unmögliches wurde möglich, denn Homeoffice kommt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im GVZ und viele andere Menschen nicht infrage, sie müssen den Bus nutzen.

Hier hat die BSAG wirklich Abhilfe geschaffen: Seit dem 9. November ist die Taktung der Linie 63 zum Schichtbeginn und zum Schichtende stark ausgeweitet worden. Zwischenzeitlich wurden auch Reisebusse bereitgestellt, um die Menschen vom Hauptbahnhof zum GVZ beziehungsweise zurück zu befördern, und zwar sicher und mit Abstand. Seit drei Wochen fährt morgens zusätzlich zur Linie 10 auch noch die Buslinie E. Außerdem wurden auch die Hygienemaßnahmen verschärft. Seit Anfang Februar gibt es auch in den Bussen und Bahnen der BSAG die Pflicht, eine medizinische Mund-Nasen-Maske zu tragen beziehungsweise seit zwei Wochen die Pflicht, ausschließlich eine FFP2-Maske zu tragen.

Hier ist auch einmal ein Dank angesagt. Laut Bericht der Deputation halten sich die Menschen in den Fahrzeugen der BSAG größtenteils vorbildlich an alle Hygienemaßnahmen. Die Menschen beweisen hier eine große Selbstdisziplin. Danke auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BSAG,

die trotz erschwerter Bedingungen den Betrieb nahezu hundertprozentig aufrechterhalten, und an die Reinigungskräfte, die die Fahrzeuge hygienisch sauber halten, damit wir alle uns nicht anstecken! Auch hier ist noch einmal ausdrücklich ein Dank angesagt!

(Beifall DIE LINKE)

Das ist aber ein verhaltener Dank!

Es gibt noch einen Lichtblick: Die Fahrzeugflotte hier in Bremen wird stark erweitert, und zwar nicht erst in ein paar Jahren, sondern in naher Zukunft. Das ist nicht nur für Zeiten der Pandemie eine gute Nachricht. Somit sind viele Forderungen aus dem Antrag der CDU bereits erfüllt worden, vieles auch dadurch, dass gemeinsam überlegt wurde, was notwendig ist, und natürlich auch dadurch, dass viel kritisch nachgefragt wurde und auch zukünftig nachgefragt werden wird, auch von uns. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Anja Schiemann.

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wie meine Vorredner schon gesagt haben, die Luft aus dem Thema ist so ein bisschen heraus. Auch ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um mich auch wirklich bei der BSAG zu bedanken, auch in Zusammenarbeit mit der senatorischen Behörde, die es innerhalb kürzester Zeit geschafft hat, gerade in so prekären Situationen in den Fahrzeugen, wie sie noch im Winter letzten Jahres im GVZ geherrscht haben, Abhilfe zu schaffen. Ich war da auch vor Ort und habe mir das im letzten Jahr angesehen, ich habe das auch bemängelt, und es wurden innerhalb kürzester Zeit mehr Fahrzeuge eingesetzt. Das kann man nur loben.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich möchte aber auch noch einmal die Gelegenheit ergreifen, um hier noch einmal die ganze Problematik durch die Coronapandemie, die den ÖPNV betrifft, ein bisschen hervorzuheben und zu betonen! Der ÖPNV hat durch die Coronapandemie einen gigantischen Imageverlust erlitten. Nach Analyse des Mobilitätsressorts hatten der ÖPNV und der SPNV allein im März und April 2020 90 Prozent

an Fahrgastrückgängen zu verzeichnen. Das bedeutet aufgrund dieser Fahrgasteinbußen Mindererlöse von fünf bis sieben Milliarden Euro für 2020, die ausgeglichen werden müssen. In Bremen sind das für das Jahr 2020 42 bis 45 Millionen Euro.

Der ÖPNV hat auch bereits in den Zeiten vor Corona in einem Vergleich der verschiedenen Verkehrsnutzer in vergleichbaren Städten eine geringere Nutzung aufgewiesen. 36 Prozent aller Menschen in Bremen nutzten auch in den Zeiten vor Corona den motorisierten Individualverkehr, 25 Prozent nutzen das Fahrrad, 25 Prozent gehen zu Fuß, aber nur 15 Prozent der Menschen nutzen den ÖPNV. Das ist natürlich durch Corona jetzt auch nicht besser geworden, und wir müssen uns überlegen, wie wir den ÖPNV allgemein wieder attraktiver machen.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wie können wir das machen, für den ÖPNV als unverzichtbare Daseinsvorsorge, gerade auch für Menschen, die auf den ÖPNV angewiesen sind, für die vielen Tausend Einpendler, die Menschen, die hier in den Gewerbegebieten wie dem GVZ und dem Gewerbezentrum Hansalinie arbeiten, und natürlich die Schülerinnen und Schüler, die ihren Schulweg nicht immer mit dem Fahrrad zurücklegen können? Die Antwort liegt für mich, für uns auf der Hand: Damit der ÖPNV nicht dauerhaft weitere Fahrgäste verliert, sind Maßnahmen zur Attraktivierung des ÖPNV erforderlich, und es bedarf ganz klar einer deutlichen Angebots- und Tarifoffensive.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wir brauchen auch über Corona hinaus ein Mehr an Kapazität, unter anderem durch Taktverdichtungen im Bus- und Straßenbahnverkehr, aber auch durch attraktive und einfach verständliche Tarifsysteme. Wir brauchen ein ÖPNV-Prioritätenetz aus am stärksten nachgefragten Strecken und Verbindungen zu den wichtigsten Zielen der Stadt, das den Großteil der Einwohnerinnen und Einwohner einbezieht, das städtebauliche Entwicklungsbereiche wie das Tabakquartier mit Metrobuslinien anbindet, wie sie aktuell bereits erfolgreich in Hamburg eingesetzt werden, einen ÖPNV mit einem verlässlichen dichten Takt, der die Nutzung eines Fahrplans entbehrlich macht, mit möglichst kurzen Reisedrecken, auch durch Optimierung der Infrastruktur, zum Beispiel mit eigenen Fahrspuren.

Der ÖPNV in Bremen muss aber auch bezüglich seiner Tarifstrukturen deutlich attraktiver werden. Gerade für Familien mit Kindern ist es derzeit noch günstiger, mit dem Auto in das Parkhaus in der City zu fahren, als gemeinsam Bus und Bahn zu fahren. Das Schülerticket kostet derzeit noch 50 Euro monatlich. Auch dies bedeutet für Kinder, für Familien, aber auch für Alleinerziehende mit schulpflichtigen Kindern derzeit noch eine hohe finanzielle Belastung. Also, eine rasche Umsetzung des mit dem Koalitionsvertrag vereinbarten 25-Euro-Tickets für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ist dringend geboten.

Darüber hinaus sind weitere Nahverkehrsoffensiven bis hin zu einem gänzlich ticketlosen solidarisch getragenen ÖPNV-Tarifsystem, wie wir es mit dem Bremen-Ticket fordern, denkbar und wünschenswert,

(Beifall SPD, DIE LINKE)

aber wir befinden uns ja auch derzeit im Rahmen der Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans im Projektbeirat zur Evaluierung des VEP in Verhandlungen, um dementsprechende Maßnahmen zur Angebots- und Tarifoffensive zu entwickeln und zu beschließen.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Die beschriebenen Maßnahmen sind eine richtige und wichtige Investition auch für den Infektionsschutz in Bussen und Bahnen und mehr als geboten, um das bei den Menschen pandemiebedingt verloren gegangene Vertrauen in den öffentlichen Nahverkehr zurückzugewinnen. Fazit ist, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Fast alle der mit Ihrem Dringlichkeitsantrag geforderten Maßnahmen sind umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung, weshalb wir Ihre Forderung als obsolet erachten und Ihren Antrag ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde auch eher grundsätzlich etwas zum ÖPNV sagen, als zu sehr auf diesen Antrag einzugehen! Darin stehen viele richtige Sachen, ich finde, das war einer der besseren Anträge der

CDU, die dabei schon die richtigen Themen gesetzt hat.

(Zuruf CDU: Oh!)

Das heißt auch, dass es natürlich schlechtere gibt, das impliziert das.

(Zurufe CDU – Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Vielen Dank, Herr Lehrer!)

Man muss eben nur lange genug warten, dann haben sich bestimmte Anträge auch erledigt.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Das haben Sie ja geschafft!)

Wer hat das geschafft? Sie?

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Sie haben gesagt, man muss lange genug warten, bis sich Anträge erledigen! Das machen Sie ja jetzt auch!)

Nein, das machen wir nicht! Wir erledigen die meisten Sachen schon, bevor der Antrag ankommt. Das ist der Fakt, der hierbei gilt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Heiterkeit CDU)

Ich glaube, der Senat hat von Anfang an die richtige – –.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Glauben Sie das eigentlich selbst?)

Wie bitte, Herr vom Bruch? Wenn Sie alle drei gleichzeitig Zwischenrufe machen, kann ich keinen verstehen, also dann bitte nacheinander!

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Glauben Sie diesen Quatsch eigentlich selbst?)

Die BSAG hat, glaube ich, die richtige Strategie verfolgt, und zwar auch die ganze Zeit. Dieses ÖPNV-Bashing, das Sie mit darin haben, den Vertrauensverlust in den öffentlichen Nahverkehr, davon kann man doch wirklich nicht sprechen! Der öffentliche Nahverkehr ist kein Hotspot. Die BSAG hat am Anfang sofort reagiert und versucht, etwas im Angebot zu verbessern, sie hat nachgesteuert. Ich habe mich auch irgendwann gewundert, warum bei mir vor der Tür plötzlich die älteren Straßenbahnen der Linie 6 fahren. Die BSAG hat gemerkt, in der Linie 1 ist jetzt viel mehr Bedarf, und sie hat dort die Straßenbahnen mit mehr Kapazitäten eingesetzt.

Sie hat auf der Linie 63 reagiert, sie hat eine zusätzliche Linie 63 S geschaffen. Ich kann nur sagen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BSAG haben in dieser Zeit wirklich Wahnsinniges geleistet, das ist schon erwähnt worden. Gerade das Reinigungspersonal ist in den Bahnen viel mehr unterwegs. Da ist doch richtig reagiert worden! Ich habe jetzt gar nicht verstanden, auch bei Herrn Strohmann nicht – und Ihren Zwischenruf habe ich leider nicht verstanden! –, was denn tatsächlich an Fehlern in der Strategie gemacht worden ist, sondern man hat entschlossen reagiert und den ÖPNV handlungsfähig gehalten. Es ist auch nicht so passiert wie in anderen Städten, dass man zunächst den Takt ausgedünnt hat, sondern wir haben den Takt auf hohem Niveau gehalten, um das Vertrauen in den öffentlichen Nahverkehr zu behalten.

Jetzt haben fast alle gesagt, wir brauchen einen stärkeren ÖPNV, wir müssen viel mehr machen, wir brauchen eine Taktverbesserung, wir brauchen mehr Linien. Dann brauchen wir aber auch Butter bei die Fische, wie es in Bremen so schön heißt! Wir müssen darüber reden, wie wir über eine andere Finanzierung der Verkehrswende und des öffentlichen Nahverkehrs reden.

Man kann natürlich immer schön reden, wir machen Taktverbesserungen, wir kaufen ganz viele Straßenbahnen, aber das nützt jetzt im Augenblick nichts. Wir brauchen eine andere Finanzierung des Verkehrssektors, und zwar eine, die über das, was wir im Augenblick im Haushalt zur Verfügung haben, weit hinausgeht. Das weiß auch Herr Strohmann ganz genau. Dazu habe ich bisher von Ihnen noch nichts gehört, aber vielleicht kommt ja einmal einer der besseren Anträge der CDU, der uns da Anregungen gibt, wie wir denn eigentlich die Finanzierung der Verkehrswende in dieser Stadt hinkommen.

Das ist doch das Entscheidende: Wenn wir einen Fünf-Minuten-Takt haben wollen, dann müssen wir ganz viele Fahrzeuge kaufen. Wir müssen den Betriebshof der BSAG verändern. Das sind wahnsinnige Kosten. Im Projektbeirat Verkehrsentwicklungsplan ist das auch aufgelistet. Wir brauchen zunächst 40 Millionen Euro mehr, und das hinauf bis zu 80 Millionen Euro. Da müssen wir hier in diesem Haus auch als Haushaltsgesetzgeber eine Idee dafür entwickeln, wie wir das schaffen. Das ist, glaube ich, die entscheidende Herausforderung, das bringt auch erst einmal mehr.

Ich habe eine Sympathie dafür, den öffentlichen Nahverkehr als Grundrecht zu erleben und über

solche ticketlosen Modelle nachzudenken, aber das ganz Entscheidende dafür, dass die Verkehrswende gelingt und die Leute massenhaft in den öffentlichen Nahverkehr einsteigen, wird das Angebot sein, das werden die Takte sein, und da müssen wir hier in diesem Haus zusammen eine Idee entwickeln. Noch einmal: Aus dem Haushalt werden wir das nicht finanzieren können. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Saxe, die Aussage, man muss nur lange genug warten, dann hat sich mancher Antrag schon erledigt, ist natürlich gefährlich, und ich hoffe, das machen Sie nicht zur Devise Ihres Regierungshandelns.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Das ist doch schon lange so! – Zuruf Abgeordnete Dr. Solveig Eschen [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich möchte an dieser Stelle erst auch noch einmal von der FDP-Fraktion einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BSAG aussprechen. Wir dürfen bei den vielen Debatten, die wir im Bundestag sehen und hören, die wir auch hier zum Thema Homeoffice, zum Thema Pflicht von Homeoffice geführt haben, nicht vergessen, dass es auch sehr viele Menschen da draußen gibt, die schlichtweg nicht im Homeoffice arbeiten können, an denen all diese Debatten und all diese Vorzüge, auch der Schutz des Homeoffice, vorbeigehen, und da gehören die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BSAG ebenfalls dazu. Ich glaube, deswegen gebührt Ihnen umso mehr unser Dank.

Der ÖPNV, und das ist, glaube ich, auch eine Erkenntnis, leidet gerade in solchen Zeiten unter Vertrauensverlust. Dabei ist es gar nicht immer so entscheidend, wie die Gefahr im ÖPNV wirklich ist, sich mit Corona anzustecken, sondern es ist auch oft die gefühlte Gefahr. Ob die Gefahr dort jetzt größer ist oder nicht, das wissen wir ja bis heute nicht so ganz genau. Es gibt dazu nicht so hundertprozentig gesicherte Erkenntnisse, aber es gibt fundierte Vermutungen.

Herr Schumann, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass viele Linien der BSAG leerer geworden sind, teilweise sehr leer, das ist richtig, es gibt aber auch genauso Linien, die relativ überfüllt sind. Mich erreichen eigentlich wöchentlich Fotos aus Bussen,

aus Bahnen, in denen auch Menschen sehr dicht gedrängt stehen und dort dann für zehn, 15, 20 Minuten in einem fast geschlossenen Raum – bis auf alle paar Minuten, wenn einmal die Tür aufgeht – durch die Gegend gefahren werden. Da kann natürlich die Vermutung naheliegen, dass das durchaus ein Treiber der Pandemie sein kann oder gewesen sein konnte, und das ist schlecht, denn ein Mangel an Vertrauen in den ÖPNV macht ihn natürlich in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger letzten Endes auch weniger attraktiv und verhindert damit auch den freiwilligen Umstieg.

Unabhängig davon, ob der ÖPNV jetzt ein Pandemietreiber war oder ist oder nicht – ich glaube, diese Debatte wollen und können wir hier heute nicht führen –, es ist nicht immer die faktische Gefahr entscheidend, sondern vor allem auch immer die gefühlte Gefahr, und gerade in solchen Zeiten darf der ÖPNV nicht an Attraktivität verlieren.

Zur vorübergehenden Erhöhung des Angebots durch private Reisebusbetreiber haben wir auch schon etwas gehört. Grundsätzlich freuen wir uns, dass da die ersten Gespräche gesucht worden sind, dass das Thema angegangen worden ist. Das ist natürlich nicht nur für die Fahrgäste wichtig, sondern das ist natürlich auch ein gutes Angebot an die Betreiber von Reisebussen, die sich in diesen schwierigen Zeiten auch über Umsätze freuen. Ich freue mich an dieser Stelle, dass dort auch schnell reagiert wurde, aber ich glaube, wir müssen auch weiter daranbleiben, dass die Umsetzung nicht ins Stocken kommt.

Ein Thema interessiert mich noch einmal ganz besonders: In der Antwort lesen wir, dass in der Verkehrsministerkonferenz im Dezember beschlossen wurde, noch einmal ein Gutachten zu beauftragen, um herauszufinden, wie groß die Ansteckungsgefahr im ÖPNV tatsächlich ist. Der Dezember ist jetzt knapp ein halbes Jahr her.

(Zurufe)

Na ja, wir sind jetzt im Mai! Ja, fünf Monate, bei sechs Monaten sind wir bei einem halben Jahr. Also, es ist jetzt fast ein halbes Jahr her, und Sie hatten ja auch geschrieben, dass Bremen sich finanziell daran beteiligt hat, was ich erst einmal grundsätzlich begrüße, was ich sinnvoll finde, aber umso mehr sollten wir natürlich ein Interesse daran haben, auch über die Ergebnisse dieser Untersuchung zu sprechen. Frau Senatorin, vielleicht können Sie dazu nachher auch noch einmal ein paar

Sätze sagen, das würde uns sehr interessieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Saxe! Eigentlich wollte ich mich ja nicht mehr melden, weil das Thema –. Ach so, erst einmal möchte ich mich auch recht herzlich bedanken, gerade auch bei den Nutzern der BSAG, für ihr doch noch immer bestehendes Vertrauen in den öffentlichen Nahverkehr, auch ohne Desinfektionssponder!

Also, ich finde es schon ein bisschen schwierig, was Sie hier machen, aber wie Sie es immer schaffen, so ein konkretes Problem, bei dem es auch wirklich um die Sorgen und die Ängste der Menschen geht, zu einer Grundsatzdebatte zu machen, die dann auch noch –. Irgendwie hatte ich den Eindruck, Sie haben uns als CDU angesprochen. Das finde ich ja gut, das finde ich in Ordnung, dass Sie uns ansprechen, aber Sie wissen schon, dass die CDU in ihrer Regierungsbeteiligung bis 2007 die Partei des öffentlichen Nahverkehrs war?

Der letzte Grundsatzbeschluss war 2005 der mit der Linie nach Huchting, wir haben jetzt 2021. Die Finanzierung vom Bund steht, passiert ist nichts. Sie können sich hier doch wirklich nicht allen Ernstes hinstellen und eine Grundsatzproblematik mit der Finanzierung ansprechen! Wer stellt denn den Finanzsenator seit 2007? Wer hat dann den Verkehrssenator seit 2007 gestellt? Wer hat es nicht geschafft, aus welchen Gründen auch immer, mit seinem Koalitionspartner die Verkehrswende umzusetzen und Straßenbahnlinien zu bauen, die schon fertig geplant sind,

(Beifall CDU)

gegebenenfalls sogar noch neue zu planen? Es ist ja nicht so, dass es am Geld gelegen hat! Der Bund stellt ja genügend Geld zur Verfügung, nur wir müssen dann auch etwas vorstellen!

Jetzt noch einmal zu den Straßenbahnen! Ist es unser Problem, wenn Sie als Regierung nicht in der Lage sind, einmal darüber nachzudenken, dass Straßenbahnen vielleicht auch einmal unbrauchbar werden können und dass man dann in einem Kontrakt vielleicht auch Rücklagen mit einplanen

sollte, und Sie nicht kameralistisch denken und sagen, wenn sie dann unbrauchbar sind, kaufen wir uns neue? Das ist doch auch nicht unser Problem als Opposition! Sie haben doch seit 2007 bei allem, was das angeht, wirklich selbst versagt.

Selbst beim Ausbau des Fahrradverkehrs hat das ja nicht funktioniert. Wenn ich mir überlege, wir haben im Jahr 2014 den Verkehrsentwicklungsplan beschlossen. Wie viele Fahrradrouten haben wir jetzt? Deswegen, ich will dazu nichts sagen, ich weiß ja auch, woran es gelegen hat, dass es nicht an Ihnen persönlich gelegen hat – da waren andere böse Menschen, die das verhindert haben –,

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Wir waren es aber auch nicht!)

aber uns jetzt die Schuld dafür zu geben, dass Sie keine Finanzierung und keine Umsetzung auf die Reihe bekommen haben, finde ich schon ziemlich gewagt. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat ist es wichtig, einen gut funktionierenden, einen gestärkten ÖPNV zu haben, und in der Tat leidet der ÖPNV gerade auch unter dieser Coronakrise, weil die Fahrgäste wegbleiben. Deswegen hatten wir im letzten Jahr deutschlandweit extreme Mindereinnahmen von 3,3 Milliarden Euro, in diesem Jahr werden sie auf 3,6 Milliarden Euro bilanziert. Der Bund beteiligt sich, und wir kämpfen gerade auf Bundesebene dafür, dass der ÖPNV-Rettungsschirm auch weiter vom Bund mitgetragen wird. Die Länder haben sich in der letzten Verkehrsministerkonferenz vor zwei Wochen verpflichtet, die Hälfte der Mindereinnahmen gegenzufinanzieren.

Warum fehlen die Fahrgäste? Das ist auch schon angesprochen worden: Ganz sicherlich, weil viele im Homeoffice sind, ganz sicherlich, weil viele Schülerinnen und Schüler nicht in der Schule sind, aber auch, weil wegen der Pandemie wie in anderen Bereichen auch eine Verunsicherung vorhanden ist.

Herr Schäck, jetzt würde ich als Erstes auf Sie eingehen, weil Sie zu Recht – und deswegen ist aus der Debatte jetzt gar nicht die Luft heraus, sondern

sie ist sehr aktuell! – die Studie angesprochen haben. Das haben die Verkehrsminister im Dezember beschlossen. Der Dezember ist jetzt noch nicht ein halbes Jahr her. Wir haben gerade den 4. Mai, das sind gerade einmal viereinhalb Monate. Es gibt ja zahlreiche Studien darüber, ob es im ÖPNV ein erhöhtes Ansteckungsrisiko gibt oder nicht. Bisher haben die Studien immer gezeigt, nein, das gibt es nicht, aber um mit so einer Aussage wirklich sicherzugehen, haben sich die meisten Länder – und Bremen gehört dazu – an dieser Studie finanziell beteiligt. Das ist eine unabhängige Studie der Charité Research Organisation, und – und das ist jetzt das, worauf wir alle gespannt warten – am Freitag erwarten wir die Ergebnisse. Insofern ist da nicht die Luft heraus, sondern das ist sehr aktuell.

Es haben sich 681 freiwillige Teilnehmende – sie sind nach einem Zufallsprinzip ausgewählt worden – zwischen 16 und 65 Jahren fünf Wochen lang im ÖPNV bewegt, und zwar in einem Ballungsgebiet im Rhein-Main-Verkehrsverbund. Da pendeln jeden Tag 2,5 Millionen Fahrgäste, also man sieht, sie sind vielen anderen Fahrgästen ausgesetzt worden, und jetzt soll die Studie am Freitag zeigen: Gab es da ein erhöhtes Risiko? Sind diese Probanden – und das ist statistisch alles sehr gut abgesichert – einem erhöhten Risiko ausgesetzt gewesen? Sind sie vermehrt erkrankt im Vergleich zu Menschen, die sich individuell fortbewegt haben, also mit ihrem eigenen Pkw oder mit dem Fahrrad? Ich habe schon gesagt, Bremen hat sich daran finanziell beteiligt, weil uns die Sicherheit und der Gesundheitsschutz der Fahrgäste wirklich wichtig sind.

Herr Strohmann, Ihre Kritik, dass wir überhaupt nichts gemacht hätten, teile ich nicht, das will ich noch einmal sagen. Viele haben der BSAG ja schon gedankt, und das möchte ich an dieser Stelle auch tun. Wir haben gegengesteuert, und deswegen finde ich es nicht richtig, Herr Strohmann, den ÖPNV, der in dieser Coronapandemie wirklich schon genug in Mitleidenschaft gezogen ist, noch weiter schlechztureden. Das hilft nicht dem ÖPNV, das schadet ihm! Ihre Beiträge führen dazu, dass die Fahrgäste noch mehr verunsichert sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Was haben wir gemacht? Alles, was Räder hat in Bremen, ist auf der Straße, damit es in den Fahrzeugen für die Fahrgäste nicht zu eng wird. Wir haben, Herr Strohmann, neue Straßenbahnen beschafft. Sie haben gerade gesagt und uns vorgeworfen, das hätten wir nicht gemacht. Natürlich,

das „Nordlicht“ ist da! Wir haben neue Busse beschafft, und wir haben im Aufsichtsrat der BSAG beschlossen, dass wir, solange die Pandemie währt, nicht die alten Fahrzeuge aussortieren, sondern auch diese weiter in Betrieb lassen und alles, was auf die Straße kann, auf die Straße bringen. Wir haben zusätzlich private Busunternehmen angemietet, die jetzt hier mit ihren Reisebussen unterwegs sind, um unsere eigene Fahrzeugflotte noch mehr zu unterstützen. Da kann man nicht sagen, wir hätten nichts gemacht, da ist deutlich nachgesteuert worden.

Die Linie 63 ist angesprochen worden, das war zu gegebenem Maße am Anfang ein Problem. Die BSAG beobachtet das Verkehrsaufkommen kontinuierlich, und da, wo es Probleme gibt, wird nachgesteuert. Da werden die Takte verdichtet, da wird Fahrzeugmaterial von anderen Linien abgezogen, die nicht so hoch frequentiert sind, aber ich muss an dieser Stelle auch einmal sagen, wenn Unternehmen, gerade im GVZ, ihre Schichten ändern und das nicht mit dem Krisenstab rückkoppeln, dann bleibt die BSAG da zeitlich hinterher. Sie muss frühzeitig von solchen Schichtänderungen wissen, damit sie eben auch frühzeitig reagieren kann.

Die Bildungssenatorin sitzt hier. Wir haben uns öfter darüber unterhalten, dass wir die Schulverkehre koppeln mit der BSAG, um auch den Schülerinnen und Schülern einen sicheren Fahrweg mit Bus und Bahn gewährleisten zu können. Deswegen hat da der Austausch, das möchte ich an der Stelle positiv sagen, sehr gut funktioniert.

Also, die Linie 63 ist verstärkt worden, die Reinigungsintervalle sind verstärkt worden, es gibt eine Maskenpflicht im ÖPNV, sie wird sehr streng kontrolliert. Neu ist seit dieser Woche, dass das Bundesinfektionsschutzgesetz noch einmal novelliert werden soll, darin steht jetzt noch eine zukünftige FFP2-Maskenpflicht auch für Kinder, Kinder waren bisher ausgenommen. Vielleicht wird das noch einmal geändert, indem man sich für sie auf medizinische Masken einigt und nicht auf FFP2-Masken, aber auch hier wird in dieser Woche auf Bundesebene noch einmal nachgebessert.

Dann möchte ich noch einmal etwas zu diesen Desinfektionsspendern sagen. Sie sind in der Branche höchst umstritten. Es gibt einige Unternehmen, die jetzt Pilotprojekte machen. Warum sind sie umstritten? Wegen der Brandlast! Die Desinfektionsmittel bestehen aus Alkohol. Wenn er verdampft, gibt es eine größere Brandlast. Sie können auch nicht in

öffentlichen Gebäuden unendlich viele Desinfektionsspender anbringen. Das ist deutschlandweit so, und wir haben in der Verkehrsministerkonferenz ausführlich darüber diskutiert, weil das natürlich nicht nur in Bremen ein Thema ist, sondern in jedem Bundesland. Deswegen gibt es auch hier Pilotprojekte, bei denen wir abwarten wollen, ob sich die Desinfektionsspender jetzt bewähren oder ob sie doch ein größeres Problem darstellen.

Ich möchte aber auch noch einmal etwas sagen, Herr Strohmann, weil Sie uns gerade auch noch einmal vorgeworfen haben, es wäre uns nicht gelungen, in all den Jahren geplante Straßenbahnlinien umzusetzen und zu bauen. Es wird ja nicht besser, indem Sie jedes Mal bei einer Debatte über den ÖPNV dieses Argument anbringen! Sie wissen ganz genau, dass es bei der Linie 1 und der Linie 8 Klagen gab, die vor Gericht waren, und solange eine Klage vor Gericht ist – und das gebietet der Respekt gegenüber den Klägern, und das gebietet auch der Respekt gegenüber den Gerichten in einem Rechtsstaat –, schafft man vorher keine Fakten, sondern wartet die Gerichtsurteile ab, und kaum waren die Urteile zur Linie 1 und zur Linie 8 da, sind die ganzen Verfahren, Bauverfahren auch gestartet worden. Das können Sie uns nun nicht vorwerfen!

Auch beim Anschluss an die Überseestadt, den wir gerade planen, gab es ja schon Beteiligungsverfahren, und die Entscheidung – das haben Sie ja heute gefragt, leider wurde die Frage in der Fragestunde nicht mehr behandelt – über eine Variante steht kurz bevor. Bei der Querspange Ost ist es so.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Also, werfen Sie uns nicht vor, dass wir hier nicht gehandelt hätten, wenn es vor Gericht noch keine Entscheidung gibt! Wir tun es, und wir bauen auch die Straßenbahn aus.

Dass neues Fahrzeugmaterial beschafft worden ist und auch weiterhin beschafft wird: Auch dafür hat der Senat auch schon in der letzten Legislaturperiode wirklich sehr hohe Millionenbeträge in den Haushalt eingestellt, damit neue Straßenbahnen beschafft werden können, die auch schon fahren, das „Nordlicht“ hatte ich vorhin genannt. Wir haben gerade neue E-Busse bestellt, also wir sind dabei, den ÖPNV wirklich zukunftsfähig aufzustellen.

Über die Tarife werden wir uns noch unterhalten. Eine gute Tarifstruktur gehört natürlich zu einem

guten ÖPNV dazu, aber auch sie muss finanziert werden, das sage ich auch an dieser Stelle ganz eindeutig. Deswegen, meine Damen und Herren, wollen wir auch gerade vor dem Hintergrund der Pandemie alles dafür tun, dass die Sicherheit und der Gesundheitsschutz für die Fahrgäste gewährleistet ist, damit sie zurück in dem ÖPNV kommen. Ein guter, ein starker ÖPNV ist ein Beitrag zur Verkehrswende und zum Klimaschutz, und deswegen setzen wir auch alles daran, dass das Vertrauen in den ÖPNV zurückkommt. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/346 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft vom dem Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung, Drucksache [20/384 S](#), Kenntnis.

Schaffung und Erweiterung niedrigschwelliger Angebote für Kinder ohne Kitaplatz von drei bis sechs Jahren!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 4. Mai 2021

(Drucksache [20/445 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 4. Mai 2021

(Drucksache [20/446 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Dr. Claudia Bogedan.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vorhin haben wir über Kitaausbau und Fachkräftegewinnung gesprochen, jetzt, zu später Stunde, geht es noch einmal um die Schaffung und Erweiterung niedrigschwelliger Angebote für Kinder ohne Kitaplatz zwischen drei und sechs Jahren.

Zunächst einmal ist mir in diesem Kontext wichtig, einmal ganz deutlich klarzustellen: Unser klares Ziel ist ein Kitaplatz für jedes Kind im entsprechenden Alter.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Solange aber der Kitaausbau noch läuft, solange wir eben nicht jedem Kind so ein Angebot machen können, brauchen wir ergänzende pädagogische Angebote. Wir brauchen eine Brücke bis zur Vollversorgung, denn der Mangel an Kitaplätzen bedeutet für die Familien ja nicht nur, dass Betreuungsmöglichkeiten fehlen, sondern auch, dass Spiel- und Lernmöglichkeiten außerhalb der Familie für die Kinder fehlen. Aus den entsprechenden Studien zu dieser Thematik wissen wir, Erfahrungen für Kinder in Kitas, in Spielkreisen, einfach in jeglicher Kindergruppe, sind wertvolle soziale und sprachliche Erlebnisse. Sie erleichtern die Schullaufbahn und sichern Teilhabechancen.

Was aber genau ist eigentlich so ein niedrigschwelliges Angebot? Tatsächlich gibt es hier eine große Bandbreite an Möglichkeiten. Kinder kommen dabei zum Beispiel dreimal in der Woche für zwei bis drei Stunden in einer festen Kleingruppe zusammen. Alle niedrigschwelligen Angebote eint, dass sie im Gegensatz zu Kitaplätzen zwar keine regulären Betreuungsmöglichkeiten darstellen, auch wenn hier vielleicht Kinder stundenweise Zeit ohne ihre Eltern verbringen, dennoch handelt es sich um wertvolle Angebote, denn sie bieten Sozialkontakte in einer Kindergruppe, Spielanregungen und Förderung. Je nach Ausrichtung kann das zum Beispiel ein Sprachangebot sein, ein Bewegungsangebot, ein Kreativangebot oder eine Kombination ver-

schiedenster Dinge. Gerade aktuell ist es so wichtig, auch Kinder zu erreichen, die anderenfalls gerade in der Pandemie isoliert wären.

Es gibt bei manchen auch Sorgen hinsichtlich niedrigschwelliger Angebote. Diese Sorgen möchte ich jetzt hier auch einmal aufgreifen und adressieren und klar sagen: Nein, die niedrigschwelligen Angebote ersetzen natürlich nicht den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, dieser bleibt unberührt. Wenn aber eben kein Kitaplatz angeboten werden kann, dann können immerhin bestehende pädagogische Bedarfe der unversorgten Kinder ein wenig aufgefangen werden, und nein, ein solch niedrigschwelliges Angebot kann natürlich auch nicht von Personen ohne jegliche pädagogische Qualifikation angeboten werden. Selbstverständlich benötigen auch diese Angebote eine pädagogische Qualifikation der eingesetzten Fachkräfte.

Der Vorteil an niedrigschwelligen Angeboten ist aber eben, dass sie den Kreis möglicher Fachkräfte auch erweitern. Ich denke da zum Beispiel an erzieherisches Personal im Ruhestand, das sich zutraut, noch einmal ein paar Stunden pro Woche so ein Angebot zu machen, es können ehemalige oder auch aktuell tätige Tagespflegepersonen sein, die zum Beispiel auch in den Nachmittagsstunden etwas anbieten, denn bei diesen Angeboten ist es so, dass sie zeitlich flexibel angeboten werden können. Dadurch können zum Beispiel auch Studierende pädagogischer Fachrichtungen infrage kommen, die zum Beispiel bereits einen Bachelor besitzen und jetzt noch im Master einen Nebenjob in so einem niedrigschwelligen Angebot ausüben. Es können auch verschiedenste Räumlichkeiten und Spielorte genutzt werden, die bereits bestehen oder unkompliziert eingerichtet werden können, denn auch das ist natürlich eine Voraussetzung für eine zügige Umsetzung.

Wir ermuntern daher an dieser Stelle ausdrücklich auch alle Träger und Initiativen, vielfältige und kreative niedrigschwellige Angebote zu entwickeln beziehungsweise Bestehendes auszuweiten. Ich würde sagen: Lassen Sie uns alle an einem Strang ziehen und möglichst viele Kinder erreichen!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich bitte daher natürlich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Ein paar Worte möchte ich auch noch zum Änderungsantrag der CDU verlieren! Diesen lehnen wir

ab, denn unser Antrag zu niedrigschwelligen Angeboten soll eben jetzt in kürzester Zeit schnell umgesetzt und zum jetzigen Zeitpunkt nicht noch erweitert werden. Das heißt nicht, dass ich das Ansinnen des Änderungsantrags grundsätzlich falsch fände, aber wie sich dann im Einzelnen die Vermittlung auf reguläre Kitaplätze gestalten kann, wird sich zeigen. Hier wollen wir an dieser Stelle nicht vorgreifen, sondern erst einmal zügig handeln. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns bereits im vorherigen Antrag mit der Ausbauplanung, den Fachkräften, Flächen und so weiter beschäftigt. Der Kitausbau geht kontinuierlich und sehr ehrgeizig voran. Dennoch wissen wir, dass noch nicht allen Kindern im Elementarbereich, also den Kindern von drei bis sechs Jahren, ein Angebot für einen Kitaplatz gemacht werden kann.

Soziale Kontakte sind bereits für kleine Kinder sehr wichtig. Während Erwachsene immer stärker sind und mehr wissen, interagieren Kinder auf Augenhöhe. Beim Spielen lernen die Kinder soziales Verhalten oder gegenseitige Rücksichtnahme. Der außerfamiliäre Austausch ist umso wichtiger, je geringer das Interaktionspotenzial mit etwa gleichaltrigen Familienmitgliedern stattfindet. Gerade für Kinder in diesem Alter sind regelmäßige Begegnungen mit Gleichaltrigen besonders wichtig, denn das Spiel ist gerade für sie gleichbedeutend mit Entwicklung und Lernen. Hier gestalten sie ihren Zugang zur Welt. Kinder lernen von Kindern, das ist nichts Neues. Sie brauchen aber auch Struktur und Erwachsene, die sie begleiten, die sie ermuntern, die sie trösten, anregen und mithelfen, Streicht zu schlichten und vieles mehr.

Gerade jetzt in der Pandemie wird auch noch einmal deutlich, dass und wie sehr Eltern manchmal an ihre Grenzen kommen, den Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht zu werden. Deshalb fordern wir den Senat auf, das bereits bestehende niedrigschwellige Angebot auszuweiten und zusätzliche Angebote zu schaffen. So können diese, zum Beispiel im Rahmen eines Spielkreises, der bis zu drei Tage in der Woche für zwei bis drei Stunden initiiert werden kann, sehr sinnvoll sein.

Es geht hier ausdrücklich nicht darum, den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz umzusetzen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Uns geht es ausdrücklich darum, unterhalb der Genehmigungspflicht ein niedrighschwelliges Angebot für unversorgte Kinder zu schaffen, sodass diesen die Betreuung und Begegnung mit Gleichaltrigen ermöglicht wird. Bezogen auf die Räumlichkeiten kann man prüfen, ob dieses Angebot zum Beispiel in Spielhäusern, in den Kirchengemeinden, in den Bürgerhäusern, bei Vereinen und Initiativen oder in den Kitas selbst möglich gemacht werden kann. Aus meiner Sicht muss es auch nicht zwingend am Vormittag stattfinden, es kann ja auch am Nachmittag angeboten werden.

Die Herausforderung sehe ich allerdings bei der Gewinnung von Personal. Es gibt gute Vorschläge, die Frau Dr. Eschen gerade auch noch einmal dargestellt hat, und ich wünsche mir sehr, dass es uns oder der Verwaltung gelingt, diese Menschen mit zu aktivieren, die auf dem Markt sind. Wie gesagt, Fachkräfte, die bereits im Ruhestand sind, könnten sich vielleicht gut so etwas vorstellen. Ich glaube, wenn ich in Rente bin, mache ich auch einmal so etwas. Das dauert nicht mehr lange, vier Jahre noch, und dann stehe ich auch zur Verfügung für Angebote dieser Art.

Wir freuen uns jedenfalls, wenn alle diesen Antrag mit unterstützen. Den Änderungsantrag der CDU lehnen wir ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bleiben beim Thema Kinderbetreuung, und das gibt mir auch die Gelegenheit, noch einmal zu sagen, dass der Hinweis auf die Herdprämie in Richtung CDU vorhin unter der Gürtellinie und unwürdig war.

(Beifall FDP, CDU – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Nein!)

Wann immer ich Sie, liebe Frau Senatorin, gereizt erlebt habe und Sie persönlich wurden, war immer klar, ein Nerv war getroffen, wie immer hörten wir das eigene Leistungstremolo, und wie immer, selbstverständlich, wurde die Leistung privater Investoren und Kitaträger ignoriert.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Jetzt ist es gut, dass die Koalition selbst, die Senatorin, an eine der größten Baustellen in dieser Stadt erinnert. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hat passgenau auf die Fehlplanung, auf die entstandenen Probleme reagiert, und zwar im Sinne der Kinder. Wir werten Ihnen aber auch als Eingeständnis der Regierungsfractionen, dass es in Sachen Kitausbau auch 2020/2021 nicht zufriedenstellend läuft und hier noch Luft nach oben ist. Ja, Sie befinden sich, um es in Ihren Worten zu sagen, auf einem guten Weg, aber Sie müssen mit den Geburtenzahlen jedes Jahr Schritt halten, und die schreiben Ihnen ja selbstständig eine Agenda. Das kann man beklatschen, aber genau das ist auch Ihr Job.

Wir hätten es übrigens begrüßt, liebe Abgeordnete der Grünen, wenn der Antrag etwas detaillierter umreißen würde, wie groß die Bedarfe sind, was das Angebot kosten wird und ob Platz und Personal tatsächlich vorhanden sind, um es umzusetzen. Wir haben einen großen Personalmangel in der frühkindlichen Bildung. Ist es wahrscheinlich, dass Personal für genau dieses Angebot gefunden wird? Sie haben es umschrieben. Ich bin skeptisch, hoffe aber darauf, dass Sie es geprüft haben und dass die ernsthafte Planung dahintersteht und dass es funktioniert. Wir werden es uns erlauben, da nachzufragen.

Sie beginnen Ihren Antrag mit dem Satz: „Der Kitausbau geht kontinuierlich und ehrgeizig voran.“ Irgendwie hat mich das an einen Satz im Arbeitszeugnis erinnert. Ich habe einmal bei Google nachgeschaut, wo Begriffe im Arbeitszeugnis für junge Menschen erklärt werden, und ich stieß auf Folgendes: Steht in deinem Arbeitszeugnis, er zeigte nach Anleitung Fleiß und Ehrgeiz, heißt das im Klartext, dass du nicht wirklich Gas gegeben hast. Laut dieser Formulierung warst du jedenfalls nicht der Erfinder der Arbeit.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Nun denn, ungefähr so etwas wollte ich auch noch sagen! Aber trotzdem: Wir stimmen dem kleinen freundlichen Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen zu, weil er gut passt und das Problem im Grunde angeht.

Die CDU hat nun sehr spontan einen Änderungsantrag nachgelegt.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Auch, wenn ich es bedauere, dass eine angemessene Würdigung und Bewertung von parlamentarischer Arbeit in diesem wichtigen Themenfeld bei all diesen extrem kurzfristigen Aktionen im Grunde gar nicht richtig möglich ist, werden wir in dem Fall trotzdem zustimmen. Die Änderungen thematisieren die Punkte, bei denen bei uns ja auch noch Fragen offengeblieben sind.

Einen Gedanken, der mir in beiden Anträgen fehlt und den wir vielleicht in diesem Kontext unbedingt weiterbewegen sollten, würde ich gern noch mit einbringen, das ist die Frage, ob nicht auch die Option des Platzsharings dem Bedarf begegnen kann, auf den der Antrag der Grünen reagiert, denn gerade für jüngere Kinder werden bestehende Kitaplatzzeiten ja oft nicht voll genutzt.

Insgesamt bleibt wichtig, dass wir bei all dem das Ziel nicht aus dem Blick verlieren. Was wir hier konzipieren, darf sich nicht langfristig etablieren und ein Paralleluniversum der Betreuung aufbauen. Diese Notlösungen werden nötig, weil wir nicht genügend Vollzeitplätze haben. Die Versorgung sicherzustellen, das muss das Ziel bleiben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, die neun Stunden! Wir hatten einmal einen Rechtsanspruch, der ja auch im Bundesgesetz verankert ist, der ganz klar sagt, ein Krippenplatz muss mindestens 20 Stunden haben.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Ja, wir wollen ja auch keinen Krippenplatz!)

Die sozialpädagogischen Spielkreise, die sich darunter befinden, wurden hier in Bremen illegalerweise gern mitgezählt, wurden auf Bundesebene aber, das hat noch Ihre Vorgängerin gemacht, Frau Stahmann –

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Nein!)

doch, ich habe die Unterlagen zu Hause! –, dann nicht entsprechend gewertet.

Jetzt kommen wir dazu, dass die Versorgung für die Drei- bis Sechsjährigen nicht ausreicht. Ich habe das hier ja heute schon ausgeführt, ich habe

§ 24 Absatz 2 und 3 SGB VIII zitiert, der eine Vollversorgung vorschreibt für alle, die wollen, das will ich nicht wiederholen, und dann stellen wir fest, was wir hier für einen Antrag haben. Ja, das passierte alles mit Ansage, ich habe es schon erläutert. Die Fertilitätsrate der Frauen hier in Bremen ist stark gestiegen. Wir sind sehr gut, wir Frauen, wir bringen in Bremen wieder 1,6 Kinder pro Frau auf die Welt, das ist bundesweit der stärkste Anstieg, langjährig entsprechend in Fortsetzung, sodass alles langfristig bekannt war. Leider hat das nicht dazu geführt, dass die Regierung entsprechend gearbeitet hat, deswegen haben wir hier nun das Problem.

Im Dezember 2019 – vielleicht können sich die Kolleginnen und Kollegen, die sich schon längerfristig mit dem Thema beschäftigen, noch an diese glorreiche Sitzungswoche erinnern – haben wir ungefähr sechs Anträge und eine Aktuelle Stunde genau zu diesem Thema gehabt. Damals hieß es: „Über 1 000 unversorgte Kinder“, das hatte die FDP eingereicht. Dazu gab es dann auch einen Antrag der CDU, weil die Anzahl der unversorgten Vorschulkinder massiv gestiegen war. Da haben wir genau das gefordert. Damals wurde das an die Deputation überwiesen, dann hat man das freundlicherweise abgelehnt, und ich durfte mich in der Debatte dann hinterher auch noch beschimpfen lassen, unter anderem liegt mir da Frau Krümpfer noch sehr deutlich in den Ohren: Wie können Sie nur auf die Idee kommen, so etwas zu fordern und dann auch noch zu überlegen, ob man so etwas vielleicht in Bürgerhäusern anbieten könnte, die ja entsprechend eingerichtete Räume haben, wo in offener Kinder- und Jugendarbeit genau diese Klientel teilweise auch jetzt schon Bastelangebote unter pädagogischer Begleitung wahrnimmt?

Nun ist es also nicht mehr das Bürgerhaus, sondern der Spielplatz mit Dixi-Toilette und Container, damit sich die Kinder unterstellen können, wenn es regnet. In Ordnung, auch damit können wir leben, aber ich finde es gut, das sage ich an dieser Stelle ausdrücklich an Frau Dr. Eschen, dass Sie im Endeffekt die Idee der CDU, die wir ja schon im Jahr 2019 hatten, wieder aufgegriffen haben und dass wir jetzt hier zu einer Lösung kommen.

Deswegen, Punkt eins, wir werden Ihrem Antrag zustimmen, Punkt zwei, finde ich, ist ein bisschen kurz,

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Verlängern!)

denn machen wir uns nichts vor: Wer sich die Zahlen ansieht, wir hatten 1 520 unversorgte Kinder im Dezember 2019 und dann sogar noch mehr. Wenn Sie sich an das zurückerinnern, was Frau Dr. Eschen damals in der Debatte ausführlich erläutert hat, ich habe es nämlich noch einmal nachgelesen: Es gibt drei unversorgte Gruppen. Das eine sind diejenigen, die sich um einen Platz beworben und keinen Platz erhalten haben. Das sind die, die wir offiziell zählen. Dann gibt es die reinen kitainternen Wartelisten, weil man eben, wenn man das vierte Kind hat,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Die gibt es ja bald nicht mehr!)

immer nur in dieser Kita die Möglichkeit hat, das vierte Kind unterzubringen, denn ansonsten, wenn man mit drei verschiedenen Kindern in drei verschiedene Einrichtungen fahren muss, kann man sich die Berufstätigkeit auch sparen. Ich habe es mit zwei Kindern zwei Jahre lang gemacht, es war grausam. Das sorgt dafür, dass auch dieser Kreis entsprechend unversorgt ist.

Dann gibt es den dritten unversorgten Kreis, den Sie damals angesprochen haben und den wir als CDU-Fraktion schon viele Jahre im Blick haben und sehen, das sind diejenigen, die sich gar nicht erst um einen Kita- oder Krippenplatz bewerben, weil sie sich von vornherein sagen, es ist bei mir im Stadtteil viel zu wenig vorhanden, ich bin sowieso in einem sozioökonomisch benachteiligten Stadtteil – die Quoten will ich Ihnen jetzt nicht schon wieder unter die Nase halten, 77 Prozent sind, glaube ich, deutlich –, ich bekomme sowieso keinen Platz, ich brauche mich gar nicht zu bewerben. Diese drei unversorgten Gruppen treten da zutage, und jetzt soll es dafür eine Lösung geben. – Ich hoffe es!

Ich sage aber auch ganz deutlich – und deswegen haben wir als CDU-Fraktion den Änderungsantrag eingebracht –, das soll kein Paralleluniversum werden. Ich möchte nicht, dass diese Kinder mit einem neunstündigen Angebot entsprechend abgetan werden, im Zweifel noch mit einer 450-Euro-Kraft, sondern dass diese dann mindestens innerhalb eines Jahres auch ein Angebot auf einen Elementarplatz in einem ordnungsgemäßen Kindergarten erhalten, denn genau das ist, liebe Frau Krümpfer –

(Glocke – Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

ich komme zum Schluss! –, der Rechtsanspruch, der in § 24 SGB VIII formuliert ist; und Sie wollen doch auch das Gesetz nicht brechen, oder, Frau Krümpfer?

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir hier zu einer Lösung kommen. Sehen Sie sich bitte unseren Antrag noch einmal genau an! Er enthält viele gute Punkte, und ich würde mich freuen, wenn Sie diesem zustimmen. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie sehen, das Thema Kinder und Kitaplatzversorgung beziehungsweise pädagogische Versorgung treibt uns als Koalition. Das ist heute bereits die zweite Debatte, die sich diesem Thema widmet, denn das Fehlen von Kitaplätzen lässt uns keine Ruhe, und wir überlegen, wir gestalten, wir sind kreativ, beziehungsweise natürlich auch das Ressort und der Senat, um Kindern und ihren Familien Angebote zu machen; so auch mit diesem Antrag, denn wir wollen niedrigschwellige Angebote schaffen, zum Beispiel in Form von betreuten Spielkreisen, dem Ausbau der Spielhäuser oder anderen Formen der betreuten Begegnung für Kinder, die den Kindern mehrfach in der Woche für einige Stunden eine Betreuung zukommen lassen, in der sie gefördert werden, spielen und Gleichaltrige treffen können. Kinder, die keinen Kitaplatz oder noch keinen Kitaplatz haben, bekommen hierdurch zusätzliche Sozialkontakte und auch zusätzliche Förderung.

Eines möchte ich ganz klar vorwegstellen, das haben meine Vorrednerinnen auch schon gesagt: Die flexiblen Angebote sind kein Ersatz für einen institutionellen Kitaplatz. Sie erfüllen nicht den Rechtsanspruch auf einen regulären Kitaplatz, und sie kompensieren ihn auch qualitativ nicht.

Erlauben Sie mir eine Anmerkung: Ich bin so ein bisschen ratlos angesichts der Anmerkungen, was den Rechtsanspruch und das Zitieren des Gesetzes angeht, wenn sie von langjährig erfahrenen Kolleginnen kommen, die dann von einem Anspruch auf Vollversorgung sprechen. Selbstverständlich geht es bei der Versorgung mit Kitaplätzen auch immer um Prognosen hinsichtlich des Anspruchs, und ich glaube, Sie wären die Erste, die auf dem Baum

wäre, wenn wir jetzt 100 Prozent Krippenversorgung bereitstellen würden und diese nicht in Anspruch genommen würden.

(Beifall DIE LINKE, SPD – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Wie kommen Sie darauf?)

Na, dann würden Sie doch von Verschwendung von Haushaltsmitteln sprechen, oder?

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Das dachte ich jetzt!

Die flexiblen Angebote sind eine Akutmaßnahme, um den unversorgten Kindern wenigstens etwas anbieten zu können, und ich glaube, unser Hauptaugenmerk, auch das ist völlig klar geworden, kann und muss auf der notwendigen Fachkräftegewinnung und auf dem Ausbau der institutionellen Kindertagesbetreuung liegen. Bei den niedrigschwelligen Angeboten, die wir jetzt als Akutmaßnahme schaffen wollen, kann auch das nur gelingen, indem die pädagogische Qualität aufrechterhalten wird, indem pädagogische Fachkräfte eingesetzt werden, denn die niedrigschwelligen Angebote können natürlich nicht als Dumpingangebot für die institutionelle Betreuung aufgefasst werden.

Deswegen sichern wir für diese Angebote beziehungsweise setzen wir die Bedingungen für fachliche Qualitätsstandards, die auch in der öffentlichen Betreuung in Bremen ausgezeichnet sind, indem wir das Fachkräftegebot auch für die niedrigschwelligen Angebote wahren, denn auch, wenn es nur um eine Betreuung von einigen Stunden pro Woche geht, dürfen wir ja nicht unter die gewissen Qualitätsansprüche sinken. Das Ergebnis unseres Antrags soll ja nicht ein Spielplatz mit Babysitting sein, sondern Spiel- und Betreuungsangebote, welche die Kinder fördern und Spracherwerb und soziales Lernen in Gruppen ermöglichen, und deshalb ist es uns wichtig, dass hier qualifiziertes Personal eingesetzt wird. Welche Personengruppen das sein können, wurde bereits von meinen Vorrednerinnen gesagt.

Es gibt ja bereits gute Angebote in Bremen, und hier kann man, glaube ich, auch ansetzen. Wir haben eine gute Infrastruktur mit den Spielhäusern, die in Bremen betreute Gruppenangebote, auch angedockt an Spielplätze, machen. Das ließe sich gut ausbauen, zum Beispiel auch mit mobilen Angeboten oder eben mit betreuten Spielplätzen, wie

in Hamburg. Saisonal wäre es auch denkbar, draußen naturnahe Angebote zu machen, die Jugendfreizeiteinrichtungen könnten vormittags vielleicht verstärkt genutzt werden und so weiter. Es gibt hier keine Denkverbote.

Klar muss aber sein, fachliche und qualitative Ansprüche bleiben gewahrt, und das sichern wir mit unserem Antrag ab. Wir freuen uns auf das Kurzkonzept, und vor allem freuen wir uns, wenn wir den Kindern zumindest ein kleines Angebot machen können. Für die Kinder ist das wichtig, und auch für die Eltern, die dadurch wenigstens ein paar Stunden in der Woche entlastet werden können.

Liebe Abgeordnete der FDP und der CDU, falls Sie auch diesen Antrag nicht vollständig gelesen haben, möchte ich es hier noch einmal zu Protokoll geben: Dieser Antrag ist ein Koalitionsantrag, er wird von allen drei Fraktionen mitgetragen. Insofern brauchen Sie uns an dieser Stelle auch nicht auseinanderzuidividieren. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Claudia Bogedan.

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr mache ich es jetzt ganz kurz! Vieles ist schon von meinen Vorrednerinnen gesagt worden. Mir sind fünf Punkte ganz wichtig: Erstens, aus meiner Perspektive ersetzt die kleinräumige zusätzliche und flexible Jugendhilfeplanung als Baustein einer Betreuung von Zielgruppen zwischen Familie und Bildungsangeboten nicht den Rechtsanspruch. Wir reden also jetzt nicht von einem den Rechtsanspruch ersetzenden Angebot, sondern von einem zusätzlichen Angebot.

In einem ersten Schritt konnten wir auf meine Initiative hin und mit breiter Zustimmung der Deputation im Bereich der Bildung und KITAS das Konzept des Kita-Einstiegshauses realisieren. Die Idee eines Kita-Einstiegshauses basiert auf der Erfahrung, dass die persönliche und individuelle Ansprache am einfachsten Zugänge zu frühen Bildungsangeboten ermöglicht und somit überhaupt erst der Schlüssel zum Erfolg in der Arbeit mit Familien in herausfordernden Lebenslagen ist.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke!)

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, würden Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Nein, mit Blick auf die Uhr wollte ich es gern schnell machen für alle!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

In Kooperation mit diversen Partnern – das ist der dritte Punkt – und in enger Zusammenarbeit mit den Beiräten sowie in Abstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss wird mein Haus kontinuierlich kleinere, in sich geschlossene Projekte realisieren. Aktuell führen wir dazu bereits intensive Gespräche mit Trägern, die entweder über Räume oder Personal verfügen, und eine Umsetzung ist durchaus mit Blick auf das kommende Kitajahr bereits realistisch.

Viertens, wenn jetzt nur ein Kurzkonzept gefordert wird mit einem etwas anderen Zuschnitt als dem, was ich bislang berichtet habe, dann greifen wir dies gern auf. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen meines Hauses sehr dankbar dafür, dass sie in den letzten Monaten bereits vieles angestoßen haben, und ich bin mir sicher, dass wir darauf gut aufbauen konnten.

Fünftens, eine zeitliche Befristung der Teilnahme an solchen Angeboten ist aus meiner Sicht allerdings Unsinn, denn es widerspricht ja genau dem, dass es ein zusätzliches Angebot sein soll, es soll ja genau nicht den Rechtsanspruch ersetzen.

Das sind meine fünf Gedanken zum Antrag, ich freue mich darauf, wenn wir in die konkrete Umsetzung gehen! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß § 62 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/446](#) S zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/445](#) S abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

**Zweites Ortsgesetz zur Änderung der Sondernutzungskostenordnung
Mitteilung des Senats vom 23. März 2021
(Drucksache [20/428](#) S)**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, M.R.F.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung der heutigen Stadtbürgerschaft angekommen. Ich freue mich, Sie alle hier morgen gesund und munter wiederzusehen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:05 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 4. Mai 2021

**Anfrage 8: Unterstützung für benachteiligte Familien bei der Maskenpflicht in Schulen
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Miriam Strunge und Fraktion DIE LINKE vom 16. April 2021**

Wir fragen den Senat:

1. Von welchem Maskenbedarf geht der Senat pro Schüler:in und Woche aus?
2. Hält der Senat die zusätzlichen Kosten durch die Regelsätze des SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz und den einmaligen Zuschlag für Leistungsempfänger:innen für abgedeckt?
3. Welche zusätzlichen Unterstützungsmöglichkeiten für Familien im Leistungsbezug, die schulpflichtige Kinder haben, sieht der Senat?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Unterstellt man, dass der Unterricht in Wechselgruppen oder in Präsenz stattfindet, dann bedarf es für Schülerinnen und Schüler über 16 Jahren nach Schätzung der Senatorin für Kinder und Bildung fünf medizinischer Masken pro Monat. Individuelle Abweichungen sind hier möglich und wahrscheinlich. Die Senatorin für Kinder und Bildung stellt die Beschaffung von medizinischen Masken sicher, damit in den Schulen ein ausreichender Vorrat an Masken vorgehalten wird, um diese bei Bedarf an Schülerinnen und Schüler auszuhändigen. Dies kann unter anderem in Situationen erfolgen, in denen der Schüler seine Maske beziehungsweise die Schülerin ihre Maske zu Hause vergessen hat, die Maske während des Schultags schlicht kaputtgegangen oder zu Boden gefallen ist.

Zu Frage 2: Mit dem Corona-Sozialschutzpaket wurde für Kinder und Jugendliche auch für 2021 der sogenannte Kinderbonus in Höhe von 150 Euro vorgesehen. Der Kinderbonus wird mit dem Kindergeld ausbezahlt und wird nicht auf die Transferleistung angerechnet. Die Rechtsprechung geht zudem davon aus, dass die Regelsätze ausreichend sind, weil den zusätzlichen

Ausgaben, zum Beispiel für Masken, pandemiebedingte Einsparungen entgegenstehen.

Der Senat ist allerdings der Auffassung, dass die Regelsätze grundsätzlich sehr knapp bemessen sind. Daher setzt er sich auf Bundesebene regelmäßig für angemessenere Berechnungsgrundlagen ein.

Zu Frage 3: Grundsätzlich werden Familien mit schulpflichtigen Kindern im Leistungsbezug auf vielfältige Weise unterstützt. So ist beispielsweise in der Stadtgemeinde Bremen der innerstädtische ÖPNV für leistungsberechtigte Kinder und Jugendliche mit dem JugendStadtTicket seit 1. Januar 2021 kostenfrei. Die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden in Bremen so umgesetzt, dass sie für die Schülerinnen und Schüler möglichst gut und unmittelbar zugänglich sind. Schulen in sozial benachteiligten Gebieten erhalten außerdem eine besondere Unterstützung. Eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für Masken für Schülerinnen und Schüler ist nicht vorgesehen. In Einzelfällen kann auf den Vorrat an Schutzmasken in den Schulen zurückgegriffen werden.

Anfrage 9: Kommerzielle Verwertung der Namen von BSAG-Haltestellen?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. April 2021

Wir fragen den Senat:

1. Welche Haltestellen der Bremer Straßenbahn AG, BSAG, wurden gegen Entgelt ganz oder teilweise nach dem Namen eines Unternehmens benannt, und in welcher Höhe sind hiermit bisher Einnahmen erzielt worden?
2. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit die BSAG bereit ist, gegen Entgelt eine kommerzielle Bezeichnung in den Namen einer Haltestelle aufzunehmen?
3. Inwieweit gelten diese Bedingungen auch für die Aufnahme von nicht kommerziellen Örtlichkeiten, die sich an der Haltestelle befinden, und welche dahin gehenden Vorschläge wurden in den vergangenen fünf Jahren von der BSAG abgelehnt?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Derzeit werden keine vollständigen Haltestellennamen durch die Bremer Straßenbahn AG gegen Entgelt vermarktet. Seit Ende Februar 2021 besteht nach einem von der BSAG in eigener Regie verabschiedeten Konzept unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, Zusätze zu bereits bestehenden Haltestellennamen zu mieten. Dies ist für die Haltestellen Martinistraße, Schlüsselkorb und Weserstadion erfolgt. Die Einnahmen für das Jahr 2021 betragen einen unteren fünfstelligen Betrag.

Zu Frage 2: Grundsätzlich gilt, Haltestellennamen müssen eindeutig, einmalig, nicht verwechselbar und prägnant sein. Sie dienen der Orientierung der Fahrgäste im Verkehrsnetz der Bremer Straßenbahn AG beziehungsweise in der Stadt. Üblicherweise erhalten Haltestellen den Namen der abzweigenden Straße beziehungsweise die Bezeichnung einer direkt benachbarten Ortsmarke, wie zum Beispiel Bahnhöfen sowie städtischen und öffentlichen Einrichtungen. Der Haltestellenname gilt immer für alle Richtungen. Politische und religiöse Einrichtungen werden nicht in den Haltestellennamen aufgenommen.

Im Falle einer Vermietung von Haltestellenzusätzen durch Unternehmen oder Institutionen gelten darüber hinaus besondere Bedingungen und Kriterien: Die Institutionen müssen in der Nähe der Haltestelle liegen. Größe, Bekanntheitsgrad und Image des anfragenden Unternehmens muss eine Relevanz für den Fahrgast haben, und Belange der Fahrplanplanung und der Fahrgastinformation seitens der BSAG müssen berücksichtigt werden. Die Zusage wird immer im Einzelfall bewertet und entschieden. Ein Anspruch auf die Vermietung des Namenszusatzes besteht nicht.

Die Kosten für die Vermietung eines Zusatzes richten sich nach der Dauer des Mietverhältnisses, nach dem Umfang der Namensnennung sowie der Zahl der Ein- und Aussteiger:innen an der Haltestelle.

Zu Frage 3: Die Bedingungen gelten in gleichem Maße für die Aufnahme von Namenszusätzen nicht kommerzieller Einrichtungen und Institutionen, die sich an der Haltestelle befinden. Auch hier behält sich die BSAG die Einzelfallentscheidung vor. Seit der Verabschiedung des Konzepts im Februar 2021 wurden noch keine Vorschläge

abgelehnt. Für Anfragen aus vergangenen Jahren gab es vor dem Start des Konzepts keine zentrale Anlaufstelle. Individuelle Anfragen in den unterschiedlichen Bereichen der BSAG wurden in diesem Zeitraum nicht dokumentiert.

**Anfrage 10: Wohnungen auf dem Supermarkt?
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 20. April 2021**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele, Lebensmittel-/Einzelhandelsgeschäfte haben in den letzten fünf Jahren bereits Wohnungsbau auf ihren Dächern umgesetzt, und wie sind die Erfahrungen mit solchen „Kombibauten“?
2. Welches Wohnungsflächenpotenzial sieht der Senat bei den „Kombibauten“ für Bremen, und würde der Senat ein Gutachten in Auftrag geben, um dieses Potenzial zu ermitteln?
3. Welche baurechtlichen Rahmenbedingungen stehen derzeit dem Wohnungsbau auf eingeschossigen, Lebensmittel-/Einzelhandelsgeschäften im Wege?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Eine genaue Anzahl liegt dem Senat nicht vor. „Kombivorhaben“ aus Lebensmittel-/Einzelhandelsgeschäften im Erdgeschoss und Wohnungen in darüber liegenden Obergeschossen sind in den letzten Jahren zum Beispiel am Buntentorsteinweg in der Neustadt und bei zwei Projekten an der Hemmstraße in Findorff realisiert worden. In der Östlichen Vorstadt wird aktuell ein viergeschossiges Wohngebäude mit dann erneuertem Biosupermarkt im Erdgeschoss projektiert. Zum Teil entstehen in den Obergeschossen neben Wohnungen auch andere Nutzungen. In der Mehrzahl der Fälle ist das ursprüngliche Einzelhandelsgebäude zunächst abgerissen worden und insgesamt ein Neubau mit zusätzlich drei bis fünf Geschossen entstanden.

Daneben gibt es zunehmend Neubauprojekte auf bisher freien oder anders genutzten Grundstücken, bei denen von vornherein eine Kombination aus Einzelhandel und anderen Nutzungen zum Standard gehört. Beispiele für diese Projekte sind der Vollsortimenter in der Überseestadt oder ein Projekt in Horn-Lehe im Mühlenviertel. Ein weiteres Projekt ist in Osterholz

geplant, wo im Nordquartier von Tenever über einem Lebensmitteleinzelhandelsgeschäft Wohnungen realisiert werden sollen.

Zu Frage 2: Mehrgeschossige gemischt genutzte Immobilien können einen wesentlichen Beitrag zur Innenentwicklung leisten. Gerade in den zentralen Versorgungsbereichen und in städtebaulich integrierten Lagen, die fußläufig für die Wohnbevölkerung erreichbar sind, sind solche Immobilien wünschenswert. Der Senat steht dieser Nutzungskombination daher grundsätzlich positiv gegenüber. Das genaue Potenzial in der Stadt Bremen kann zurzeit nicht quantifiziert werden. Es hängt maßgeblich von verschiedenen Parametern ab, wie zum Beispiel Flächengrößen/-zuschnitten, gewünschter städtebaulicher Dichte, Wohnungsgrößen, sowie Eigentümer-/Betreibermodellen. Zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Wohnen 2030 ist die Beauftragung einer Innenentwicklungsstudie geplant, die Potenziale für eine doppelte Innenentwicklung analysiert. Dabei werden auch eingeschossige Einzelhandelsgebäude erfasst und damit mögliche Potenziale ermittelt.

Zu Frage 3: Sofern die Wohnnutzung planungsrechtlich auf dem Grundstück zulässig ist, stehen bei einem Neubau in der Regel keine baurechtlichen Rahmenbedingungen entgegen. Bei Bestandsgebäuden, sofern die Wohnnutzung planungsrechtlich zulässig ist, ist es eine Frage des Einzelfalls. Dies bedeutet, es ist zu prüfen, ob die Statik diese zusätzlichen Lasten zulässt. Gegebenenfalls sind umfangreiche und kostenintensive Änderungen in der Haustechnik erforderlich. Dies führt – wie zu Frage 1 ausgeführt – in der Regel zur Entscheidung für Abriss und Neubau.

Anfrage 11: Nutzung der Unterstützung im Alltag für Pflegebedürftige in der Stadt Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Rówekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele aller berechtigten pflegebedürftigen Menschen in Bremen nutzen den monatlichen Entlastungsbetrag von 125 Euro nach Paragraph 45a SGB XI für Unterstützungsleistungen aktuell?

2. Bei welchen Anbietern können Pflegebedürftige zu welchen Kosten wie viele Unterstützungsstunden monatlich für die 125 Euro einkaufen? (Bitte wenigstens das günstigste und das teuerste Angebot angeben!)

3. Wie vielen der eingehenden Anfragen nach Unterstützungsleistung konnten die Bremer Dienstleistungszentren vor drei Jahren, und wie vielen können sie heute nachkommen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Im Jahr 2020 nutzten 3 622 Pflegebedürftige den Entlastungsbetrag nach Paragraph 45b SGB XI für die Inanspruchnahme der landesrechtlich anerkannten Angebote zur Unterstützung im Alltag. Die Zahl der Angebote und die Inanspruchnahme sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Zu Frage 2: In der Stadt Bremen sind aktuell 54 Angebote zur Unterstützung im Alltag nach Landesrecht anerkannt. Die Kosten für die Angebote liegen zwischen 8,50 Euro und 30,00 Euro pro Stunde.

Zu Frage 3: Die Dienstleistungszentren vermitteln qualifizierte Alltagsassistentinnen beziehungsweise Alltagsassistenten zur Unterstützung im Alltag. Die Inanspruchnahme dieses Angebots der Dienstleistungszentren durch die Pflegebedürftigen steigt seit Jahren kontinuierlich an.

Im Jahr 2018 haben 2 076 Pflegebedürftige das Angebot in Anspruch genommen. Im Jahr 2019 waren es 2 995. Im Jahr 2020 nahmen 3 086 Pflegebedürftige das Angebot der Dienstleistungszentren in Anspruch. Derzeit können nicht alle 17 Dienstleistungszentren zeitnah allen Pflegebedürftigen eine qualifizierte Alltagsassistentin beziehungsweise einen Alltagsassistenten vermitteln. In Einzelfällen kommt es zu Wartezeiten von durchschnittlich drei Wochen.

Anfrage 12: Onlineangebote an der Volkshochschule

Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Rówekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kurse bietet die Volkshochschule Bremen online an, beziehungsweise wie viele

Kurse konnten in ein Onlineangebot umgewandelt werden?

2. Wer entscheidet, welche Kurse in welchem Format stattfinden, und wer wird in diesen Prozess miteinbezogen?

3. Wie haben sich die Kursgebühren seit der Pandemie entwickelt, und gibt es verschiedene Entwicklungen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Bremer Volkshochschule bietet im laufenden Frühjahrssemester 2021 aktuell 522 Onlineveranstaltungen an. Davon wurden 289 Veranstaltungen als Onlineveranstaltung geplant, während 233 Veranstaltungen in ein Onlineangebot umgewandelt wurden, da sie vorher als Präsenzveranstaltung geplant waren. Diese Zahl stellt eine Momentaufnahme dar, da weiterhin neue Onlineangebote im laufenden Semester in das Programm mit aufgenommen werden beziehungsweise Veranstaltungen in Onlineangebote umgewandelt werden, wenn diese in Präsenz nicht stattfinden können.

Zu Frage 2: Für die Digitalisierung stellen sich grundsätzlich Anforderungen an eine lernförderliche digitale Infrastruktur und eine entsprechende Kompetenzentwicklung der Mitarbeitenden und Dozierenden.

Die VHS hat für jede dieser Anforderungen Lösungen generiert. Sie hat die technischen Voraussetzungen, zum Beispiel durch die Ausweitung der Lizenzen, der Anschaffung von zusätzlichen digitalen Endgeräten für die Dozierenden und Teilnehmenden, weiter ausgebaut.

Mit dem neu geschaffenen Team „Online-Lernen“ wurde die Entwicklung notwendiger organisationaler Strukturen vorgenommen. Das Online-Lernen-Team unterstützt übergreifend alle sechs Programmbereiche der Bremer Volkshochschule bei der Planung und Durchführung von Onlineveranstaltungen. Auch die Dozierenden wurden in diesen Transformationsprozess einbezogen, in dem sie über 40 kostenlose Schulungen zur Nutzung der VHS.Cloud sowie Fortbildungen zur Onlinedidaktik erhalten haben. Bis heute haben mehr als 500 Dozierende dieses Angebot genutzt.

Der Lockdown im November 2020 traf die Einrichtung am Ende des Produktionszyklusses vom

Programmheft Frühling/Sommer 2021. Während die Betriebsleitung das damals noch laufende Programmangebot Herbst/Winter 2020, gemessen an den einstigen Infektionszahlen und geltenden Verordnungen, auf ein vertretbares Maß herunterfuhr, wies sie im Dezember 2020 zugleich, trotz der bereits abgeschlossenen Programmplanung für das erste Semester 2021, die Entwicklung noch weiterer Onlineangebote an.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen hat die Betriebsleitung den Faden vom Dezember 2020 wieder aufgegriffen und die Fachbereichs- und Programmbereichsleitungen im aktuell laufenden ersten Halbjahr angewiesen, in einem noch viel größeren Umfang als bisher Veranstaltungen in Onlineangebote umzuwandeln und neue Onlineangebote in das Programm mit aufzunehmen.

Im Rahmen dieses Prozesses stehen die Fachbereichs- und Regionalstellenleitungen im stetigen Austausch mit den Dozierenden, um entscheiden zu können, welche Veranstaltungen als neues Onlineangebot in das Programm mit aufgenommen beziehungsweise welche ursprünglich in Präsenz geplanten Veranstaltungen in ein Onlineformat umgewandelt werden können. Die Bereitschaft beziehungsweise der Wunsch der Dozierenden, ein entsprechendes Onlineangebot vorzuhalten, ist für die Planung und Weiterentwicklung des Programms hierbei mit ausschlaggebend.

Zu Frage 3: Eine Umwandlung von Veranstaltungen in ein Onlineformat führt in der Regel nicht zu einer Veränderung der ursprünglich festgesetzten Gebühr.

Anfrage 13: Stärkerer Infektionsschutz im ÖPNV Anfrage der Abgeordneten Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE

LINKE

vom 23. April 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie wird das Infektionsgeschehen im ÖPNV nach gegenwärtigem Stand eingeschätzt?

2. Wie wird die neu eingeführte Schutzmaßnahme des Infektionsschutzgesetzes zur Höchstbesetzung der jeweiligen Verkehrsmittel mit der Hälfte der regulär zulässigen Fahrgastzahlen, insbesondere zu Stoßzeiten, in Bremen umgesetzt?

3. Hält es der Senat angesichts der stärker ansteckenden SARS-Cov-2-Mutationen und im Sinne des Zieles einer Niedriginzidenzstrategie für angebracht, im Bereich des ÖPNV darüberhinausgehende Schutzmaßnahmen zu realisieren?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Es gab und es gibt in allen Bereichen der BSAG und nach Kenntnis des Senats auch ebenso im SPNV keine Auffälligkeiten in Bezug auf ein erhöhtes Infektionsgeschehen. Dies gilt auch in den Fahrzeugen und Aufenthaltsstätten des öffentlichen Personennahverkehrs für die Fahrgäste und für das Fahrpersonal. Diverse Studien – sowohl deutsche als auch internationale – zeigen, dass der öffentliche Verkehr sicherer ist, als viele Menschen annehmen. Zudem werden in Kürze die Ergebnisse einer Untersuchung der Charité zum Infektionsrisiko im ÖPNV im Auftrag der Länder und des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen vorgestellt.

Nach wie vor werden in Bremen die Hygienemaßnahmen konsequent in den Fahrzeugen, den Aufenthalts- und Begegnungsräumen und in den Unternehmen umgesetzt.

Zu Frage 2: Die aktuellen Anforderungen des Infektionsschutzgesetzes zur Höchstbesetzung der jeweiligen Verkehrsmittel werden bis heute von der BSAG übererfüllt. Das Unternehmen ist angehalten, Fahrzeuge, dessen Sitzplätze belegt sind, als voll besetzt zu betrachten. Damit unterschreitet die BSAG die im Gesetz geforderte Hälfte aller Plätze, Steh- und Sitzplätze in Summe, ganz erheblich. Es gibt Ausnahmen mit volleren Fahrzeugen, die erfasst werden. Soweit möglich, passt das Unternehmen in so einem Falle das Angebot dynamisch an. Für den Schienenpersonennahverkehr gilt dies in gleichem Maße, in der Regel wird hier sogar auf die Anzahl der verfügbaren Sitzplätze bezogen auch zur Hauptverkehrszeit aktuell nur 50 Prozent Belegung auf den stärksten Abschnitten gemessen. Der Einsatz von zusätzlichen Fahrzügen wird weiterhin geprüft.

Zu Frage 3: Die Schutzmaßnahmen für den ÖPNV in Bremen werden nach Sachlage durchaus dynamisch behandelt und zeitnah angepasst, wie dies zum Beispiel bei der Maskenpflicht gehandhabt wurde. Die BSAG sowie Unternehmen des Schienenpersonennahverkehrs sind im städtischen Krisenstab vertreten. Wenn dort notwen-

dige Entscheidungen mit Relevanz für die Verkehrsunternehmen, ihre Fahrgäste und Mitarbeitenden getroffen werden, wird dies direkt in den Krisenstab der jeweiligen Unternehmen weitergetragen. Mit diesem direkten Weg ist die schnellstmögliche Umsetzung von notwendigen Maßnahmen sichergestellt.

Anfrage 14: Alternativstandorte für die Ansiedlung einer LNVG-Bahnwerkstatt

Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Falk Wagner, Anja Schiemann, Petra Krümpfer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 27. April 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Eignung der Flächen des ehemaligen Bremer Güterbahnhofs an der Oldenburger Kurve als mögliche Alternative für eine Ansiedlung der LNVG-Bahnwerkstatt mit Blick auf städtebauliche Ziele, Eigentumsverhältnisse, Nachbarschaften sowie die fachlichen und zeitlichen Anforderungen der LNVG?

2. Sieht der Senat aus Perspektive der Stadtentwicklung andere Standorte innerhalb des Stadtgebietes, die anhand dieser Kriterien geeigneter sind als die von bremenports angebotenen Flächen in Bremen-Oslebshausen?

3. Steht der Senat zu dieser Frage im Austausch mit der Deutschen Bahn, und falls ja, kann die Deutsche Bahn innerhalb des Stadtgebietes geeignete Flächen für die Ansiedlung der Bahnwerkstatt bereitstellen, und ist insbesondere die vorhandene Anlage in der Parkallee geeignet?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet: Der Bereich des ehemaligen Bremer Güterbahnhofs lässt sich in drei sehr unterschiedliche Teilbereiche unterteilen. Die Fläche westlich der Hemmstraße ist in privatem Eigentum und als Bahnfläche endwidmet. Der gültige Flächennutzungsplan sieht für diese Fläche Grünfläche und Fläche für Photovoltaik vor. Die Fläche zwischen Hemmstraße und „Entlastungsgleis Oldenburger Kurve“ befindet sich im Eigentum der DB. Die Fläche ist weiterhin als Bahnfläche gewidmet und im gültigen Flächennutzungsplan als gemischte Baufläche dargestellt. Die Fläche zwischen dem neuen „Entlastungsgleis Oldenburger Kurve“ und Hauptbahnhof befindet sich im Eigentum der Freien Hansestadt Bremen.

Hier soll die kulturelle Nutzung des Güterbahnhofs verstetigt und intensiviert werden. Auf der Fläche liegt das Künstlerhaus Verein 23. Darüber hinaus wurden bislang für den gesamten Bereich aller drei genannten Teilflächen keine städtebaulichen Ziele entwickelt.

Im Rahmen des Gewerbeentwicklungsprogramms der Stadt Bremen 2020 wird der Güterbahnhof, gemeint sind die Flächen im Eigentum der Freien Hansestadt Bremen, als ein zukünftiges zentrales Entwicklungsgebiet benannt. Die inselhafte Lage des Areals aufgrund der umgebenden Gleistrassen und eine gewünschte integrative Entwicklung mit der umgebenden Nachbarschaft setzt hierfür allerdings eine Verlegung der sogenannten Oldenburger Kurve und damit eine kreuzungsfreie Erschließung voraus. Für eine bessere Anbindung des Güterbahnhofs mit seiner kulturellen Nutzung hat das Wirtschaftsressort eine Machbarkeitsstudie zur Gleisverlegung der Oldenburger Kurve beauftragt.

Die Frage der Bewertung von Standorten inklusive von Alternativstandorten durch den Senat hat sich im Rahmen der Ausschreibung für die Freie Hansestadt Bremen im Rahmen des bisherigen Verfahrens bislang nicht gestellt. Im Rahmen der Planfeststellung wird eine Alternativenprüfung durchzuführen sein.

Zu Frage 3: Der Senat steht aufgrund der Vielfalt der fachlichen Berührungspunkte, zum Beispiel im Schienenpersonennah- und Fernverkehr, im Seehafen-Hinterlandverkehr, aber auch zu unternehmerischen Belangen wie der Perspektive des DB Werkes in Bremen-Sebaldsbrück, im regelmäßigen Austausch mit der DB AG. Dieser Austausch umfasst mehrere Ressorts und erstreckt sich über alle Hierarchieebenen hinweg. Besonders sichtbare Austauschformate betreffen sogenannte Bahngipfel oder Bahndialoge, bei

der jeweils Teile des Vorstands der DB AG und Vertreter der Landesregierung miteinander im direkten Austausch stehen. Hinzu kommen Infrastrukturroutinen zwischen Vertretern des Senats und der DB AG sowie vielfältige Austausche auf Arbeitsebene.

Auch zur möglichen Ansiedlung einer Bahnwerkstatt standen Vertreter des Senats und der DB frühzeitig im Austausch untereinander, denn es war von der LNVG im Zuge deren Ausschreibungsverfahrens von den Bietern gefordert worden, ein entsprechendes Zertifikat vorzulegen, das belegt, dass der von den Bietern favorisierte Standort die sonstigen Belange des Bahnverkehrs nicht negativ beeinflusst. Dies ist dem letztlich erfolgreichen Bieter im Zuge des Ausschreibungsverfahrens von der DB für den Standort in Bremen-Oslebshausen bescheinigt worden. Der bisherige Wartungsstandort der DB Regio an der Parkallee ist für die Unterhaltung von bis zu 160 Meter langen Elektrotriebzügen nicht ausgerüstet, und die notwendigen Erweiterungen der Anlage dürften aus Sicht der LNVG aufgrund der räumlichen Gegebenheiten dort nicht abzubilden sein.

Zusätzlich zu diesen fachlichen Erklärungen hat sich die Senatorin für Wissenschaft und Häfen auf Basis einer Verabredung im Koalitionsausschuss zur Frage potenzieller Standortalternativen Anfang 2021 an die DB AG gewandt. In diesem Austausch hat die DB AG gegenüber der Senatorin für Wissenschaft und Häfen im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren zur Beschaffung neuer Fahrzeuge für das Expresskreuz Bremen/Niedersachsen mitgeteilt, dass für die Knoten Bremen und Bremerhaven die untersuchten Standorte unter kapazitiven und insbesondere unter zeitlichen sowie planrechtlichen Gesichtspunkten eine Präferenz für einen Standort in Oslebshausen erkennen lassen.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 25. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
10.	Bericht über die Beträge aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen für das Jahr 2020 Mitteilung des Senats vom 13. April 2021 (Drucksache 20/432 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht Kenntnis.
11.	Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen einschließlich Abschlussbericht zum Produktgruppenhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019 (Drucksache 20/103 S)	Die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung.
12.	Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen: Jahresbericht 2020 – Stadt – nach § 97 Landeshaushaltsordnung (LHO) Bericht des Rechnungshofs vom 13. März 2020 (Drucksache 20/144 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.
13.	Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2018 (Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2019 (Drs. 20/103 S) und Jahresbericht 2020 – Stadt – des Rechnungshofs vom 13. März 2020 (Drs. 20/144 S)) Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses vom 29. April 2021 (Drucksache 20/441 S)	Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht bei und nimmt im Übrigen von dem Bericht Kenntnis.

Frank Imhoff
 Präsident der Bremischen Bürgerschaft